Der interimperiale Handel des Britischen Weltreiches seit der Ottawa-Konferenz 1932

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

Eva Schiff

aus Berlin

Berlin 1937

Buchdruckerei und Verlagsanstalt R. Pfau, Berlin NW 7, Luisenstr. 21

Der interimperiale Handel des Britischen Weltreiches seit der Ottawa-Konferenz 1932

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

Eva Schiff

aus Berlin

Berlin 1937

Buchdruckerei und Verlagsanstalt R. Pfau, Berlin NW 7, Luisenstr. 21.

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren Dr. E. Salin und Dr. H. Ritschl.

Prof. Dr. H. Fuchs
Dekan.

Basel, den 10. Mai 1937.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort 5

I. Die Konferenz von Ottawa.

1. Voraussetzungen und Ziele 8

2. Inhalt der Verträge.

a) Die Zugeständnisse Großbritanniens an die Dominien und Kolonien 12

b) Die Zugeständnisse der Dominien dem Mutterlande gegenüber 15

c) Die Präferenzbehandlung der Dominien und Kolonien untereinander 19

II. Die zahlenmäßige Entwicklung des Empire-Handels seit 1932.

1. In Großbritannien.

a) Die Kräfte, die neben Ottawa die Handelsbeziehungen Englands zum Empire beeinflussen 20

b) Die Einfuhr Großbritanniens seit Ottawa 24

c) Die Ausfuhr Großbritanniens seit Ottawa 41

d) Die Warenbilanz Großbritanniens mit dem Empire und die Handelsbilanz des gesamten britischen Weltreiches .. 47

2. Im Uebersee-Empire 51

a) Kanada 52

b) Australien 57

c) Neuseeland 61

d) Südafrika 64

e) Indien 68

III. Empire-Handel und Konjunktur 74

IV. Die Gefährdung der Handelsbeziehungen des britischen Reiches zum Ausland 85

Seite

V. Die Interessengegensätze innerhalb des Empire 95

1. Der englische Agrarprotektionismus 96

2. Die Industrialisierung des Uebersee-Empire.

a) Die daraus für England erwachsende Konkurrenz in den industrialisierten Empire-Gebieten 101

b) Die anglo-domaniale Exportkonkurrenz 106

c) Die domaniale Fertigfabrikatausfuhr nach England 113

VI. Die Ottawa-Politik als Mittel des Imperialismus 115

VII. Zusammenfassung und Ausblick 121

Literaturverzeichnis 130

Vorwort.

Nach Abschluß der vorliegenden Arbeit (25. November 1936) erschien in der Schriftenreihe des Institutes für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: „Probleme der Weltwirtschaft" eine Abhandlung von Dr. Hans Schlie über das Thema „Die britische Handelspolitik seit Ottawa und ihre weltwirtschaftlichen Auswirkungen.* Schlie hat mit seiner Untersuchung, die auf glänzenden Kenntnissen der britischen und imperialen Verhältnisse basiert, einen außerordentlich wertvollen Beitrag für die Darstellung und Kritik der interimperialen Handelsbeziehungen geleistet.

Infolge der ähnlichen Problemstellung der Abhandlung Schlies und der vorliegenden Arbeit ergeben sich natürlich viele Berührungspunkte; doch muß festgestellt werden, daß gemäß der Vielseitigkeit der Problematik, die die Ottawa-Politik in sich birgt, und durch die teilweise auseinandergehende Stellungnahme der Verfasser die beiden Untersuchungen sich eher zu ergänzen vermögen, als sich miteinander decken. Gewisse Fragenkomplexe, auf die in den nachfolgenden Ausführungen besonderer Wert gelegt wurde: die Industrialisierung des Uebersee-Empire, die daraus für England erwachsende Konkurrenz in den industrialisierten Empire-Gebieten, der anglo-domaniale Exportwettbewerb und die domaniale Fertigfabrikatausfuhr nach England werden bei Schlie nur kurz gestreift oder auch gar nicht behandelt. Die Spannungserscheinungen zwischen Mutterland und Dominien im Bereiche der Industriewirtschaft glaubt Schlie weitgehend durch die Abkommen von Ottawa neutralisiert, und zwar durch jene Konzessionen der Dominien, die einen „vernünftigen Wettbewerb" zwischen englischen und domanialen Industrieprodukten garantieren sollen, jene Klauseln, denen hier mit äußerster Skepsis begegnet wird. Infolgedessen erscheint auch die nachfolgende Feststellung Schlies nicht

* Jena 1937.

annehmbar (S. 72): „In Fragen der industriepolitischen Regelung fand das Empire in Ottawa eine Formel, die vielleicht als die beste erreichbare Lösung angesehen werden muß."

Die vorliegende Arbeit macht es sich (im Abschnitt IV) zur Aufgabe, die Problematik darzustellen, die sich aus der Ottawa-Politik in den Handelsbeziehungen des britischen Weltreiches zum Auslande ergibt, eine Problemstellung, der sich Schlie zwar nicht völlig verschließt, der er jedoch nicht in hinreichendem Maße gerecht wird. Wenn Schlie die Auswirkungen der britischen Handelspolitik auf die „wichtigsten übrigen Länder" untersucht, so zeigt es sich, daß die von ihm behandelten Staaten (USA, Deutschland, Frankreich, Japan, UdSSR) zwar von der Ottawa-Politik berührt werden, mehr aber durch die englische Politik des Schutzzolls. Die hier besonders unterstrichene Problematik in den Handelsbeziehungen Englands zu Argentinien und den skandinavischen Staaten, den Konkurrenten des Uebersee-Empire, wird von Schlie nicht deutlich aufgezeigt. Auch scheint es, daß er die Bedeutung der gemeinsamen Pfund-Sterlingbasis für die Ergebnisse des imperialen Handelsverkehrs nicht in gebührendem Maße hervorhebt.

Ferner muß die Feststellung, daß die Auswirkungen der Handelspolitik von Ottawa dahingehend charakterisiert werden können, daß bei den Dominien der Gewinn auf dem imperialen Markt „auf Kosten nicht unbedeutender Verluste" auf dem nicht-britischen Markt erfolgte (S. 126), angezweifelt werden. Als Beleg führt Schlie das Beispiel Kanadas an, „dessen imperialer Handel einen kräftigen Aufschwung erlebte, dessen ausländischer Handel aber eine entsprechende Abwärtsbewegung aufweist". Die Gründe, um derentwillen Kanadas Exporte nach den nicht-britischen Ländern sich nicht in entsprechendem Maße wie diejenigen nach den Empire-Ländern haben entwickeln können, sind zahlreich: sehr weitgehende Handelshemmnisse in den betreffenden Abnehmerländern, die keineswegs nur Gegenmaßnahmen gegenüber Ottawa sind, so vor allem in den Vereinigten Staaten; noch anhaltende Krisenerscheinungen bei verschiedenen kontinentaleuropäischen Kunden, die dem Goldblock angehörten, u. a. m. Die Argumentation „auf Kosten" scheint daher verfehlt.

Eine Uebereinstimmung in der Beurteilung der englischen Agrarpolitik läßt sich in der Untersuchung Schlies und in den vorliegenden Ausführungen feststellen. Schlie hebt mit Recht hervor, daß infolge des englischen Agrarprotektionismus, der mit einer

Empire-Handelspolitik im schroffsten Gegensatz steht, eine Zunahme des Absatzes landwirtschaftlicher Domanialerzeugnisse in den ersten Jahren nach Ottawa ausgeblieben ist. Doch scheint seine Stellungnahme zu pessimistisch und fast polemisch die Partei der Dominien zu ergreifen, zeigen doch die Einzeluntersuchungen des englischen Imports, daß die Lage der Dominien nicht ganz so ungünstig ist, wie Schlie sie darzustellen geneigt ist. Wenn zwar den Staaten des Uebersee-Empire mit einer anteilsmäßigen Erhöhung ihrer Exporte nach England wenig genützt ist, so wird doch aus den folgenden Seiten ersichtlich, daß auch bei vielen wesentlichen Domanialprodukten, bei denen England auch seinerseits seine eigene Produktion fördert und unterstützt, beträchtliche mengenmäßige Steigerungen in den Ausfuhren nach England stattgefunden haben (so z. B. bei Fleisch, Bacon, Butter, Kondensmilch und Milchpulver).

Schlie legt das Schwergewicht seiner Untersuchung auf die „greifbaren Tatsachen" und verzichtet darauf, „die einzelnen Ereignisse unter dem Gesichtspunkte als wahrscheinlich angenommener Entwicklungstendenzen näher zu deuten." (S. 237). Die vorliegende Arbeit hat dagegen die Grenzen der Untersuchung weiter gezogen und unternimmt (im Abschnitt III) durch eine Darlegung der Beziehungen des interimperialen Handels zum Konjunkturverlauf den Versuch, die mutmaßlichen Entwicklungstendenzen aufzuweisen.

Wenn in den vorangehenden Zeilen auf eine auseinandergehende Stellungnahme und auf eine gewisse Verschiedenartigkeit der Problemstellung bei der Untersuchung Schlies und der vorliegenden Arbeit hingewiesen wurde, so geschah es weniger um eine Kritik an dem Verfasser der „Britischen Handelspolitik seit Ottawa und ihre weltwirtschaftlichen Auswirkungen" zu üben oder um Schwächen in seinem Buche bloßzustellen — die nähere Kenntnis der Fragenkomplexe und des Materials lassen vielmehr in besonderem Maße eine Würdigung des Wertes der Schlieschen Abhandlung zu —, sondern es geschah, um darzulegen, in welcher Weise beide Arbeiten sich durch die divergierende Betrachtungsweise und Beleuchtung der Probleme zu ergänzen imstande sind.

I. Die Konferenz von Ottawa

1. Voraussetzungen und Ziele.

Die Konferenz von Ottawa brachte mit ihrem Vertragswerk die Verwirklichung dessen, worum in England seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unermüdlich ein erbitterter Kampf geführt worden war: die Empire-Präferenz, zu der sich nunmehr endlich alle Teile des britischen Reiches bekannten.

Vor dem Kriege war die Forderung eines Reichszollvereins, wie sie Joseph Chamberlain vertrat, vorwiegend als Lösung des Problems der politischen Organisation des Reiches gedacht. Chamberlain war vor allen Dingen Politiker, d. h. Imperialist, und erst in zweiter Linie Wirtschaftspolitiker. Was er erstrebte, war die politische Konsolidierung des Weltreiches; die Wirtschaft war ihm hierzu nur Mittel zum Zweck. Für den Reichsgedanken allein fordert er, der seiner innersten Ueberzeugung nach sogar Freihändler war, Zölle gegen das Ausland. Darin, daß die englische Wählerschaft nicht dem politischen Imperialismus die greifbaren wirtschaftlichen Vorteile des Freihandels zu opfern bereit war, lag die Niederlage Chamberlains im Wahlkampf von 1906 begründet. Erst mit dem langsamen Eindringen des Protektionismus in die englische Wirtschaftsauffassung war somit die Möglichkeit zu einer nach dem Empire ausgerichteten Handelspolitik gegeben; aber dieser englische Protektionismus war trotz verschiedenster Maßnahmen, die mit der Kriegswirtschaft einsetzten, bis 1932 äußerst schwach und richtete sich vor allem gegen die Einfuhr von Fertigfabrikaten, so daß die Präferenz, die England hierbei den Empire-Ländern gewähren konnte, kaum vielmehr als eine Geste war. Die finanzielle Krise des Sommers 1931, die die Labour-Regierung und damit den Widerstand gegen den Protektionismus hinwegräumte, und die zudem die Notwendigkeit brachte, die Einfuhr zu drosseln, ebnete derart einer konstruktiven Empire-Handelspolitik den Weg. Die Konferenz von Ottawa, die dieser Politik Gestalt geben sollte,

gliedert sich somit in den Prozeß der politischen Evolution des britischen Reiches ein. Es soll die wirtschaftliche Kooperation, dem Wunsche Chamberlains gemäß, Baustein in dem politischen Bau des Empire sein. Die Dominien, die durch das Statut von Westminster im Jahre 1931 vollkommen autonome Gliedstaaten geworden sind, mit denen das Mutterland Verträge abschließen muß, sollen, eben dank dieser Verträge, durch gemeinsame wirtschaftliche Bande zusammengehalten werden. Ottawa sollte „der Markierungsstein sein, an dem man sich entscheiden sollte für den Weg der 'Imperial Unity', um den des rein nationalistischen Interesses hinter sich zu lassen".[1]

Es wäre aber falsch, das Ziel der Konferenz lediglich als rein überwirtschaftliches angeben zu wollen. Ottawa stellt vielmehr neben dem Versuch einer dauernden Lösung der politischen Probleme des Reiches durch wirtschaftliche Zusammenarbeit die Bemühung zu einer sofortigen Belebung des durch die Wirtschaftskrise betroffenen Außenhandels der einzelnen Empire-Glieder dar. Es ist fraglich, ob der Reichsgedanke allein stark genug ist, um das Bekenntnis aller Teile des Reiches zur „Imperial Unity" zu erzwingen, das für alle ein gewisses Opfer bedeuten muß. Ottawa ist also ebenso sehr Krisenkonferenz und stellt das Bestreben der britischen Länder dar, den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Beschränkung auf den eigenen Wirtschaftsraum durch Sicherung von bestimmten Märkten innerhalb dessen zu suchen. England ist nicht mehr wie zu der Zeit Chamberlains noch das Mutterland, das für die Idee der Reichseinheit seine wirtschaftlichen Vorteile hätte opfern müssen, sondern aufs schwerste getroffen durch Exportschrumpfung und Arbeitslosigkeit sucht es geschützte Märkte für seine Industrieprodukte zu finden. England "comes to Ottawa as a supplicant, a poor relation, looking to her offspring for relief".[2] Auch die Dominien sind dem Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses durch die Krise näher gebracht; unabsetzbare Warenvorräte im eigenen Lande und bei den Hauptkonkurrenten lassen sie einen breiteren Markt für ihre Rohstoffe und Nahrungsmittel suchen.

---

1. Aus der Eröffnungsrede des englischen Ministerpräsidenten in Ottawa, Imperial Economic Conference at Ottawa (Appendices) Cmd 4175, S. 72.

2. Garceau: The Ottawa Conference, An Experiment of Indirect Imperialism. Harvard Business Review. Vol. XIII, 3. Spring 1935.

Und trotz dieser grundlegenden Vorbedingungen für eine ökonomische Zusammenarbeit war es ein heftiger Kampf, der sich während der Verhandlungstage[3] in Ottawa abspielte. Die Differenzen zwischen den Vertretern Großbritanniens auf der einen Seite und denen Südafrikas und vor allem Kanadas auf der anderen Seite waren derart schwerwiegend, daß man mehr als einmal ein Scheitern der Konferenz befürchtete. Die Einigung kam tatsächlich erst in elfter Stunde zustande, nachdem die Schlußsitzung noch verschoben werden mußte, und auch sie wurde im Grunde nur erreicht durch die konziliante Haltung des Mutterlandes. England, dessen freihändlerische Tradition noch viel zu tief saß, um in wenigen Monaten abgelegt werden zu können, kam mit der Hoffnung nach Ottawa, dort eine Politik freieren Empire-Handels durchzusetzen. Die Dominien, nach wie vor hochprotektionistisch eingestellt, waren nur gewillt, innerhalb dieses Rahmens dem Mutterlande Präferenzen zu gewähren. Daß es trotz aller Widerstände und klaffender Gegensätze wirklich zum Abschluß der Verträge kam, ist ein Beweis dafür, daß der Reichsgedanke nicht nur ein bloßer Schemen ist.

England versprach sich von der Politik, die es in Ottawa einschlug, noch einen weiteren Erfolg außer dem der sofortigen Exportförderung und der dauernden wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb des Reiches: nämlich sich ein Kampfmittel zu schaffen gegenüber dem Auslande, auf dessen Eigenschaft als Kunde Großbritannien nie zu verzichten gewillt war und sein kann. Es will „versuchen durch die Absperrung seines Marktes und der von ihm abhängigen Märkte den Protektionismus Europas zu brechen".[4] Wie sehr dies ein frommer Betrug war, beweist die unglückselige Weltwirtschaftskonferenz von 1933. Aber gänzlich hat sich England doch wohl nicht in dieser Hoffnung getäuscht, denn die Zugeständnisse, die ihm die skandinavischen Staaten, deren Export von Großbritannien weitgehendst abhängt, in den Handelsverträgen eingeräumt haben, sind sehr erheblich und gehen sogar in vielem über das hinaus, was die Länder des Empire dem Mutterlande boten.

Bevor im Folgenden untersucht werden soll, welche Bahnen der interimperiale Handel seit Ottawa eingeschlagen hat, wie weit man sich den Zielen, die für die Konferenz richtunggebend waren, ge-

3. 19. Juli—20. August 1932.

4. Respondek: Grundzüge europäischer Handelspolitik zwischen beiden Wirtschaftskonferenzen. S. 69.

nähert hat, welche Probleme sich einer Politik von Ottawa entgegenstellen und welches die voraussichtlichen Tendenzen des Empire-Handels zu sein scheinen, soll eine kurze Zusammenfassung des Inhalts der Verträge einen Ueberblick über die Resultate der Konferenz geben.

2. Inhalt der Verträge.

Die Ergebnisse von Ottawa bestehen hauptsächlich in 12 Handelsverträgen zwischen einzelnen Empire-Staaten. Daneben wurde eine Reihe allgemeiner Beschlüsse gefaßt, die maßgebend für das Gesamt-Empire sind, zwar keine konkreten Vorschriften enthalten, aber Richtlinien zur Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik des Empire darstellen.

Großbritannien schloß Handelsverträge mit folgenden Empire-Staaten ab:

Kanada,
Australien,
Neuseeland,
Südafrika,
Neufundland,
Britisch-Indien,
Süd-Rhodesien.[5]

5. Zwischen dem Vereinigten Königreiche und Irland wurden wegen des seit Juli 1932 andauernden Wirtschaftskrieges keine Verhandlungen gepflogen und infolgedessen fällt seit dem 15. 11. 1932 die Einfuhr Englands aus Irland unter den 10prozentigen Generaltarif; nicht jedoch finden diejenigen Zölle auf Irland Anwendung, die in der Folge von Ottawa auf ausländische Waren erhoben wurden. Zu den Zöllen des Generaltarifs kommen ferner noch Strafzölle auf speziell irische Ausfuhrprodukte hinzu, so bei den Importen von Geflügel, Fleisch, Molkereiprodukten und lebendem Vieh. Seit dem Frühjahr 1935 bahnt sich erstmalig eine Entspannung der anglo-irischen Wirtschaftsbeziehungen an.

Es handelt sich bei dem Wirtschaftskriege um rein politische Fragen. Einmal verweigerten die irischen Abgeordneten den Treueid auf den König, zum anderen unterließ es Irland, die am 30. 6. 1932 fällig gewordene Quote der sog. „Land Annuities", der Restkaufgelder zu überweisen, die Irland auf Grund des anglo-irischen Vertrages von 1921 für die Abgeltung der Agrarreform zu zahlen hat. Auch diese Unterlassung ist eine rein politische Demonstration, da die Zahlungen sogar von den irischen Bauern entrichtet, nur von der Regierung nicht weitergeleitet werden. England beantwortete diese Demonstration durch die erwähnten Kampfzölle, die ihrerseits gleiche Maßnahmen in Irland zur Folge hatten.

Sämtliche Verträge sehen eine Dauer von fünf Jahren vor, ausgenommen ist hiervon das Abkommen mit Indien, das bei halbjährigem Kündigungstermin unbefristet ist.

Ferner gingen folgende Staaten des Uebersee-Empire Verträge untereinander ein:

Kanada mit der Südafrikanischen Union,
Kanada mit dem Irischen Freistaat,
Kanada mit Süd-Rhodesien,
Südafrika mit Neuseeland,
Südafrika mit dem Irischen Freistaat.

a) Die Zugeständnisse Großbritanniens an die Dominien und Kolonien.

Großbritannien bekennt sich in Ottwa grundsätzlich zu zwei Prinzipien, nach denen es seine Zollgesetzgebung ausrichten will:

1. zu dem Prinzip des Empire-Freihandels — nur wenige Ausnahmen hiervon, wie reine Finanzzölle und Schutzzölle, die schon vor dem Generaltarif von 1932 zur Anwendung kamen, bleiben bestehen — und 2. zum Präferenz-Prinzip. Die Zugeständnisse, die es auf dieser Basis den Dominien und Kolonien einräumt, lassen sich folgenderweise zusammenfassen:

1. Zollbefreiung:

Den Dominien und Kolonien wird das Privileg der der zollfreien Einfuhr, das sie nach dem "Import Duties Act" von 1932 genießen, für die Dauer der Verträge verlängert. Die einzige Ausnahme bilden eine Reihe agrarischer Veredelungsprodukte — es sind dies Eier, Geflügel und Molkereierzeugnisse —; die Verlängerung der Zollfreiheit wird hier nur für drei Jahre vorgesehen. Nach Ablauf dieser Frist behält sich Egland das Recht vor, entweder die Einfuhr jener Produkte auch bei dem Empire für zollpflichtig zu erklären unter Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Präferenzspanne, oder im Einvernehmen mit den betreffenden britischen Staaten unter entsprechender Bevorzugung der Dominien die Einfuhr dieser landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte einer mengenmäßigen Regulierung zu unterwerfen.

Diese Abmachung wurde im Interesse der heimischen Landwirtschaft getroffen, und schon vor Ablauf der vertragsmäßig festgelegten Frist ist die in Ottawa vorgesehene mengenmäßige Regu-

lierung auf dem englischen Markt durchgeführt worden, wobei man versucht hat, durch freiwillige Vereinbarungen mit den betreffenden Dominien von den Bindungen der Ottawa-Verträge loszukommen.[6]

2. Zollerhöhung auf ausländische Produkte:

Durch die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender Zölle auf nicht-britische Erzeugnisse gewährt Großbritannien den Empire-Ländern indirekte Präferenzbehandlung. Von der Freiliste des Generaltarifs werden durch diese Maßnahmen Weizen, Kupfer, Leinsaat und Mais gestrichen. Bei Kupfer und Weizen behält sich England vor, den Zoll auf ausländische Erzeugnisse dieser Art fallenzulassen, falls das Angebot der Empire-Produzenten dem englischen Bedarf nicht genügt oder zu Preisen erfolgt, die über den Weltmarktpreisen liegen.

England vertritt auch weiterhin trotz seiner imperialen Handelspolitik den Standpunkt, wesentliche Rohstoffe zu Weltmarktpreisen einführen zu müssen; so wird über die landwirtschaftlichen Rohprodukte Wolle, Baumwolle und Kautschuk, die bei dem "Import Duties Act" auf die Freiliste gesetzt worden waren, in Ottawa gar nicht erst verhandelt, obwohl die Basis der Zugeständnisse somit geschmälert wurde. Doch hätte eine Präferenzbehandlung dieser Erzeugnisse auf dem englischen Markt kaum eine Entlastung für die vom Preisverfalle besonders betroffenen Produzenten des Uebersee-Empire bedeutet, da deren Ausfuhr ebenso von nicht-englischen Märkten abhängig ist.

Die Zollerhöhungen treffen vor allem wichtige Nahrungsmittel: Frischobst und Obstkonserven, Eier und Molkereiprodukte, ferner verschiedene pflanzliche Oele u. a. m.

3. Bindung der zugunsten des Empire bestehenden Präferenzen:

England verpflichtet sich den zehnprozentigen Grundzoll des Generaltarifs bei einer Reihe von Waren nur mit Einverständnis der Dominien zu ermäßigen. Von diesen Bindungen werden verschiedene Genußmittel, Rohstoffe und auch einzelne Halb- und Fertigfabrikate betroffen.

---

6. Mackenroth und Krebs: Die Wirtschaftsverflechtungen des britischen Weltreichs. Anhang VIII, S. 213.

4. Vorzugsbehandlung der Dominien bei der Einfuhrkontingentierung von Fleisch.

Da man dem Preisverfall auf den Fleischmärkten Englands und der Dominien durch Zölle auf die ausländische Einfuhr nicht glaubte beikommen zu können, entschloß sich Großbritannien die Einfuhr von Fleisch einer Mengenregulierung zu unterstellen. Zunächst wurde in Ottawa nur die Kontingentierung der ausländischen Fleischzufuhren vorgenommen und den Dominien bei einer späteren allgemeinen Kontingentierung Vorzugsbehandlung zugesichert. Bis Juni 1934 sollte die Dominieneinfuhr keine mengenmäßige Beschränkung erfahren; in Gentlemen Agreements, die jedoch noch wenige Monate nach Ottawa getroffen wurden, verpflichteten sich auch die Dominien, ihre Ausfuhrmengen nicht ein bestimmtes Maß überschreiten zu lassen. Auch in den folgenden Jahren werden ähnliche, je für ein Jahr laufende Vereinbarungen eingegangen.

In England sähe man gerne, wenn die Mengenregulierung zugunsten eines Zolles auf die gesamte Fleischeinfuhr fallen gelassen würde, um so die Finanzierung der durch die Subsidiierung bewerkstelligten Stützungsaktion des heimischen Marktes zu erleichtern; doch stehen der Verwirklichung eines derartigen Planes[7] zunächst noch die Ottawa-Verträge im Wege und es scheint fraglich, ob England nach deren Ablauf seinen Standpunkt erfolgreich vor den Dominien durchsetzen können wird, da diese sich naturgemäß aufs heftigste gegen derartige Vorschläge wehren. So hat man sich im Sommer 1936 ungeachtet der protektionistischen Forderungen der Landwirtschaft dahin entschließen müssen, auch künftig die Zufuhren aus dem Empire nicht mit einer Abgabe zu belasten. Dagegen sollen, wie über die Handelsvertragsverhandlungen mit Argentinien verlautet, die argentinischen Fleischimporte in dem im November 1936 zu erneuernden Handelsabkommen mit einem Zoll belegt werden. Gleichzeitig fordert man englischerseits eine weitere Senkung der argentinischen Einfuhrquote.

5. Mit einzelnen Staaten des Empire trifft Großbritannien eine Reihe von Sonderabmachungen, die außerhalb des Rahmens der Präferenzbehandlung liegen. Hierher gehört die Zusicherung des Mutterlandes, den Absatz gewisser domanialer Erzeugnisse — es handelt sich um indische Baumwolle und neufundländische

7. Rede Baldwins in der Liverpoler Handelskammer am 24. 3. 1935.

Eisenerze — auf dem englischen Markt zu fördern. Ferner ist die sogenannte „Russenklausel", die sich im anglo-kanadischen Vertrag findet, eine ähnliche Sonderabmachung zugunsten des Dominions. Diese Abmachung mit Kanada nötigte England zur Kündigung des 1932 bestehenden Handelsvertrages mit Rußland — die Ottawa-Unterzeichner hatten die Zusage gegeben, sich von Bindungen, die eine Beeinträchtigung interimperialer Vorzugsbehandlung bedeuteten, freizumachen — und wird grundlegend für das neue anglo-russische Handelsabkommen vom Februar 1934, in dem die englische Regierung sich vorbehält, die zugestandene Meistbegünstigung bei denjenigen Einfuhrgütern aufzuheben, bei denen offensichtliches Dumping vorliegt. Auch in der Folgezeit findet die Russenklausel konkrete Anwendung; so beruft sich Kanada auf sie, als die britische Holzeinkaufsorganisation im Frühjahr 1935 mit Rußland ein Abkommen für die Einfuhr von gesägtem Holz traf, wobei die Preise durch die sog. "fall and rise" Klausel geregelt waren. Diese bedeutete, daß, wenn die Marktpreise unter die Höhe der Kontraktpreise fallen würden, die englischen Importeure die Differenz zurückerstattet bekämen. Kanada hielt diese Regelung für einen Verstoß gegen jenen Artikel 21 des Ottawa-Vertrages, und so mußte nach bereits erfolgter Unterzeichnung der Kontrakt mit Rußland rückgängig gemacht werden. Kanada wandte ein, daß eine derartige "fall" Klausel unfair gegenüber Exporteuren sei, die gemäß üblichen Handelsbräuchen den Markt nach dem jeweiligen Bedarf beliefern. Die englische Einkaufsorganisation sah sich infolgedessen gezwungen, von Großkontrakten mit Rußland gänzlich abzusehen.[8]

Für Großbritannien bedeutet Ottawa die Sanktionierung der am 1. März 1932 eingeschlagenen Schutzzollpolitik. Wurde der Generaltarif bisher als Verhandlungswaffe zur Erzwingung von Zollkonzessionen dritter Mächte aufgefaßt, so wird er jetzt unaufhebbarer „Minimaltarif"[9].

b) Die Zugeständnisse der Dominien dem Mutterlande gegenüber.

Auch die Dominien erkennen ihrerseits die Forderung des Mutterlandes auf erweiterte Vorzugsbehandlung an, doch sind sie

8. Economist, 16. März 1935.

9. Bandmann: Die Verträge von Ottawa; Wirtschaftsdienst, 26. August 1932.

gewillt, diese nur im Rahmen eines Hochprotektionismus zu gewähren. Infolgedessen bringen die Ottawa-Verträge nicht den von England gewünschten Abbau der domanialen Zollmauern; was England in dieser Hinsicht erreicht, ist lediglich die Beseitigung einiger Ueberspitzungen der Krisenjahre. Hierher gehören etwa Zollzuschläge, Dumpingzölle und Primagebühren.

Die Präferenzbehandlung, die die Dominien Großbritannien einräumen, wird überwiegend in der Weise festgelegt, daß die Staaten des Uebersee-Empire allein die Präferenzspanne gegenüber dem für nicht-britische Waren geltenden Zoll binden; nur Kanada macht hiervon eine Ausnahme, da es dem Mutterland schon in dem Vertrage die endgültigen Zollsätze vorlegt. Faktisch läuft diese elastische Art der Regelung darauf hinaus, daß die Dominien die erweiterte Präferenzbehandlung vorwiegend durch Erhöhung der Zölle auf ausländische Waren gewähren. Nur in vereinzelten Fällen lassen sie sich darauf ein, Herabsetzungen im britischen Präferentialtarif vorzunehmen; bisweilen werden beide Maßnahmen auch miteinander verbunden durchgeführt. Es bleiben also nach wie vor viele Zölle bei Waren, die für das Mutterland von größter Exportbedeutung sind, in den domanialen Zolltarifen prohibitiv. Grundsätzlich machen es sich die Dominien zur Aufgabe, an der Eigenversorgung mit Fabrikaten des täglichen Bedarfes festzuhalten. Bei den Importen von Produktionsmitteln und Qualitätsprodukten dagegen, vor allem den hochwertigen Textilerzeugnissen, bei denen eine heimische Industrie noch nicht vorhanden ist, soll England einen absolut gesicherten Markt zugestanden bekommen.

Die Zugeständnisse der Dominien bestehen in der Hauptsache neben den realen Konzessionen, die England im Zolltarif eingeräumt werden, in der Festlegung von allgemeinen Grundsätzen, auf denen die domaniale Schutzzollpolitik prinzipiell aufbauen soll. In den Verträgen mit Kanada, Australien und Neuseeland — in einem anglo-indischen Zusatzabkommen zu Ottawa im Dezember 1934 bekennt sich nunmehr auch Indien zu diesen Prinzipien — verpflichten sich diese Dominien, Zollerhöhungen nur vorzunehmen nach vorheriger Untersuchung durch die jeweiligen "Tariff Boards", bei denen auch britische Produzenten anzuhören seien. Ferner bekennen sie sich zu dem Grundsatz, Zollschutz nur denjenigen heimischen Industrien angedeihen zu lassen, denen „vernünftigerweise Aussicht auf Erfolg" zugebilligt werden müsse. Es wird endlich dem Mutterlande zugestanden, bei Erzeugnissen, für die eine do-

maniale Industrie besteht, die Zölle nicht höher festzusetzen als sie den englischen Produzenten „volle Gelegenheit für vernünftigen Wettbewerb auf der Basis der relativen Kosten ökonomischer und effektiver Produktion“ [10] gewährleisten wird. Jedoch soll besondere Rücksicht auf die im Aufbau befindlichen domanialen Industrien genommen werden. Wohl gibt dieses etwas reichlich orakelhafte „Zugeständnis“ die Gewähr vor einer Ueberhöhung der Zollmauern in den Dominien, aber die tatsächliche Anwendung des Prinzips der „freien Konkurrenz“ zwischen Industrieprodukten Großbritanniens und der Dominien wäre hinreichend, um die Einfuhr englischer Fabrikate auszuschalten.

Es zeigt sich, daß die Zugeständnisse, die dem Mutterland vom Uebersee-Empire eingeräumt werden, sich nur in sehr engen Grenzen halten und weniger auf Exportförderung als auf Abschließung gegen das Ausland hinzielen. Das Mutterland hingegen bietet den Staaten des Uebersee-Empire vielfach erst die Möglichkeit zu großzügiger Produktionsentwicklung und bekennt sich somit ernsthaft zu einer Empire-Politik auf lange Sicht. Während England spezifizierte Konzessionen macht und seine Handelspolitik für eine bestimmte Zeit vollkommen festlegt, geben ihm die Dominien hierfür in der Hauptsache nur nebelhafte Zusicherungen für die Zukunft, wobei im wesentlichen erst die Auslegung und Anwendung beweisen muß, ob es sich tatsächlich um Zugeständnisse handelt. Die Folgezeit hat gezeigt, daß jene Konzessionen grundsätzlicher Art für Großbritannien nur von sehr geringem realen Wert sind. Wohl werden Vertreter der englischen Industrie bei den Untersuchungen der "Tariff Boards" angehört, aber nur in den seltensten Fällen gelingt es ihnen, Zollerhöhungen in den Dominien aufzuhalten, geschweige denn Zollsenkungen herbeizuführen. Ferner wird für Industrien in den Dominien Zollschutz eingeführt, denen das Mutterland den „vernünftigerweise zu erwartenden Erfolg“ abspricht. So kommt es im Sommer 1934 zu peinlichen Auseinandersetzungen mit Australien, das auf Befürwortung seines "Tariff Boards" Tariferhöhungen auf Baumwollgarn und -stückgut einführte. Obgleich nur etwa 3% der englischen Baumwolleinfuhren betroffen wurden, setzte in England ein Proteststurm ein. In verschiedenen Städten Lancashires erfolgte spontan ein Boykott gegen australische Waren, und obgleich diese Aktion von der Organisation der britischen Baumwollproduzenten und von der Regierung nicht gebilligt wurde,

10. Mackenroth, s. o. S. 63.

unter dem Hinweis, daß sie eher zur Verschärfung der Lage führe und etwa Wiedervergeltungsmaßnahmen auslösen könnte, wurde britischerseits Einwand gegen die Zölle, die als Vertragsbruch hingestellt wurden, erhoben. Industrien, die derart hohen Schutzzoll erforderten — der Zollschutz betrug zum Teil 100% oder gar bei manchen Produkten noch mehr — könnten nicht den Anspruch auf „billigerweise zu erwartenden Erfolg" erheben. Australien mußte sich infolge des englischen Protestes bescheiden und die Zahl der neuen Zölle wesentlich beschränken. In demselben Jahre wurden sogar noch erhebliche Zollreduktionen vorgenommen, da man fürchtete, hohe Tarife könnten den Export nach Großbritannien beeinträchtigen und erhöhten zudem die Preise der Industrieprodukte für den australischen Konsumenten. Auf diese Weise gelang es auch, die Mißstimmung Lancashires wieder zu beheben.[11]

In gleicher Weise ist die Klausel, die dem Mutterlande „vernünftigen Wettbewerb" zusichert, ohne praktischen Wert geblieben. In Kanada, wo sie zur Anwendung kommen sollte, lehnte der "Tariff Board" die Möglichkeit einer vergleichenden Produktionskostenberechnung ab.[12] Auch die realen Vorteile, die die Dominien den englischen Importgütern in ihren Zolltarifen zugestanden, waren in verschiedenen Fällen faktisch wertlos, da teilweise England als Einfuhrquelle kaum in Betracht kommt und voraussichtlich auch ohne jede Bedeutung bleiben wird. Hier mag als Beispiel nur etwa die Präferenz auf britische Automobile in Kanada genannt werden: ist doch schon auf dem heimischen Markt die englische Autoindustrie scharfer kanadischer Konkurrenz ausgesetzt. Im Falle Kanadas muß betont werden, daß die in Ottawa gewährte Vorzugsbehandlung für englische Erzeugnisse oft illusorisch war, da mit der willkürlichen Umrechnung der Preise für Importgüter und der damit verbundenen Dumpingzölle den kanadischen Behörden eine Handhabe gegeben war, höhere als die im Handelsvertrag festgelegten Zollabgaben zu bewirken.[13] Obgleich Kanada im Ottawa-Vertrag die Zusicherung gegeben hatte, daß Waren, die unter den Präferenztarif fallen, nicht durch willkürliche Wertfestsetzung ge-

---

11. Richardson: British Economic Foreign Policy, S. 150/51.

12. Economist, 19. Oktober 1935.

13. Findlay führt in „Britain under Protection", S. 149/50, aus, daß dank des Dumpingzolles auf britische Waren tatsächlich in verschiedenen Fällen trotz der britischen Vorzugsbehandlung deutsche Waren eine Präferenz genössen.

troffen werden sollten, verzichtet das Dominion auf dieses Mittel der indirekten Schutzzollpolitik erst — mehr als drei Jahre nach Ottawa! — als mit der liberalen Regierung Mackenzie Kings auch freiere Grundsätze in die Zollpolitik vordringen.[14] Einzig Neuseeland, weniger industrialisiert als Kanada und Australien und auch als Lieferland abhängiger von der Aufnahmefähigkeit und -willigkeit Großbritanniens, hat die Verträge mit liberalerem Geiste interpretiert. Die Untersuchungen der neuseeländischen Tarifkommission führten im Sommer 1934 zu umfassenden Tarifsenkungen und Aufhebungen von Zöllen im Präferentialtarif. Die neuseeländische Regierung unternahm sogar ferner den Versuch sich auf dem englischen Markt besondere Vorteile zu sichern, indem sie weitere, sehr erhebliche Zollsenkungen zugunsten des Mutterlandes in Aussicht stellte. Derartige Maßnahmen aber hätten einen Verstoß gegen die imperiale Meistbegünstigung bedeutet; infolgedessen sah sich England auch nicht in der Lage, auf diese Vorschläge einzugehen.

In England war man sich durchaus von vorneherein bewußt, daß die unbestimmten Zusicherungen der Dominien in keiner Weise den vom Mutterlande gemachten Konzessionen adäquat seien, setzte man durch sie doch die Konsumkraft der heimischen Bevölkerung aufs Spiel. Doch man argumentierte, daß die Stärkung der Dominien auf dem heimischen Markt die Kaufkraft in jenen Ländern heben und somit letzten Endes der britischen Exportindustrie indirekt wieder zu gute kommen würde.[15]

c) Präferenzbehandlung der Dominien und Kolonien untereinander.

Die Ottawa-Verträge ziehen auch das gesamte koloniale Empire in das System der Empire-Präferenz hinein, indem sie eine Art interimperialer Meistbegünstigungsklausel vorsehen. Es enthalten nämlich die Verträge Großbritanniens mit den Dominien je zwei Klauseln, deren erste besagt, daß das Mutterland die kolonialen Teile des Empire auffordern wird, den Dominien alle diejenigen Vorteile einzuräumen, die sie bereits anderen Teilen des britischen Reiches gewähren. In der zweiten Klausel verpflichten sich die Dominien dem kolonialen Empire die gleiche Vorzugsbehandlung

14. Eildienst, 31. Dezember 1935.

15. Rede Chamberlains im Unterhaus, 18. Oktober 1932 (Times, 19. 11. 1932).

wie dem Mutterlande zu gewähren. Ferner enthalten die Verträge auch konkrete Zusicherungen von Präferentialzöllen beim Import einzelner Domanialerzeugnisse in bestimmten Kolonien ohne Selbstverwaltung; so wurden vor allem Kanada für eine Reihe von Fertigfabrikaten Zollerleichterungen zugestanden. Andererseits haben sich sämtliche Dominien zur Gewährung von Präferenzbehandlung für bestimmte Erzeugnisse des Kolonial-Empire bereitgefunden. Hier handelt es sich naturgemäß ausschließlich um Rohstoffe und Genußmittel.

In den fünf Handelsverträgen der Dominen untereinander bauen diese das Prinzip der gegenseitigen Vorzugsbehandlung noch weiter aus, das größtenteils bei ihnen schon vor Ottawa zur Anwendung gekommen war.

II. Die zahlenmäßige Entwicklung des Empire-Handels seit 1932.

1. In Großbritannien.

a) Die Kräfte, die neben Ottawa die Handelsbeziehungen Englands zum Empire beeinflussen.

Der Anteil des Empire am englischen Außenhandel ist seit Ottawa stetig gewachsen, nachdem er sich in den vorhergehenden Jahren beim Import sowie beim Export in sinkender Tendenz bewegte.

Tabelle 1. Anteil des Empire am Außenhandel Englands in Prozent.[16]
(Import = Bruttoimport, also incl. des Imports für die Wiederausfuhr)

Jahr	Import	Export
1928	30,41	45,29
1929	29,41	44,49
1930	29,12	43,51
1931	28,73	43,69
1932	35,42	45,33
1933	36,91	44,51
1934	37,07	46,86
1935	37,63	47,97
1935 (1. I.—30. IX)	38,35	47,40
1936 (1. I.—30. IX)	39,71	49,11

16. Board of Trade Journal, jeweils im Februar des entsprechenden Jahres. Für die ersten 9 Monate 1935 und 1936: Economist, 21. 11. 1936.

Jedoch darf das Anwachsen in seiner Gesamtheit keineswegs nur als Auswirkung der Verträge gebucht werden, die Einflüsse, denen die englischen Außenhandelsziffern gerade in dieser Zeit unterliegen, sind vielmehr derart komplex, daß von vorneherein die Möglichkeit, ein klares Bild von den faktischen Ergebnissen Ottawas gewinnen zu können, abgelehnt werden muß.

Vornehmlich sind es die Einwirkungen der Pfundentwertung und die Zugehörigkeit des britischen Empire zum Sterlingblock, die das Wirken der britischen Handelsverträge überschatten. Eine Intensivierung des Empire-Handels hätte sich zwangsmäßig auch ohne die Initiative von Ottawa ergeben müssen. Die Entwicklung des englischen Außenhandels mit den skandinavischen Staaten im Jahre nach dem Abgehen des Pfundes und der nordischen Währungen vom Goldstandard lassen sich hier vor allem als Beleg für die Verstärkung der Handelsbeziehungen infolge der gemeinsamen Währungspolitik heranziehen, da die handelsvertragsmäßigen Abmachungen sowohl bei den entsprechenden Zahlen des britischen Empire als auch bei den Ziffern der Außenhandelsbeziehungen zu den nordischen Staaten in den folgenden Jahren die handelspolitischen Auswirkungen der Pfundabwertung überdecken. Ja sogar auch 1932 werden die Zahlen des Imports Englands aus diesen Ländern bereits durch den Generaltarif und die Abmachungen von Ottawa, die sich doch beide gegen die nicht-britische Einfuhr richten, beeinflußt. Der Anteil der drei skandinavischen Länder, Schweden, Norwegen und Dänemark, am Import Englands steigt gegenüber dem Vorjahre um 4,9%, am Export um 0,8%, während in dem gleichen Jahre der Anteil der vier Goldblockstaaten, Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz, an der britischen Einfuhr gegenüber 1931 um 36,9%, an der Ausfuhr um 8,3% sinkt. Während in diesem ersten Jahre nach der Ablösung des Pfundes vom Gold die währungspolitischen Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen sich noch in verhältnismäßig engen Grenzen halten, steigern sie sich zweifellos in den folgenden Jahren wesentlich. Doch ist gerade hier eine getrennte zahlenmäßige Erfassung nicht mehr in dem Maße wie 1932 möglich, da die Handelsverträge des Jahres 1933 mit den einzelnen skandinavischen Staaten von nun ab die Wirtschaftsbeziehungen Großbritanniens zu diesen Ländern zu einem erheblichen Grade beeinflussen. Es ist daher zum mindesten unkorrekt, um die monetären Faktoren in der Ent-

wicklung des Empirehandels hervorzuheben, als Beispiel den Außenhandel Englands mit Skandinavien anzuführen unter dem Hinweis, daß „im Verhältnis zu den skandinavischen Ländern, die zum Pfundblock, aber nicht zur Ottawagemeinschaft gehören, sich ähnliche Außenhandelsverschiebungen zeigen lassen[17]," und dabei zu übersehen, wie seit 1933 eine gewisse Vorzugsbehandlung zwischen Großbritannien einerseits und den nordischen Staaten auf der anderen Seite besteht. England war durch seine günstige Position als Hauptabnehmer skandinavischer Produkte in der Lage bei den Vertragspartnern des Sterlingblocks Einfuhrvorteile für seine Exporterzeugnisse zu erzwingen.

Für England bedeutet der einheitliche Währungsblock des Empire zunächst in der Sphäre der Außenhandelsbeziehungen ein Ausrichten des Imports nach den Quellen der Sterlinblockpreise und gleichzeitig ein Abprallen des Exports an den handelspolitischen Abwehrmaßnahmen der hochvalutarischen Länder, dem auf der anderen Seite die Bevorzugung der englischen Ware, die nunmehr verhältnismäßig billiger erscheint, im britischen Reiche gegenübersteht. Die Importverschiebung ist allerdings nicht endgültig, denn in der Folgezeit tragen vielfach Rohstoffproduzenten, die nicht abgewertet haben, der englischen Devalvation durch Herabsetzung ihrer Preise Rechnung. Auf der Exportseite ist entscheidend, daß die Besserung der Konjunkturlage, die sich in den Nationalwirtschaften seit 1933 langsam bemerkbar macht, vorzugsweise die Länder des Sterlingblocks eben dank ihrer Währungs- und Geldpolitik bisher stärker erfaßt hat und somit bei ihnen einen Zustand gesteigerter Aufnahmefähigkeit für britische Exportprodukte geschaffen hat. Für die Wirtschaft Australiens und der Südafrikanischen Union vor allem war die Aufgabe des Goldstandards von entscheidender Bedeutung, da hierdurch die Wirtschaftsbelebung fast schlagartig einsetzte. Während in den übrigen Dominien und dem Mutterlande die Einfuhr, die bis zu einem gewissen Grade als Konjunkturindex anzusehen ist, noch weiterhin zusammenschrumpfte, erfuhr sie in Australien sofort im Finanzjahr 1932/33 mit der Abkehr vom Golde, in der Südafrikanischen Union 1933, eine Ausdehnung, die, da sie im Gegensatz zur Entwicklung des sonstigen Empire-Handels steht,

---

17. Wölfflin: Wirtschaftsfragen des britischen Empire; der Deutsche Volkswirt X, 14, 3. Januar 1936.

nicht als Ausdruck der Verteuerung des Imports durch die Devalvation gewertet werden kann. Vor allem der Goldbergbau, der durch die Abwertung einen Aufschwung erfährt, trägt zur Wiederbelebung der Wirtschaft der Südafrikanischen Union bei. Aber auch in Australien und Kanada spielt der belebende Faktor der Goldminen eine wichtige Rolle in dem wirtschaftlichen Gesundungsprozeß.

Ein weiteres Moment ist die Verlagerung in der Zusammensetzung der Einfuhr Großbritanniens seit 1932, das dazu beiträgt, die Wirkung Ottawas zu modifizieren. Einerseits suchte der Generaltarif künstlich den Import von Fabrikaten nach England zu drosseln, zum anderen mußte sich als Krisenerscheinung eine natürliche Beschränkung der Einfuhr von Fertigwaren ergeben. Infolgedessen setzte sich seit Beginn der Depression, besonders aber mit Anwendung der Schutzzölle eine Verschiebung in dem Aufbau der englischen Einfuhr durch; der Anteil der Lebensmittel erfährt bis 1933 auf Kosten des Fertigwarenimports eine wesentliche Steigerung, wie aus Tabelle 2 ersichtlich wird.

Tabelle 2. Anteil der einzelnen Einfuhrklassen am Gesamtimport Großbritanniens in Prozent.[18]

Jahr	I Lebensmittel	II Rohstoffe	III Fabrikate	I + II
1931	48,5	20,1	30,4	68,6
1932	53,1	23,5	22,5	76,6
1933	50,3	26,7	22,4	77,0
1934	47,4	28,6	23,4	76,0
1935	47,0	28,0	24,5	75,0

Die gestiegene Bedeutung der Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr muß sich naturgemäß auch in einer relativen Verschiebung der Einfuhrquellen äußern, die dem Anteil des Empire am Gesamtimport zugute kommt, denn mit der Zurückdrängung der Fertigwareneinfuhr werden fast ausschließlich nicht-britische Lieferländer getroffen. Die auf diesem Grunde beruhende Erhöhung des Empire-An-

18. Quelle: Annual Statement of the Trade of the United Kingdom with Foreign Countries and British Possessions, 1932—1934. Für 1935 Economist, 18. Januar 1936.

teils ist besonders stark in den Jahren 1932 und 1933. Seit 1934, als mit der Wirtschaftsbelebung und der Steigerung des Gesamtimports sich auch wieder der Anteil der Fabrikateinfuhr hebt, erfährt sie trotz des für die ansteigende Konjunktur charakteristischen erhöhten Rohstoffbedarfes wieder eine Abschwächung. Diese aber wird durch die sonstigen Entwicklungstendenzen, die die Handelsbeziehungen zwischen dem Mutterlande und den Staaten des Uebersee-Empire beeinflussen, überdeckt.

Da die Anteile der einzelnen Länder am Gesamtimport auf Grund der Einfuhrwerte errechnet werden, spiegeln sich in ihnen auch Preisbewegungen wieder; also auch aus diesem Grunde erfährt der Prozentsatz des Empire an der Einfuhr des Mutterlandes seit dem Durchbruch der Wirtschaftsbelebung eine Erhöhung, unabhängig von der seit Ottawa eingeschlagenen Politik. Die Waren, die England aus seinem Empire bezieht, die Urprodukte, haben im Preise ungleich stärker angezogen als die Industrieerzeugnisse, die aus vorwiegend nicht-britischen Ländern importiert werden.

In welchem Maße die Wirtschaftsbeziehungen Englands zu den übrigen Teilen des britischen Reiches durch die neue Handelspolitik beeinflußt sind, läßt sich also in keiner Weise feststellen. Vor allem wird der wahre Prüfstein Ottawas erst in der Wiederkehr international stabiler und ausbalanzierter Währungsverhältnisse gefunden werden müssen.

b) Die Einfuhr Großbritanniens seit Ottawa.

Für England bedeutet das System der Empire-Präferenz von Ottawa in der Tat eine vollkommene Umwandlung der Handelspolitik, während auf Seiten der Dominien die Verträge nur einen relativ schwachen Ausbau dieses schon seit Jahrzehnten angewandten Systems brachten. Zwar führen in der Folgezeit nun auch fast ausnahmslos die Kronkolonien die Vorzugsbehandlung für britische Waren ein, doch stehen sie als Abnehmerländer für englische Exportprodukte weit hinter den Dominien zurück und erholen sich nur sehr viel langsamer als diese von der Wirtschaftsdepression. Es mußte sich daher naturgemäß die Verlagerung des Außenhandels Großbritanniens weitaus stärker bei der Einfuhr als bei der Ausfuhr äußern. Tabelle 3 zeigt diese unterschiedliche Entwicklung auf.

Tabelle 3. Anteil des Empire am englischen Außenhandel.[19]

1930 = 100

Import aus	1935
Dominien (incl. Indien, ohne Irland)	139,7
Kolonial-Empire	144,1
Empire (ohne Irland)	140,6
Export nach	
Dominien (incl. Indien, ohne Irland)	117,7
Kolonial-Empire	116,1
Empire (ohne Irland)	115,4

Die einzelnen Dominien hatten nicht gleich in gleicher Weise an der relativen Steigerung des Empire-Imports teil; Kanada konnte vor allen seine Position auf dem englischen Einfuhrmarkt steigern. 1935 hat sich sein Anteil am Import Englands gegenüber dem Vor-Ottawa-Jahre nahezu verdoppeln können. Während sämtliche Dominien in der Folge von Ottawa ihren Anteilsatz zu steigern vermochten, muß Irland, das als einzige Ausnahme nicht die Vorteile der Präferenzbehandlung genießt, seine prozentuale Bedeutung in dem entsprechenden Zeitraum sehr erheblich zurückgehen sehen. Im einzelnen ergibt sich Folgendes:

Tabelle 4. Regionale Verteilung der Einfuhr Großbritanniens in Prozent der Gesamteinfuhr.[19]

Land	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1935*	1936*
Irland	4,12	4,24	3,77	2,63	2,35	2,47	2,5	2,4
Kanada	3,65	3.81	6.14	6,84	6,88	7,40	6,9	8,4
Neufundland	0,21	0,24	0,28	0,32	0,33	0,30		
Australien	4,45	5,31	6,57	7,19	6,84	7,17	7,3	7,1
Neuseeland	4,30	4,39	5,33	5,50	5,52	5,04	5,8	5,9
Südafrika	1,94	1,52	2,21	2,14	1,62	1,81	1,8	1,7
Indien	4,89	4,26	4,60	5,53	5,75	5,43	6,6a)	7,2a)
Kolonial-Empire	5,56	4,96	6,52	6,76	7,78	8,01		
Empire ohne Irland	25,00	24,49	31,65	34,28	34,72	35,16	36,0	37,3
Empire insges.	29,12	28,73	35,42	36,91	37,07	37,63	38,4	39,7

19. Board of Trade Journal, s. o. Tabelle 4: 1935* und 1936* nur die ersten 9 Monate, Economist, 21. November 1936.

Fortsetzung von Tab. 4	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1935*	1936*
Ostseeraum	2,69	3,09	3,38	3,72	4,00	3,88		
Skandinavien	8,50	8,43	8,85	8,63	9,07	7,57	7,8	7,5
Goldblock	9,72	10,16	6,57	6,34	6,24	6,62	9,6b)	9,6b)
Deutschland	6,27	7,45	4,32	4,41	4,18	3,97	4,0	3,9
USA	14,70	12,07	11,90	11,21	11,20	11,56	10,5	10,5
Argentinien	5,43	6,12	7,32	6,17	6,42	5,81	6,1	5,2
Ausland	70,88	71,27	64,58	63,09	62,93	62,37	61,5	60,3

Ostseeraum = Polen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen.
Skandinavien = Schweden, Norwegen, Dänemark.
Goldblock = Frankreich, Holland, Schweiz.

a) Hier Indien und Ceylon.
b) Goldblock und dessen Kolonialreich.

1930 noch waren die vier bedeutendsten Lieferanten Englands nicht-britische Staaten: USA, Deutschland, Argentinien und Dänemark, an fünfter Stelle folgte endlich Indien. 1935 sind drei der fünf wichtigsten Lieferanten Großbritanniens Empire-Länder. Es bleiben zwar nach wie vor die Vereinigten Staaten die Haupteinfuhrquelle, doch folgt jetzt unmittelbar Kanada, das 1930 noch den elften Platz als Lieferant des Mutterlandes belegte, gleich danach Australien, das 1930 nur den siebenten Platz für sich beanspruchte.

Aufschlußreicher jedoch als die Verschiebung der prozentualen Anteile beim Import Großbritanniens ist die Betrachtung der absoluten Einfuhrziffern Englands aus den Empire-Ländern. Während der Gesamtimport bis 1933 absinkt, der aus nicht-britischen Ländern sogar bis 1934, ergibt sich bereits mit dem Ottawa-Jahre eine sofortige Steigerung der Zufuhren aus den Ländern des britischen Reiches. 1931 noch lag der Import aus dem Empire gegenüber dem Niveau von 1929 tiefer als der aus dem Auslande, 1932 tritt hier bereits eine Wendung ein und 1935 liegt die Empire-Einfuhr gegenüber der Vergleichsbasis von 1929 um vieles höher als die Auslands-Einfuhr:

Tabelle 5. Import Großbritanniens aus den Empire-Ländern.[20]
Wert 1929 = 100

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1935*	1936*
Gesamtimport	100	85,5	70,6	57,6	55,3	59,9	62,0	60,1	67,7
Irland	100	95,3	80,9	58,8	39,5	38,1	41,6	41,9	46,1
Südafrika	100	83,3	53,9	63,9	59,3	49,0	57,7	53,6	57,2
Indien u. Ceylon	100	82,7	62,4	54,7	59,5	68,5	65,6	64,3	79,5
Neuseeland	100	94,1	79,1	78,5	77,9	84,7	79,9	76,3	87,1
Australien	100	83,5	82,3	83,3	87,4	89,8	97,9	90,8	99,9
Kanada	100	82,2	70,8	92,9	99,6	108,6	120,6	109,3	150,7
Empire ohne Irland	100	83,2	67,2	70,9	73,7	81,0	84,8	81,0	94,9
Empire inges.	100	84,7	68,9	69,4	69,4	75,6	79,4	76,4	89,1
Ausland	100	85,8	71,2	52,7	49,4	53,4	54,8	53,0	58,4

Die Tabelle läßt deutlich werden, daß die wirtschaftspolitischen Eingriffe Englands im Jahre 1932, zu einer Zeit, in der die allgemeine Krisenlage sich noch verschärfte, eine interne Wirtschaftsbelebung im britischen Reiche hervorzurufen imstande waren. Auch lassen jene Zahlen recht erkennen, in welchem Maße Kanada durch die Einfuhrverlagerung des Mutterlandes Gewinn zog, erhöhte doch Großbritannien seine Einfuhr aus diesem Dominion über den Stand der Vorkrisenzeit hinaus auf das Anderthalbfache. Ebenso erreicht der Import aus Australien 1935 fast wieder die Höhe des Hochkonjunkturjahres 1929, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Preise der Urprodukte noch immer wesentlich unter denen der Vordepressionsjahre liegen und daß das Volumen der Einfuhr aus den Dominien infolgedessen über die angeführten Ziffern hinausgeht. Andererseits hat sich der Warenbezug aus Ländern, die nicht der Ottawa-Gemeinschaft angehören und die sogar bei vielen Einfuhrgruppen in scharfer Konkurrenz zu den Empire-Lieferanten stehen, über den Stand des Jahres 1929 erhoben. Dies sind einzelne Staaten des Ostseeraumes, mit denen England in den letzten Jahren im Interesse seiner Exportindustrie die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu intensivieren sucht. So liegt 1935 die Einfuhr Großbritanniens aus Finnland genau auf dem Niveau des Vorkrisenjahres 1929, diejenige aus Polen hat sich seit jenem Jahre um 5,4% erhöht, und

20. Quelle: Economist, jeweils im Februar des entsprechenden Jahres. 1935* und 1936* nur die ersten 9 Monate, hierfür Economist, 21. November 1936.

Litauen vermochte in dem Zeitraum von 1929—1935 seinen Export nach dem Vereinigten Königreiche fast zu vervierfachen. Es sind dies also Einfuhrgewinne, wie sie das tarifmäßig bevorzugte Empire nicht aufweisen kann. Hier zeigt sich, daß die Empire-Handelspolitik Englands mit wichtigen anderen Handelsinteressen in Konflikt geraten muß. Auf diese Problematik soll in anderem Zusammenhange näher eingegangen werden. In diesem Abschnitt vielmehr wird untersucht, in welchem Maße der imperiale Handel durch die Abmachungen von 1932 betroffen wurde. Dabei interessiert vor allem, wie sich die Einfuhr Englands in den Warengruppen entwickelt hat, bei denen man sich in Ottawa in besonderem Grade die Aufgabe stellte, den Empire-Handel zu fördern und die Produzenten des britischen Reiches zu begünstigen. In den folgenden Ausführungen werden die wichtigsten derjenigen Einfuhrgüter, die in den Verträgen einzeln angeführt sind, behandelt.

1. Getreide und Getreideprodukte. Hoffte man, durch die Präferenzbehandlung den von der Krise so besonders schwer getroffenen Getreideproduzenten wenigstens innerhalb des Empire Erleichterungen angedeihen zu lassen, ergibt sich aus den englischen Einfuhrzahlen, daß dieser Versuch im allgemeinen als wenig geglückt zu betrachten ist.[21] Eine Besserung der Preislage auf den Weizenmärkten des Empire war schon von vorneherein durch die „Weltmarktpreisklausel" in den Verträgen ausgeschlossen; das eigentliche Problem war somit ungelöst geblieben. Auch bewirkte der neue Zoll auf Weizen keine weitgehende Umlagerung der Einfuhr Großbritanniens. Zwar konnten Kanada und Australien ihre Ausfuhr nach England 1932 und 1933 beträchtlich erhöhen; dies trug ihnen einen größeren Anteil am Import des Mutterlandes ein. Doch weisen trotz Zollbegünstigung Ausfuhrmenge und Anteil 1933 bis 1935 stark sinkende Tentenz auf, so daß bei etwa gleich hoher Gesamteinfuhr von Weizen der Empire-Anteil gegenüber dem Vergleichsjahre 1928 nur wenig gestiegen ist. Bei der Einfuhr von Weizenmehl stellen zwar die Produzenten des britischen Rei-

21. Die Quelle für die folgenden Ausführungen sind die „Annual Statement of the Trade of the United Kingdom with Foreign Countries and British Possensions", für 1935 „Accounts relating to the Trade and Navigation of the United Kingdom". Soweit diese Statistiken es zulassen, stützen sich die Untersuchungen auf Mengenangaben, um so ein durch Preisverschiebungen unbeeinflußtes Bild der Entwicklung zu erhalten.

ches sofort nach Ottawa eine bevorzugte Nachfrage nach dem Empire-Produkt fest; der prozentuale Anteil steigt nunmehr gegenüber dem Vor-Ottawa-Jahre bedeutend an, um sich in der Folgezeit wieder schwankend abwärts zu bewegen. Die Neueinführung des Zolles auf nichtbritischen Mais hat sich als vollkommener Mißerfolg erwiesen. Sie hat nicht vermocht, dem Mais aus dem Empire eine erhöhte Bedeutung auf dem englischen Markt zu verschaffen; vielmehr liegt dessen Anteil an der gesamten Maiseinfuhr 1932-1935 weit unter dem Stand von 1930 und 1931; dasselbe trifft auch für den Import von Maisprodukten zu. Auch die Einfuhr von Gerste hat durch die Ottawa-Verträge keine wesentliche Verlagerung erfahren, sondern die Schwankungen der prozentualen Bedeutung von Empire- und Auslandsprodukt scheinen mehr auf die Verschiebungen der Ernteverhältnisse zurückzuführen zu sein. Ueberhaupt sind bei der Getreideeinfuhr trotz einer bewußten Empire-Politik mehr die Naturgegebenheiten für die Zusammensetzung des Imports maßgebend, schwanken doch dessen Mengen und die Bedeutung des Empire bei der Einfuhr durchweg in äußerst starkem Maße. Nur beim Import von Reis hat sich Ottawa durchgreifend ausgewirkt; allerdings hat hier die Zollerhöhung fast prohibitive Ausmaße angenommen. Das nicht-britische Produkt unterliegt einer Abgabe von etwa 70% vom Werte, während der britische Reis zollfrei auf den englischen Markt gelangt. 1932 versorgte das Empire England nur etwa zu einem Drittel mit Reis, 1935 dagegen kommen rund 86% der importierten Reismengen aus Empire-Quellen.

Wo es sich ferner um Förderung eines Veredelungsproduktes der Getreidewirtschaft handelt, konnte sich die Reichsvorzugsbehandlung äußerst günstig auswirken. Mengenmäßig steigt die Einfuhr von Makkaroni aus dem britischen Reiche um rund 370% innerhalb des Zeitraumes von 1931 bis 1935. Entfielen von der englischen Einfuhr 1931 nur etwa 6% auf das Empire, versorgt dieses 1935 zu einem Drittel die englische Nachfrage. Einen kleinen prozentualen Gewinn kann das Empire auch bei der Einfuhr von getrockneten Erbsen verzeichnen.

2. Fleisch. Die durch die Mengenregulierung gegebene Handhabe zur Begünstigung der Empire-Fleischproduzenten hat sich für diese im allgemeinen als äußerst günstig erwiesen, soweit es sich um die Aufteilung des englischen Marktes handelt. Und obwohl Großbritannien durch die Kontingentierung in erster Linie seine heimische Produktion zu fördern suchte und auch die Empire-Einfuhr

einer Mengenkontrolle unterwarf, konnte die Empire-Vorzugsbehandlung in der Regel doch, wider alle Erwartungen, zu namhafter Steigerung der mengenmäßigen Einfuhren führen. So hat sich seit 1932 eine Empire-Produktion von Kühlfleisch (Rind) ganz neu aufbauen können; kam bis dahin die gesamte Einfuhr aus Südamerika, vor allem Argentinien, so liefert das Empire 1935 5,8% des englischen Imports. Für die nächsten Jahre ist hier zweifellos ein weiterer Aufschwung zu erwarten, da im Frühjahr 1936 aus Australien gemeldet wurde,[22] daß die technischen Schwierigkeiten, die bisher der Entwicklung des Kühlfleischexports innerhalb des Empire im Wege standen, behoben seien; eine Flotte von Dampfern mit allermodernsten Kühleinrichtungen werde nunmehr Australien in die Lage versetzen, an die Seite Argentiniens als Kühlfleischexporteur zu treten. Auch bei gefrorenem Rindfleisch hat seit 1931 eine mengenmäßige Steigerung von rund 45% bei der Empire-Einfuhr stattgefunden. Hierbei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß sie bereits 1931 wesentlich über dem Niveau von 1929 lag. Diese Tatsache läßt den Zweifel aufkommen, ob die Entwicklung seit 1932 als bloßer „Ottawa-Erfolg" anzusehen ist und nicht als Verlauf einer natürlichen Produktionsausdehnung, beruhend auf produktionstechnischen Grundlagen, bei der Ottawa nur eine allerdings sehr erwünschte Zugabe ist. Dieses liegt umso mehr auf der Hand, als eine ähnliche Erscheinung bei der Einfuhr Englands von gefrorenem Kalbfleisch festzustellen ist, bei der mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen infolge der Geringfügigkeit des gesamten Imports nicht bestehen. Auch der Export Neuseelands und Australiens von gefrorenem Lammfleisch nach dem Mutterlande ist stetig im Wachsen begriffen. Hinzu kommt seit Ottawa eine Verringerung der englischen Einfuhr aus nicht-britischen Quellen, so daß die Position des Empire auf dem Markt des Mutterlandes eine wesentliche Stärkung erfährt. Bei der Einfuhr von gefrorenem Hammelfleisch ist zwar der prozentuale Gewinn des Empire auch erheblich, beruht aber mehr auf starker Beschränkung der Auslandseinfuhr; die Empire-Bezüge bewegen sich auf relativ stabiler Höhe, während der Gesamtwert zu sinken tendiert. Dank der Präferenzbehandlung, die in den Ottawa-Verträgen den interessierten Empire-Ländern gewährt wurde, gelingt es jenen bei der Ausfuhr von Fleischkonserven und -extrak-

22. Eildienst, 1. April 1936.

ten in verschärfte Konkurrenz mit dem Auslande zu treten; allerdings bestreitet dieses noch 1935 zu rund 95% die Befriedigung der englischen Nachfrage. Immerhin gibt Ottawa die Entwicklungsmöglichkeit für eine Empire-Industrie. Während der Auslands-Import von Bacon zum Schutz der englischen Landwirtschaft durch die „Bacon Importation Regulation Order" vom November 1933 und durch freiwillige Abmachungen des vorhergehenden Jahres starke mengenmäßige Einschränkungen erfuhr,[23] war Kanada in Ottawa zollfreie Ausfuhrmöglichkeit nach England bei der zu erwartenden Einfuhrkontingentierung zugesichert worden, und zwar bis zu einer sehr hoch liegenden Grenze, die das Dominion bisher noch nicht erreicht hat. Diese Vorzugsbehandlung wirkt sich in einer gesteigerten Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes für das Empire-Produkt aus. Bei einer gegenüber dem Vor-Ottawa-Jahre um rund 38% gesunkenen Gesamteinfuhr nimmt Großbritannien fast die vierfache Menge von Empire-Bacon auf, wobei Kanada seine Ausfuhren nahezu verzwanzigfacht hat! Es ist klar, daß sich bei einer derartigen Entwicklung die protektionistischen Forderungen der englischen Landwirtschaft auch gegen die Produzenten des britischen Reiches äußern müssen. Jedoch handelt es sich bei Kanadas Bacon-Ausfuhren um die Rückeroberung eines einstmals verlorengegangenen Postens, liegt doch die Ausfuhrmenge 1935 noch immer um etwa 27,5% unter der von 1925. Seit 1934 ist Kanada nach Dänemark der wichtigste Bacon-Lieferant des Vereinigten Königreiches, während es früher hinter den anderen europäischen Bezugsländern weit zurückstand. Tabelle 6 gibt die Position des Empire bei der Fleischeinfuhr Großbritanniens seit den Ottawa-Vereinbarungen an.

Tabelle 6. Anteil des Empire an der Fleischeinfuhr Großbritanniens in Prozent des gesamten mengenmäßigen Imports.

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Rindfleisch, gekühlt	——	——	——	0,1	1,7	2,9	5,8
Rindfleisch, gefroren	45,7	46,2	57,4	60,8	66,9	76,6	75,2
Kalbfleisch, gefroren	54,0	45,7	74,6	64,7	85,1	91,6	90,6
Hammelfleisch, gefroren	48,5	58,3	70,6	73,9	77,4	85,2	85,5
Lammfleisch, gefroren	65,8	68,2	69,1	72,7	75,2	78,3	79,3
Bacon	8,4	4,6	3,1	3,3	7,8	16,6	19,9
davon Kanada	2,4	1,0	0,4	1,6	5,6	11,8	13,3
Rindfleisch: Konserven	1,9	1,6	0,7	2,8	2,4	3,1	5,4
Extrakt	4,2	5,5	4,6	7,7	6,0	13,4	12,9

23. Mackenroth, s. o. S. 207 ff.

Wenig Erfolg hat die garantierte Vorzugsstellung beim Import von Blasen und Wursthäuten einerseits und von Lachskonserven andererseits gezeitigt. In beiden Fällen vermochte sie nicht, die Empire-Einfuhr mengenmäßig oder relativ zu heben.

3. Molkereiprodukte. Daß die Vorzugsbehandlung der argrarischen Veredelungsprodukte in der Milch- und Geflügelwirtschaft keine weitgehenden Einfuhrverschiebungen zugunsten der interessierten Dominien hervorzurufen in der Lage war, stand von vorneherein infolge der Qualitätsunterschiede zwischen Empire- und Auslandsprodukten fest. Beim Butterimport, bei dem es sich am ehesten um eine tatsächliche Konkurrenz zwischen britischem und nicht-britischem Produkt handelt, ist der Gewinn zugunsten des Empire auch am stärksten ausgeprägt. Belieferten die Empire-Länder 1931 zu 49,5% den Markt des Mutterlandes, fallen 1935 56,6% der britischen Nachfrage auf Empire-Butter. Doch auch hier muß die Frage aufgeworfen werden, ob es sich in der Tat um einen „Ottawa-Erfolg" handelt, denn von 1929—1931 erhöht sich der Anteil der Buttereinfuhr aus dem Empire sogar noch stärker als zwischen 1931 und 1935, wo die Empire-Präferenz hinzugetreten ist. Technische Vervollkommnung der Kühlung und des Transportes, zudem eine Geschmackserziehung des englischen Konsumenten zu der gesalzenen Ueberseebutter, ferner die mit der minderen Qualität verbundenen Preisvorteile, die sich besonders in der Krise auswirken, scheinen in gleicher Weise an der Einfuhrverschiebung beteiligt zu sein.

Die Umschichtung, die die Käseeinfuhr durch die Ottawa-Präferenz erfahren hat, ist außerordentlich gering; denn auch schon vor Ottawa wurde die Hauptnachfrage aus Empire-Quellen befriedigt und nur gewisse Spitzenqualitäten aus dem Auslande bezogen. Da diese aber fast ausschließlich aus Ländern, die der Goldblockwährung angehörten, importiert werden, ist es wiederum fraglich, ob der Gewinn, den der britische Käse auf dem Markte des Mutterlandes zu verzeichnen hat, wirklich als Auswirkung der Zollbegünstigung angesehen werden darf. Andererseits zeigt sich, daß der Bedarf nach jenen Spitzenqualitäten mit Besserung der Wirtschaftslage in England zuzunehmen tendiert, selbst bei einer Verringerung des gesamten Käseimports. Auf dem Eiermarkt hat die Vorzugsbehandlung zunächst einen recht starken Einfluß gehabt. Der Anteil des Empire schnellte zwischen 1931 und 1932 hinauf. Da jedoch die Nachfrage nach Frischeiern bei stetig fallendem Import

aus Irland seit 1934 steigt, nehmen die Lieferungen aus dem Auslande mit diesem Jahre zu, so daß 1935 der anteilsmäßige Gewinn des Empire wieder verloren ist; zu einem gewissen Teil ließ er sich durch eine krisenmäßig bedingte relative Bevorzugung des billigeren Ueberseeangebots erklären.

Wo es sich um eine tatsächliche Konkurrenz gleichwertiger Produkte handelt, konnte sich die Empire-Präferenz weitaus stärker auswirken; so hat sie bei der Einfuhr von Milchpulver und Kondensmilch eine weitgehende Verlagerung zugunsten der Reichsländer hervorgerufen.

Tabelle 7. Anteil des Empire an der Einfuhr Großbritanniens von Molkereiprodukten und Eiern in Prozent der mengenmäßigen Gesamteinfuhr.

	1931	1932	1933	1934	1935
Butter	49,5	51,8	52,7	54,5	56,6
Käse	87,6	89,5	91,9	91,5	88,6
Eier	23,7	30,1	32,7	30,8	24,3
Kondensmilch, ungesüßt	7,2	22,7	35,2	37,7	47,0
Milchpulver	43,2	52,5	69,0	69,8	79,0

4. Obst und Gemüse. Die Zollerhöhungen auf die entsprechenden Auslandsprodukte wirken sich beim Frischobst fast durchweg in Erhöhung des Empire-Anteils aus, wenn auch im einzelnen in manchen Jahren Rückschläge zu verzeichnen sind, denen aber wohl Ernteschwankungen zugrunde liegen. Eine besonders starke Verschiebung der Einfuhrquellen ist beim Import von Grapefruit eingetreten; belieferten die britischen Länder 1931 den englischen Markt nur zu 15,4%, beträgt 1935 ihr Anteil an der gesamten Einfuhr 66,5%. Aber in den absoluten Einfuhrmengen äußert sich die Wirkung der Reichvorzugsbehandlung noch deutlicher als in den Prozentzahlen. Die Steigerungen, die Ottawa zuzuschreiben sind, sind hier außerordentlich hoch, und da Großbritannien bei allen Sorten des Empire-Frischobstes den Umfang der gesamten Erzeugung bei den betreffenden Produzentenländern weitgehend bestimmt, bedeutet für sie die Ausfuhrsteigerung nach dem Mutterlande eine erhebliche Produktionserhöhung.

Tabelle 8. Großbritanniens Einfuhrmengen von Frischobst aus dem Empire 1935 (Einfuhrmenge 1931 = 100).

	1935
Grapefruit	573
Bananen	230
Pfirsiche	225
Pflaumen	200
Birnen	199
Weintrauben	176
Aepfel	147

Eine starke Steigerung der Einfuhr hat sich auch bei Obstkonserven aus dem Empire ergeben, mengenmäßig beträgt sie zwischen 1932 und 1935 rund 52%, während der Anteil des Empire an der entsprechenden Gesamteinfuhr sich in derselben Zeit von 30,3 auf 48,6% erhöht. Indessen hat die verstärkte Präferenz bei getrockneten Früchten nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt; weder hat sich beim Empire-Import von Korinthen mengen- oder anteilsmäßig eine steigende Tendenz gezeigt, noch weist die Einfuhr von Rosinen eine nachhaltige Verlagerung zugunsten des Empire auf.

Obwohl die gesamte Einfuhrmenge von Kartoffeln äußerst heftigen Schwankungen unterliegt und infolge der Produktionsförderung in England einen heftigen Rückgang aufzeigt, beliefert das Empire das Mutterland mit einem relativ konstanten Quantum. Bei dem seit Ottawa stark geschrumpften Import hat sich infolgedessen der Anteil des Empire an der Kartoffeleinfuhr 1935 bedeutend gehoben, ein Erfolg der Präferenzbehandlung; denn seit 1933 — die Gesamteinfuhr weist seitdem eine verhältnismäßige Konstanz auf — macht sich doch noch eine ansteigende Tendenz des Empire-Anteils bemerkbar.

5. Holz. Für die kanadische Holzindustrie, die auf ihrem Hauptabsatzgebiet, dem Markt der Vereinigten Staaten, durch den Smoot-Hawley Tarif von 1930 heftige Rückschläge erfahren hatte, zu denen noch eine durch die Krise bereits geschwächte Nachfrage hinzukam, war es äußerst wichtig, in Ottawa den Markt des Mutterlandes, auf dem sich eine ausgesprochene Hausse in der Baubranche anzubahnen begann, gewinnen zu können. Bleibt zwar nach wie vor das Angebot des Auslandes auf dem englischen Markt vorherrschend, so kann sich doch Kanada dank der Präferenz seit 1932 einen gesteigerten Anteil bei den britischen Holzimporten

sichern. An eine Verdrängung der ausländischen Lieferanten jedoch ist keineswegs zu denken; deckt doch Großbritannien seinen Hauptbedarf weiterhin noch aus den skandinavischen und baltischen Staaten, und auch das Angebot Rußlands, das Kanada mit Hilfe der „Russenklausel" weitgehendst auszuschalten suchte, wird durch die Maßnahmen von Ottawa nicht zurückgedrängt. UdSSR vermag sogar auch mengenmäßige Steigerungen seiner Ausfuhr nach England zu erzielen. Die Qualität des europäischen Holzes liegt nun einmal über der des kanadischen Produktes. Kanada kann also niemals die Zufuhren aus Nordeuropa ganz ersetzen. Ottawa bewirkt nur, daß die durch den Boom auf dem Baumarkt hervorgerufene Steigerung der Nachfrage das Empire-Produkt mehr begünstigt als die nicht-britischen Lieferanten. Auch bei der Holzeinfuhr äußert sich die neue Vorzugsbehandlung auffallend in der Entwicklung der Einfuhrmengen.

Tabelle 9. Anteil des Empire an der Holzeinfuhr Großbritanniens in Prozent der mengenmäßigen Gesamteinfuhr.

	1931	1932	1933	1934	1935
Rundholz, weich	4,9	3,8	4,3	6,2	9,8
hart	20,8	23,7	23,6	29,2	32,9
Weichholz, gesägt	3,4	5,1	10,8	17,2	13,8
gehobelt	1,0	2,6	7,5	18,1	21,6

Großbritanniens Einfuhrmengen von Holz aus dem Empire.
1931 = 100

	1935
Rundholz, weich	189,5
Bretter, hart	205,8
Bretter, weich	513,4
Weichholz, gehobelt	3700,0

6. Oele, Oelfrüchte und Fette. Eine große Anzahl von Oelfrüchten, pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten wurden von den Ottawa-Abmachungen getroffen, zum Teil durch Tariferhöhungen oder Neueinführung eines Zolles bei den betreffenden ausländischen Produkten, zum Teil durch Bindung der Empire-Präferenz. Bei einer Reihe dieser Produkte muß ein durchschlagender Erfolg der Präferenz festgestellt werden, da sie es vermochte, die ausländische Konkurrenz ganz oder annähernd auf dem englischen Markt auszuschalten. Fielen 1931 62,4% der gesamten Kopraeinfuhr auf Empire-Lieferanten, so beschicken diese bei stetig

wachsendem Einfuhrbedarf 1935 den englischen Markt in seiner Gesamtheit unter Ausschaltung jeglicher nicht-britischer Konkurrenz; eine Modifizierung erhält dieser Erfolg allerdings durch die Tatsache, daß dadurch nicht eine Steigerung der Produktion in den betreffenden Empire-Ländern bewirkt wurde, sondern daß es sich auch hier nur um eine Verschiebung der Bestimmungsländer handelt. Auch bei der Einfuhr von Kokosöl wird durch die Präferenz eine fast völlige Ausschließung der nicht-britischen Produzenten erreicht: während 1931 der britische Anteil an der englischen Einfuhr rund 26% betrug, bezieht Großbritannien 1934[24] 98,8% aus dem britischen Reiche. Auch der Import von Rizinusöl wird 1935 zu mehr als 90% vom Empire bestritten, während dieses 1931 nur mit etwa 63% an der englischen Einfuhr beteiligt war. Eine ähnliche Steigerung des Empire-Anteils läßt sich bei der Talgeinfuhr feststellen: importiert Großbritannien im Vor-Ottawa-Jahre rund 54% aus Reichsländern, so erhöht sich dieser Satz 1935 auf 92%. Bei der Einfuhr von Erdnüssen wird die Auslandskonkurrenz, die sich 1930 und 1931 auf dem englischen Markt eingeschaltet hatte, wieder gänzlich verdrängt und 1934 und 1935 eine fast hundertprozentige Belieferung aus Empire-Quellen erreicht. Die Einfuhrmenge des Empire steigerte sich gegenüber 1931, wo der Import aus dem britischen Reiche sogar höher als im Hochkonjunkturjahr 1929 lag, rund um 49%. Weniger radikal, aber auch durchaus erfolgreich hat sich die Zollbegünstigung bei der Lebertraneinfuhr ausgewirkt; sank 1930 die Einfuhrmenge und der Anteil aus Neufundland und damit des Empire erheblich, steigt beides in den Jahren 1933 und 1934[24] wieder scharf an. Die mengenmäßige Steigerung beträgt zwischen 1931 und 1934 520% und der Empire-Anteil erhöht sich innerhalb dieses Zeitraumes von 5,3% auf 46,9% und liegt somit 1934 mehr als doppelt so hoch wie 1929. Eine mengen- und anteilsmäßige Erhöhung der Empire-Einfuhren wurde ferner durch die Ottawa-Abreden bei Leinsaat, Rüb- und Erdnußöl erreicht. Die Empire-Produzenten konnten sich bei letzterem erst dank der Präferenz den englischen Markt erschließen, aber die Empire-Importe der drei genannten Podukte schwanken auch nach Einführung der Reichsvorzugsbehandlung außerordentlich stark. Zum Beispiel sinkt der Empire-Anteil bei der englischen Erdnußöleinfuhr von 1933 94,2% auf 27,9% im Jahre 1934 herab. Doch lie-

24. Zahlen für 1935 noch nicht erhältlich.

gen Einfuhrmenge und Anteil wesentlich über dem Niveau des Vor-Ottawa-Jahres, so daß auch hier Ottawa als Erfolg zu betrachten ist. Eine gleiche Wirkung erzeugen indessen die Zollerhöhungen keineswegs bei Lein- und Sesamöl. Hier erwies sich die Aktion von Ottawa als vollkommen mißglückt, da Großbritannien auch weiterhin seinen Gesamtbedarf fast ausschließlich aus dem Auslande deckt. Auch bei der Walöleinfuhr konnte die garantierte Präferenz nicht verhindern, daß die Bezüge aus dem Empire wesentlich unter den Stand der Vor-Ottawa-Jahre gesunken sind, während der Gesamtimport höher liegt. 1934[25] beträgt der britische Anteil nurmehr 1%, 1929 noch belief er sich auf 34,2%.

7. Metalle. Ottawa unterwirft drei der wichtigsten Metalle, die Großbritannien einzuführen genötigt ist, der Präferenzbehandlung. Besonders wichig für das Empire war der neue Zoll auf ausländisches Kupfer, gilt es hier doch eine starke Auslandskonkurrenz auf dem englischen Markt zu verdrängen, dem eine ausgedehnte und noch ausdehnungsfähige Empire-Produktion gegenübersteht. Kupfererze importierte Großbritannien schon von jeher in beträchtlichem Umfange aus Kanada. Die Einfuhrverlagerung, die die Präferenz hier bewirkt, hält sich daher in bescheidenen Grenzen, auch mengenmäßig kann das Dominion keinen wesentlichen Gewinn aus der Vorzugsbehandlung ziehen. Jedoch spielt die Einfuhr des unbearbeiteten Erzes bei dem gesamten Kupferimport Großbritanniens nur eine untergeordnete Rolle. Um so bedeutender sind daher die Erfolge, die das Empire seit 1932 bei bearbeitetem Kupfer zu verzeichnen hat. Bei der Einfuhrgruppe „Barren, Balken, Blöcke, Platten und Kuchen" bezieht England nunmehr 1935 rund die Hälfte seines Importes aus Empire-Ländern, während 1931 nur etwa 17% aus dem britischen Reiche kamen. Die Einfuhrmenge erfuhr innerhalb dieses Zeitraumes eine siebenfache Erhöhung. Doch seit 1933 erhöhte sich die Gesamteinfuhr infolge der Wirtschaftsbelebung und des gestiegenen Rüstungsbedarfes wesentlich und auch die Auslandsbezüge nehmen seit diesem Jahre wieder zu, so daß sich eine leichte Senkung des Empire-Satzes bemerkbar macht. Fraglich ist noch, ob die gesamte Einfuhrsteigerung aus dem Empire als Ottawa-Erfolg zu werten ist, da sich hier auch bereits seit 1929 eine ausgesprochene Tendenz der ansteigenden Empire-Einfuhren an-

25. Die Zahlen von 1935 sind wegen statistischer Umgruppierung nicht mit denen der früheren Jahre zu vergleichen.

bahnt, die den Anteil der Reichsländer am englischen Import von 1929—1931 verdreifachen läßt. Es vollzieht sich also in Kanada eine organische Entwicklung, die auf Ausdehnung der verarbeitenden Kupferindustrie hindrängt, und die durch Ottawa nur einen weiteren, zwar äußerst starken, Anstoß erhält. Beim Import von Kupferstäben dagegen liegt ein reiner Ottawa-Gewinn vor, der in derartigem Ausmaße sonst kaum bei einer Einfuhrgruppe zu verzeichnen ist. Während das Empire 1929 und 1930 noch am Import Großbritanniens fast vollkommen unbeteiligt ist, versorgt Kanada seit 1933 zu rund 100% die englische Nachfrage! Auch bei der Bleieinfuhr ist die ausländische Konkurrenz dank der Präferenz auf ein Minimum herabgedrückt, wobei die Empire-Importmengen zwischen 1931 und 1935 eine 54%ige Steigerung aufweisen können. Bei der Einfuhr von Zink verstärkt die Zollbegünstigung eine Entwicklung, die sich bereits in den vorhergehenden Jahren durchzusetzen begann; der Empire-Anteil zeigt auch schon vor Ottawa steigende Tendenz auf, die mit einer stetig wachsenden Einfuhrmenge verbunden ist. Ottawa bringt dann eine steile Erhöhung des Empire-Satzes, dem seit 1934 auch eine erhebliche Steigerung der quantitativen Einfuhr entspricht.

Tabelle 10. Anteil des Empire an der Einfuhr Großbritanniens von Kupfer, Blei und Zink in Prozent des betreffenden mengenmäßigen Gesamtimports.

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Kupfer							
Erze:	35,9	47,8	51,4	39,3	56,2	68,3	67,8
Barren, Balken, Blöcke							
Platten, Kuchen:	5,5	10,8	16,7	39,8	55,4	47,4	50,3
Stäbe:	——	——	4,6	54,3	99,9	99,9	99,7
Blei: Platten, Röhren, Bleche:	63,2	61,3	62,3	86,0	96,5	90,4	96,5
Zink: Platten u. sonst. Produkte:	21,7	36,0	48,7	62,5	72,9	69,6	70,9

8. Verschiedene weitere Rohstoffe. In Ottawa wurden von Rohstoffen unter anderem noch Asbest, Wattlerinde, Ziegenhäute und Straußenfedern betroffen. Mit Asbest beliefert das Empire fast ausschließlich den englischen Importmarkt; es galt hier also, durch die Garantierung der Präferenz die potentielle Auslandskonkurrenz zurückzuhalten, die im Jahre vor Ottawa erstmalig einen größeren Anteil des britischen Marktes für sich beanspruchte. Durch die Zollbegünstigung von 1932 wird die Attacke des ausländ-

dischen Angebots auch wieder erfolgreich abgewehrt, so daß 1935 der Anteil des Empire an der englischen Einfuhr von Rohasbest mit 94% fast wieder den Stand von 1929 erreicht hat, während er 1931 nur noch 84% betrug. Bei der Einfuhr des Gerbstoffes Wattlerinde wurde durch die Vorzugsbehandlung das minimale Auslandsangebot vollkommen zurückgedrängt. In gleicher Weise gelang es, die nicht-britische Konkurrenz beim Import von Straußenfedern auszuschalten, die sich besonders 1931 geltend gemacht hatte, indem sie etwa ein Drittel der Einfuhr Großbritanniens bestritt. 1933, wo bei stark geschrumpfter Gesamteinfuhr Straußenfedern ein letztes Mal gesondert in der Statistik aufgeführt werden, beherrscht das Empire mit 99% den englischen Importmarkt. Auch bei der Belieferung Großbritanniens mit Ziegenhäuten können die Empire-Produzenten ab 1932 ihre früher verloren gegangene Position wieder zurückgewinnen; ihr Anteil an der Einfuhr des Vereinigten Königreiches hebt sich von 62,2% im Jahre 1931 auf 91,8% im Jahre 1935.

Hat es England auch in Ottawa nicht auf sich nehmen können, den für seine seit dem Kriege an Exportschwierigkeiten leidende Baumwollindustrie lebenswichtigen Rohstoff, den es vorwiegend aus dem Ausland bezieht, zugunsten seiner Empire-Politik mit einem Zoll zu belegen, so hat es Indien doch zugesagt, seine Baumwolleinfuhr aus jenem Reichsteile in großzügiger Weise fördern zu wollen. Es ist daher von weitgehendem Interesse, auch die Entwicklung des englischen Rohbaumwollimports einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Während sich die wertmäßige Gesamteinfuhr von 1929—1935 um circa 51% senkte, beträgt die Verminderung des Empire-Imports nur rund 37%, diejenige des Imports aus Indien dagegen nur rund 4%; die Einfuhr indischer Baumwolle hat somit 1935 fast wieder den Stand der Vordepresionszeit erreicht. Es zeigt sich also, daß eine erhebliche Einfuhrverschiebung zugunsten Indiens stattgefunden hat. Nimmt zunächst während der Krise 1931 und 1932 die Einfuhr aus Indien und dem Empire stärker ab, als die aus nicht-britischen Ländern, so wendet sich die englische Nachfrage in den Jahren, die auf Ottawa folgen und die durch den Konjunkturanstieg gekennzeichnet sind, in verstärktem Maße dem Empire-Produkt zu, und zwar erreicht 1935 der Anteil der britischen Länder und Indiens ein Maximum. Es muß dahingestellt bleiben, wieviel bei dieser Entwicklung auf bewußte Politik Großbritanniens zurückzuführen ist und wieweit die amerikanischen Anbaurestrik-

tionen, die die Ausfuhrmenge der Vereinigten Staaten herabgemindert haben, für sie verantwortlich zu machen sind.

Tabelle 11. Anteil des Empire und Britisch-Indiens an der Einfuhr Großbritanniens von Rohbaumwolle in Prozent der wertmäßigen Gesamteinfuhr.

	1929	1930	1931	1932	1933*	1934*	1935*
Britisch-Indien	5,0	7,6	7,2	3,4	6,3	9,1	9,9
Empire insges.	14,6	17,8	11,7	11,5	13,2	17,1	18,5

* inclusive Baumwollabfälle.

9. Verschiedene Fertigfabrikate. Es handelt sich hier um einzelne Produkte der chemischen Industrie, Kasein und Milchzucker, bei denen England in Ottawa die Bindung der durch den Generaltarif geschaffenen Vorzugsbehandlung eingeht, und ferner um Magnesiumchlorid, auf das Großbritannien zugunsten Britisch-Indiens den Zoll beim ausländischen Produkt erhöht. Als vollkommen erfolglos erwies sich die genannte Maßnahme bei der Einfuhr von Kasein, insofern, als trotz der Präferenzbehandlung der Anteil des Empire seit dem Vor-Ottawa-Jahre bis 1934[27] um mehr als die Hälfte zurückging. Fielen 1931 noch 20,4% der Einfuhr auf das britische Reich, muß dieses seinen Anteil 1932 auf 7,7% zurückgehen sehen. Bis 1934 hebt er sich nur um wenige Punkte auf 9,8%. Aeußerst gering ist ferner der Erfolg der Zollbegünstigung bei der Einfuhr von Magnesiumchlorid. Wohl erfährt der Empire-Anteil — die Statistik erfaßt sämtliche Magnesiumverbindungen gemeinsam — im Ottawa-Jahre eine Steigerung, doch erweist sie sich nicht als nachhaltig, und 1934 bezieht England noch immer rund 94% aus dem Auslande. Dagegen vollzieht sich seit 1932 eine vollkommene Verschiebung der Einfuhrquellen beim Import von Milchzucker; waren die Empire-Bezüge von 1929—1932 auf minimale Mengen reduziert worden, so daß sie 1932 nurmehr 0,3% der englischen Gesamteinfuhr ausmachten, wächst der Anteil des Empire 1933 stark an, um 1934 rund 60% zu betragen.

Die vorangegangenen Ausführungen erheben zwar nicht den Anspruch ein erschöpfendes Bild von der durch Ottawa beeinflußten Einfuhr Großbritanniens zu geben, doch wurde versucht, wenigstens die wesentlichsten Einfuhrgruppen des englischen Imports

27. Zahlen für 1935 noch nicht erhältlich.

unter dem Gesichtspunkt „Ottawa“ zu betrachten. Generell läßt sich feststellen, daß die Einfuhrverschiebungen zugunsten des Empire sehr erheblich sind und daß es sich um Ausnahmen handelt, wenn keine Besserung eingetreten ist. Vielfach wurde dank der Präferenz erst die Entwicklungsmöglichkeit für einen Empire-Handel geschaffen. In gleicher Weise bildet Ottawa in vielen Fällen auch die Grundlage zur verstärkten Ausdehnung einer in der Entwicklung begriffenen jungen Empire-Exportwirtschaft. Doch zeigt sich andererseits, daß an eine Empire-Autarkie, die als Unabhängigkeit des britischen Reiches oder zumindest Englands vom Ausland aufgefaßt werden soll, unter den heutigen Verhältnissen in keiner Weise gedacht werden kann, wenn auch unter Umständen die wirtschaftlichen Möglichkeiten hierfür nicht fehlen würden.[28] Trotz einer tatsächlich weitgehenden Verlagerung der Einfuhrquellen als Folge von Ottawa stammen 1935 noch immer mehr als 60% des Imports Großbritanniens aus nicht-britischen Ländern.

c) Die Ausfuhr Großbritanniens seit Ottawa.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Wirkungen der Ottawa-Verträge sich für England gemäß der Ungleichheit der Zugeständnisse der verschiedenen Vertragsparteien auf der Exportseite in weit weniger starkem Maße geltend machen als bei der Einfuhr. Zudem soll an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß die Exportverlagerung weniger den verstärkten Präferenzen, die das Ergebnis von Ottawa darstellen, als der gemeinsamen Zugehörigkeit Englands und des Empire zum Sterlingblock zuzuschreiben ist. Der „Economist“ geht sogar so weit in seinen Ausführungen: „1936 and After, a Survey of British Economic Prospects“,[29] einen Erfolg Ottawas für den englischen Export vollkommen zu leugnen: ... “It appears that the British countries have taken more goods from the United Kingdom not because they are British, not because they conferred at Ottawa, but because they are all countries with depreciated currencies.“ Als Beleg für diese Behauptung werden in dem erwähnten Artikel folgende Zahlen angeführt: von 1932—1935 steige der Wert des Exports nach dem Empire um 31,8%, nach Ländern mit abgewerten Währungen um 29,1%, während die Ausfuhren nach den Goldblockländern in den nämlichen

28. Zu dieser Behauptung kommen Mackenroth und Krebs, s. o. auf Grund von ihnen aufgestellter Autarkiebilanzen. S. 75.

29. Economist, 13. Juni 1936.

Jahren um 7,7% fielen. Auch hier wird wiederum der Fehler begangen, zu übersehen, daß mit den wichtigsten der Abwertungsländer Großbritannien Handelsverträge eingegangen ist, die in weitem Maße Exportförderung für England bedeuten. Man bedenke nur, daß das Vereinigte Königreich infolge der Verträge seine Kohlenausfuhr nach den vier skandinavischen Ländern und Island zwischen 1929 und 1935 um rund 21% erhöhen konnte, während der gesamte Kohlenexport um 36% fiel. Es scheint, daß der „Economist" den Wert von Handelsverträgen zu gering ansetzt, wenn er ihnen sowohl beim Empire wie auch bei den Sterlingblockländern keinerlei Bedeutung zumißt; aber es bleibt dennoch das Faktum der auffallenden Parallelität des steigenden Exports nach Abwertungsländern und nach dem Empire, dem auf der anderen Seite ein Absinken der Ausfuhr nach den hochvalutarischen Ländern entspricht.

Im einzelnen entwickeln sich die Anteilsätze der Empire-Länder am englischen Export folgendermaßen: Vor allem nahmen Südafrika und Australien unter den Empire-Staaten an Bedeutung als Abnehmerländer zu. Kanada, dasjenige Empire-Land, dem die englische Einfuhrverschiebung am meisten zugute gekommen ist, verstärkte seine Position als Kunde Großbritanniens nicht entsprechend. Es zeigt sich, daß Import und Export nicht undedingt in ursächlichem Zusammenhange stehen, entgegen den Hoffnungen, die die englische Regierung 1932 äußerte: nämlich, daß vermehrte Bezüge aus dem Empire die Kaufkraft jener Länder erhöhe und somit entsprechende Rückwirkungen zugunsten der britischen Exportindustrie auslösen würden.

Tabelle 12. Regionale Verteilung des Exports Großbritanniens in Prozent der Gesamtausfuhr.[30]

Export nach	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1935*	1936*
Irland	6,04	7,81	7,06	5,17	4,93	4,73	4,7	4,8
Kanada	5,10	5,26	4,49	4,77	4,98	5,02	4,9	5,3
Neufundland	0,13	0,14	0,18	0,18	0,19	0,22		
Australien	5,55	3,72	5,48	5,80	6,63	6,90	6,9	7,3
Neuseeland	3,13	2,87	2,84	2,60	2,88	3,13	3,2	3,8
Südafrika	4,64	5,59	4,96	6,36	7,64	7,89	7,7	8,7
Indien	9,28	8,27	9,34	9,09	9,26	8,88	9,6a)	8,6a)
Kolonial-Empire	9,64	10,03	10,98	10,54	10,35	11,19		
Empire ohne Irland	37,47	35,88	38,27	39,34	41,93	43,24	42,7	44,3
Empire insgesamt	43,51	43,69	45,33	44,51	46,86	47,97	47,4	49,1

30. Board of Trade Journal, s. o. 1935* und 1936* nur die ersten 9 Monate, hierfür Economist, 21. November 1936.

Fortsetzung von Tabelle 12.

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1935*	1936*
Ostseeraum		1,38	1,21	1,53	2,08	2,35	2,65		
Skandinavien		5,83	6,13	6,18	6,67	7,25	7,06	7,0	7,4
Goldblock		9,41	10,34	9,40	9,42	8,45	7,62	9,2	9,3
Deutschland		4,70	4,71	3,99	4,00	3,54	4,45	4,7	4,3
USA		5,03	4,67	4,14	5,18	4,44	5,37	5,2	6,2
Argentinien		4,42	3,79	2,92	3,56	3,70	3,58	3,7	3,6
Ausland insgesamt		56,49	56,31	54,67	55,49	53,14	52,03	52,6	50,9

Ostseeraum = Polen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen.
Skandinavien = Schweden, Norwegen, Dänemark.
Goldblock = Frankreich, Holland, Schweiz.

a) hier Indien und Ceylon

b) Goldblock und dessen Kolonialbesitz.

Durch die Anteilsätze wird deutlich, in welchem Maße gerade die monetären Faktoren die Richtung des englischen Außenhandels beeinflussen. Sind es doch gerade Australien und Südafrika,[31] bei denen die Aufgabe des Goldstandards tatsächlich schon zu einem erheblichen Grade die Ueberwindung der Krise bedeutete, die ihren Import aus Großbritannien vor allem erhöhen, während in Kanada, das im Frühjahr 1933 im Anschluß an die Devalvation der Vereinigten Staaten seine Währung abwertete, die neue Währungspolitik nur langsam den Uebergang zum wirtschaftlichen Wiedergesundungsprozeß einleitete. Die Entwicklung der absoluten Ausfuhrzahlen Englands spiegeln diesen Vorgang noch klarer wieder, wobei es zur Beleuchtung des Gesagten vor allem auf die B e w e g u n g e n der Zahlen, nicht so sehr dagegen auf ihre absolute Höhe ankommt. Wohl liegt der Export nach Kanada 1935 im Verhältnis zum Basisjahr 1929 weitaus günstiger als der nach Australien, doch ist es in diesem Zusammenhange wichtiger, daß die Ausfuhr nach dem australischen Commonwealth sich gegenüber dem Tiefpunkt von 1931 mehr als verdoppelte, während Kanada nur rund 40% mehr englische Waren als in dem Jahre des Minimums 1932 aufnimmt.

31. Südafrika wertete erst am 27. XII. 1932 ab.

Tabelle 13. Export Großbritanniens nach den Empire-Ländern.[32]
Werte 1929 = 100

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1935*	1936*
Gesamtexport	100	78,3	53,5	50,1	50,4	54,3	58,4	57,4	58,9
Indien und Ceylon	100	67,7	42,3	43,9	42,2	47,0	48,7	47,0	43,5
Irland	100	95,6	84,6	71,4	52,8	54,1	55,9	55,8	58,2
Australien	100	58,4	26,9	37,9	39,4	48,8	54,3	53,9	58,6
Kanada	100	83,2	58,7	46,9	49,8	56,3	61,1	57,9	63,6
Neuseeland	100	83,5	52,3	48,4	44,6	53,5	62,5	63,6	78,9
Südafrika	100	81,3	67,2	55,7	71,8	93,1	103,4	98,3	113.5
Empire ohne Irland	100	74,2	48,6	48,5	50,1	57,6	63,9	62,0	66,1
Empire insgesamt	100	76,5	52,6	51,0	50,4	57,2	63,0	61,4	65,3
Ausland	100	79,6	54,3	49,3	50,5	51,9	54,7	54,2	53,8

In den beiden ersten Jahren der Exportschrumpfung sinkt die Ausfuhr nach dem Empire, das als Rohstoffproduzent von der Krise besonders hart betroffen wird, stärker als nach den nicht-britischen Ländern. 1932 macht sich erstmalig die Zusammengehörigkeit zum einheitlichen Währungsblock geltend, indem der Export nach dem Empire nunmehr weniger fällt als nach dem Auslande. Wenn die Exportbelebung des Jahres 1933 sich zunächst bei den nicht-britischen Ländern mehr auswirkt, liegt dies ausschließlich an dem weiteren Ausfuhrrückgang nach Irland. Ließ sich bis 1933 eine relative Parallelität der Exportbewegung nach Empire und Ausland feststellen, steigen in den folgenden Jahren die Importe des britischen Reiches aus Großbritannien in weit schnellerem Maße als die des Auslandes. Während jedoch nur ein Empire-Land, Südafrika, seine Bezüge über den Stand des Hochkonjunkturjahres 1929 erhöht, vermag England seine Ausfuhren bei einer Reihe von Ländern, die nicht der Ottawa-Gemeinschaft angehören, weit darüber zu erheben, so bei Dänemark, wo sie 1935 um 28%, bei Finnland um 23% im Vergleich zu jenem Basisjahr gestiegen sind. Nach Litauen konnte sich der englische Export in dem nämlichen Zeitabschnitt sogar vervierfachen, was um so bemerkenswerter ist, als dieses Land bis 1936 nicht einmal zum Sterlingclub gehört. Wirtschaftliche und politische

32. Economist, jeweils im Februar des entsprechenden Jahres. 1935* und 1936* nur die ersten 9 Monate, hierfür Economist 21. November 1936. 1936 ist durch die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien gekennzeichnet, dies ist vor allem auch bei den Prozentzahlen der Tabellen 4 und 12 zu beachten.

Entfremdung zwischen Deutschland und Litauen einerseits, systematische Werbung Englands um die baltischen Märkte andererseits, woraus wiederum ein vermehrter Import litauischer Agrarprodukte nach England erfolgte, mögen als Ursache jener vertieften Handelsbeziehungen angesehen werden. Auch nach Schweden liegt der Export Großbritanniens nur noch um wenige Grade unter dem Niveau der Hochkonjunkturjahre des vorigen Jahrzehnts.

Da die Hauptabnehmerländer Großbritanniens schon vor der Wandlung der Währungs- und Handelspolitik Empire-Länder waren, markieren sich die Verschiebungen, die die Ereignisse der Jahre 1931 und 1932 bringen, weitaus weniger als beim Import. Indien bleibt nach wie vor der bedeutendste Markt für die englische Exportindustrie. Aber obgleich in Ottawa gerade der anglo-indische Vertrag vom englischen Standpunkte aus als besonders befriedigend betrachtet wurde, weil er erstmalig das Prinzip der Präferenzbehandlung in das indische Zollsystem brachte, und somit dem Mutterlande Vorteile zu bieten schien, die über das hinausgingen, was die übrigen Dominien jenem an Zugeständnissen einräumten, vermochte der Ottawa-Vertrag nicht die Entwicklung aufzuhalten, die seit etwa 1926 für die englisch-indischen Handelsbeziehungen bestimmend war: nämlich, daß der indische Markt für die englische Exportwirtschaft stetig an Bedeutung verliert. Zunächst zwar scheint 1932 der absinkenden Bewegung Einhalt geboten zu werden, jedoch setzt sie sich nach einer kurzen Wiedererholung in den folgenden Jahren, wenn auch mit verlangsamtem Tempo, fort. Wohl mag für die Zeit seit 1933 gelten, daß Indien nicht in dem Maße wie die anderen Dominien eine interne Wirtschaftsbelebung erlebt, doch scheint daneben eben so sehr jene strukturelle Entwicklung der abnehmenden relativen Bedeutung Indiens als Absatzmarkt für das Mutterland Ursache zu sein. An zweiter Stelle in der Rangordnung der englischen Kunden folgt seit 1933 in nur geringem Abstande die Südafrikanische Union, die 1930 erst an achter Stelle stand. Dafür verliert seit dem Handelskriege Irland, 1930—1932 noch das zweitgrößte Abnehmerland, immer mehr an Bedeutung. Auch Frankreich, 1931 Englands drittbester Kunde, verliert seitdem England seine Währung vom Gold löste, immer an Wichtigkeit für die englische Exportindustrie, nimmt es doch 1935 erst den achten Platz für sich ein.

Während sich beim Import die Intensivierung des Empire-Handels in gleicher Weise auf die Dominien wie auf das Kolonial-

Empire erstreckte, ist dies bei der Ausfuhr keineswegs der Fall, obwohl in den Jahren 1933 und 1934 fast sämtliche englische Kolonien, soweit ihnen nicht durch Kongoakte oder Mandatsstatut handelspolitische Bindungen auferlegt sind, das Prinzip der Vorzugsbehandlung für britische Waren zur Anwendung brachten. Aber erst nach der Kontingentierung der Baumwoll- und Kunstseidenimporte — mit Wirkung vom 7. Mai 1934 wurden in allen britischen Kronkolonien die Einfuhren ausländischer Baumwoll- und Kunstseidenwaren auf die durchschnittliche Importmenge von 1927—1931 beschränkt, eine Massnahme, die sich ausschliesslich gegen die Konkurrenz Japans richtete — setzte eine merkliche Besserung der Exporte nach dem Kolonial-Empire ein, die sich nun auch in einem erhöhtem Anteil der Kolonien an der Ausfuhr Englands äussert. Von 1932 bis 1934 nahm er noch stetig ab. Erhellend für die Entwicklung der Ausfuhr nach dem Kolonial-Empire ist ferner, daß hier erst mit dem Jahre 1935 die Besserung der Wirtschaftslage zum Durchbruch kommt.

Bei fast ausnahmslos allen Gruppen von Ausfuhrwaren wirkt sich eine Steigerung des Anteils der Empire-Exporte aus. Auf der Importseite liess sich bei zahlreichen Fällen eine tatsächliche Verschiebung zugunsten der Empire-Länder feststellen, derart, daß ihr auch eine Steigerung der Einfuhrmengen entsprach, die im Rahmen einer Empire-Handelspolitik als unbedingter Erfolg zu werten ist. Bei der Erhöhung des Empire-Anteils an der englischen Ausfuhr handelt es sich mehr um eine negative Erscheinung, die darauf beruht, dass Grossbritannien entweder weiterhin nicht-britische Märkte verliert — so bei verschiedenen Gütern der Textilindustrie — oder nur in verhältnismäßig gemächlicherem Tempo seine Ausfuhren nach dem Auslande steigern kann. Jedoch wird andererseits deutlich, daß in einer Weltwirtschaft, die sich nur äusserst langsam zu erholen vermag, die gestiegene Aufnahmefähigkeit der Empire-Märkte für die britische Industrie von entscheidender Bedeutung ist, zumal bei der ungeheuer wichtigen Stellung, die die Exportindustrie in dem gesamten Wirtschaftsgefüge Englands einnimmt. Man darf wohl so weit gehen, zu behaupten, dass die Ausfuhrsteigerung nach den Empire-Gebieten, die zu einem wesentlichen Teile durch die Verdrängung europäisch-kontinentaler und amerikanischer Produkte erreicht wurde, einen wichtigen Wendepunkt in der Krise Englands bildete zu einem Zeitpunkt, an dem die anderen Industriestaaten noch

schwer unter den Auswirkungen der Depression zu leiden haben. Insofern müssen die Maßnahmen von 1931 und 1932 — wieviel hiervon tatsächlich den Verträgen von Ottawa zuzuschreiben ist, muß dahingestellt bleiben — als durchschlagender Erfolg gewertet werden.

Auf die Entwicklung des Exports bei den einzelnen Ausfuhrgütern und -gruppen soll in diesem Zusammenhange nicht weiter eingegangen werden. Sie finden ihre ausführliche Behandlung bei der Untersuchung der Empire-Einfuhr.

d) die Warenbilanz Großbritanniens mit dem Empire und die Handelsbilanz des gesamten britischen Weltreiches.

Die unterschiedliche Bewegung von Empire-Export und -Import hat sich naturgemäß auch auf die Warenbilanz Englands mit den Empire-Ländern niedergeschlagen.

Da während der Krise die Einfuhr weniger starke sinkende Tendenz als die Ausfuhr zeigte, nahm der gesamte Importüberschuß, vornehmlich aber der aus dem Empire, aus dem die Importe durch die Genußmittelzufuhren eine gewisse Krisenfestigkeit aufweisen, von 1929—1931 ständig zu. Die Einflüsse der Pfundabwertung, des Generaltarifs und der Ottawa-Verträge wirken sich hier einschneidend aus. Die Devalvation der englischen Währung mußte natürlicherweise auf die Drosselung des Einfuhrüberschusses hindrängen. Die Errichtung der Schutzzollmauer sollte neben ihrer Aufgabe der Protektion der heimischen Industrie eine Verstärkung jener Entwicklung herbeiführen. Es gelang auf diese Weise, den Fehlbetrag aus der Warenbilanz Großbritanniens zwischen 1931 und 1932 um mehr als ein Drittel zu reduzieren. Die Handelsbeziehungen zum Empire wurden jedoch durch diese beiden Maßnahmen nicht getroffen. Insofern war eine Verminderung des Empire-Importüberschusses von vorneherein nicht zu erwarten. Da im Gegenteil den gesteigerten Einfuhren aus dem Empire keine adäquaten Ausfuhren nach dem britischen Reiche gegenüberstanden, erhöhte sich der Einfuhrüberschuß zwischen 1931 und 1932 um 7,7% um in den folgenden Jahren noch weiter zu steigen. Erst im Jahre 1934, in dem die Belebung des Export nach den britischen Ländern einsetzt, weist er wieder eine rückläufige Bewegung auf, liegt aber dennoch 1935 auf einem höheren Niveau als in dem Vor-Ottawa-Jahre. Setzt man den Fehlbetrag der Handelsbilanz 1929 gleich 100, ergibt sich für

1935 für den gesamten Außenhandel ein Stand des Einfuhrüberschusses von 72,2, während die entsprechende Indexziffer für den imperialen Handel sich auf 234,2 beläuft.[33] Die weitgehende Verschiebung des Einfuhrüberschusses aus dem Bereich der nicht-britischen Länder in das Empire-Gebiet hat für England den Vorteil, daß sich das Transferproblem weniger dringlich gestaltet. In starkem Maße ist Großbritannien nunmehr in seiner Rohstoff- und Lebensmittelversorgung vom Geltungsgebiet fremder Währungsgemeinschaften unabhängig. Kennzeichnet sich jedoch die englische Handelspolitik seit 1932 durch den Wunsch des Ausgleichs der Handelsbilanzen mit den einzelnen Ländern, zeigt sich andererseits, daß die Entwicklung des Empire-Handels, die zur Steigerung des Empire-Fehlbetrages führte, sich nicht unter die Zielsetzung der britischen Politik eingliedert. Großbritannien wird daher zweifellos bei den Besprechungen über die Revision der Verträge von Ottawa auf diese Problematik hinweisen und auch möglichst auf einen Abbau des Empire-Importüberschusses hindrängen.

Die Divergenz zwischen Empire-Einfuhr und -Ausfuhr kommt besonders deutlich bei den Handelsbilanzen mit den einzelnen Empire-Ländern zum Ausdruck. Besonders heben sich die Beziehungen zu Kanada und Australien hervor. Der englische Importüberschuß aus Kanada hat sich 1929—1935 mehr als verdreifacht, bei Australien erfuhr er in der nämlichen Zeit sogar eine zwanzigfache Steigerung. Doch handelt es sich hier nicht um eine Ottawa-Erscheinung wie bei Kanada, bei welchem diese Bewegung erst 1932 einsetzt; vielmehr sind die gegenüber der Hochkonjunkturzeit außerordentlich stark geschrumpften Exporte nach Australien hierfür verantwortlich zu machen. Daher bahnt sich auch seit Besserung der australischen Wirtschaftslage eine gewisse Rückentwicklung an. Als eine Auswirkung der Empire-Zollbegünstigung muß ferner die Wendung von einem Ausfuhrüberschuß zu einer passiven Handelsbilanz mit dem Kolonial-Empire gedeutet werden. Im Falle Südafrikas hat der Export im Gegensatz zu den übrigen Dominien, mit Ausnahme von Irland, eine günstigere Entwicklung als die ent-

33. Quelle: Economist, jeweils im Februar des entsprechenden Jahres. Beim gesamten Außenhandel ist die Wiederausfuhr einbegriffen, während dies für die Empire-Bilanz nicht der Fall ist, da für 1935 keine regional gegliederten Re-Exportziffern erhältlich sind. Die sich hieraus ergebende statistische Ungenauigkeit dürfte aber unbedeutend sein.

sprechenden Importe aus der Union durchgemacht. Seit den Jahren, in denen sich die südafrikanische Wirtschaft im ausgeprägten Aufschwunge befindet, hat der Ausfuhrüberschuß Englands eine gewaltige Erhöhung erfahren.

Tabelle 14. Handelsbilanz Großbritanniens mit dem Empire.[33]
In Millionen Pfund

Importüberschuß aus dem	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
ges. Außenhandel	381,8	387,3	404,8	285,7	258,0	284,3	275,7
Empire-Handel	34,9	55,7	76,7	82,6	85,9	85,8	80,6
Anteil d. Empire am Importüberschuß	% 9,1	% 14,4	% 18,9	% 28,9	% 33,3	% 30,2	% 29,2

Warenbilanz mit den einzelnen Empire-Ländern in Mill.
— = Importüberschuß, + = Exportüberschuß.

Irland	— 9,0	— 8,5	— 5,9	— 1,0	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,4
Südafrika	+ 1,0	+ 6,2	+ 8,7	+ 2,6	+ 8,9	+18,4	+19,6
Indien u. Ceylon	+ 6,2	— 7,6	—13,1	— 6,1	—11,0	—13,9	—10,2
Australien	— 1,3	—14,7	—31,3	—26,3	—27,3	—23,8	—25,0
Neuseeland	—26,3	—27,0	—26,6	—27,1	—27,6	—29,0	—24,8
Kanada	—11,4	— 9,0	—12,3	—26,7	—28,7	—30,7	—34,6
übr. Empire	+ 6,6	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,8	— 1,4	— 9,1	— 7,1

Eine Wirtschaftspolitik, die sich als Ziel die Verminderung des Importüberschusses aus nicht-britischen Ländern und die Vertiefung der Handelsbeziehungen mit dem Empire setzte, und die hierbei die Erhöhung des Fehlbetrages im Empire-Handel bewirkte, mußte zwangsläufig auf eine bewußte Empire-Politik der Kapitalaus-Fuhren hindrängen. Wohl hatte die „Kapitalautarkisierung" Großbritanniens spontan, ohne planmäßige oder staatliche Eingriffe, eingesetzt.[34] Aber angesichts der Zielsetzung des Generaltarifes und der Ottawa-Verträge wird es deutlich, daß auch auf dem Kapitalmarkt die Handelspolitik die Führung übernehmen mußte in Form einer Empire-Präferenz, die sich hier im Embargo für Auslandsinvestitionen äußerte, wenn dieses auch nicht nur ausschließlich als Ergänzungsmaßnahme der Handelspolitik anzusehen ist.

34. Mackenroth und Krebs, s. o. kommen S. 16, zur Feststellung, daß sich bereits in der Kriegszeit eine Verlagerung des Schwergewichts der englischen Auslandsanlagen von der kommerziellen Nicht-Empire-Anlage auf öffentliche Empire-Investitionen anbahnt.

Rückwirkend auf die Handelsbeziehungen hat die neue Politik der überseeischen Investitionen zweifellos zur Vertiefung des interimperialen Handels beigetragen, da in der Regel die Anleihegewährung auf Warenexport vom Gläubiger ins Schuldnerland hinausläuft. Zwar ist nicht anzunehmen, daß die britische Regierung auch in Zukunft bei einer starren Politik des Verbots von Auslandsanlagen verharren wird. Sie hat schon bisher gelegentliche Ausnahmen zugelassen und vor allen Dingen 1936 eine Auflockerung vorgenommen. Doch ist es wahrscheinlich, daß sie auch weiterhin sich irgend eine Form der Beaufsichtigung über nicht-britische Emissionen vorbehalten wird, um die Lenkung der Beziehungen zwischen Kapitalmarkt und Außenhandel nicht völlig aus der Hand zu geben. Ob allerdings ein Anlagebedürfnis des englischen Kapitals in nichtbritischen Ländern in sehr erheblichem Maße vorhanden sein wird, scheint fraglich. Bietet doch die Unterbringung innerhalb des Empire Vorteile verschiedener Art. Einmal ist die Zahl der Länder, die ihren Zinsendienst seit der Krise in vollem Umfange aufrecht erhalten haben, erschreckend gering, während die Dominien in der Regel ihren Verbindlichkeiten nachgekommen sind. Zum anderen genießen die öffentlichen Anleihen der Dominien auf dem englischen Kapitalmarkt Mündelsicherheit. Außerdem wird man sich angesichts der währungspolitischen Unsicherheit nicht langfristig im Auslande binden wollen; hingegen besteht hinsichtlich des Empire die relative Gewißheit, daß auch in Zukunft die währungspolitische Einheit gewahrt bleiben wird. Auch scheint die gegenwärtige internationale politische Lage nicht zur Ermunterung der Auslandsinvestitionen beizutragen.

Betrachtet man das gesamte britische Imperium als eine wirtschaftliche Einheit, ist auch hier eine starke Auswirkung der Ottawa-Verträge zu bemerken. Hielt sich der Fehlbetrag aus dem Warenverkehr des Empire mit dem Auslande seit 1926 auf etwa gleichbleibendem Stande, tritt 1932 eine deutliche Wendung ein, die in einer substantiierten Senkung des Passivums Ausdruck findet. Es nähert sich also auch das Gesamtempire dem in der heutigen internationalen Wirtschaftspolitik herrschenden „Ideale", das den Ausgleich der Warenbilanz als erstrebenswert hinstellt. Die währungspolitische Stellung des britischen Weltreiches wird jedenfalls, ebenso wie auch diejenige Englands, durch die Verminderung seines Importüberschusses wesentlich gestärkt.

Tabelle 15. Handelsbilanz des britischen Weltreiches im Warenverkehr mit nicht-britischen Ländern in Millionen Pfund.[35]

1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
—374	—341	—401	—367	—403	—370	—226	—175	—229	—236

Die zahlenmäßige Entwicklung des Empire-Handels seit 1932.

2. Im Uebersee-Empire.

Läßt sich generell feststellen, daß die Entwicklung des imperialen Handels für Mutterland und Uebersee-Empire von wesentlich unterschiedlicher Bedeutung ist, ergeben sich dennoch als unmittelbare Auswirkungen von Ottawa hier wie dort ähnliche Erscheinungen. Der Anteil Englands steigt sowohl beim Import wie auch beim Export. Jedoch bedeutet Ottawa hier nicht eine entscheidende Richtungsänderung, wie sie sich im Falle der Handelsbeziehungen Großbritanniens herausstellte, wo die relative Bedeutung des Empire bis zur entscheidenden Wandlung in der Währungspolitik und Handelspolitik eine rückläufige Tendenz aufwies. Auch im Uebersee-Empire ist bis 1929 dieser relative Rückgang des Empire-Handels zu beobachten. Er nimmt sogar ausgeprägtere Formen an als in England; doch zeigt sich alsbald, daß sich in der Krise die imperialen Handelsbeziehungen gegenüber den wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Auslande als stabiler erweisen, so daß seit 1930 die Empire-Sätze im Steigen begriffen waren. Während im Mutterlande der Umschlag der Währungs- und Handelspolitik eine neue Epoche des imperialen Handels einleitet, insofern, als sich die relative Bedeutung des Empire für die englische Außenwirtschaft auf bisher unerreichte Höhen steigert (allerdings wird der Anteil des Empire am Export 1935 noch immer ein wenig von dem des Jahres 1926 übertroffen. Doch ist jenes Jahr durch den Streik im Kohlenbergbau und den daraus resultierenden Verlusten auf den europäischen Märkten als ausgesprochene Ausnahme anzusehen), zeigt sich eine derartige Entwicklung im Uebersee-Empire nur beim Export nach dem Vereinigten Königreiche. Bei der Einfuhr erweist sich die „säkuläre Tendenz“[36]

35. Statistical Abstract for the British Empire for each of the ten years 1925—1934 (Cmd 5016) und 1926—1935 (Cmd 5298).

der relativen Loslösung vom Mutterlande, die besonders im Falle des Domanial-Empire zum Ausdruck kommt, als so stark, daß selbst Ottawa mit seinem Ausbau des Präferenzprinzips und den daraus folgenden Erhöhungen der Empire-Sätze die Verluste Englands in der Bedeutung als Lieferland nicht auszugleichen vermag. Der Anteil Großbritanniens liegt bei den Einfuhren der Dominien und Indien im Jahre 1933, in dem in der Folge von Ottawa wieder ein relativer Rekordstand erreicht wird, unter dem Niveau von 1925, das sogar gegenüber der Vorkriegszeit tief gesunken war. Es scheint also unsicher, daß eine Empire-Handelspolitik, sofern sie nicht gegen das Ausland noch weitgehendere diskriminierende Maßnahmen ergreift, die Rückentwicklung zu jenen früheren interimperialen Beziehungen bewirken kann, zumal es sich zeigt, daß die „Ottawa-Gewinne" nicht von nachhaltiger Dauer sind.

a) Kanada.

In Kanada nimmt infolge der geographischen Lage, die auf enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten des nordamerikanischen Kontinents hindrängt, der Empire-Handel nur verhältnismäßig geringe Ausmaße an. 1929 bezog Kanada nur rund 20% seiner Einfuhren aus Empire-Ländern, wovon drei Viertel allein aus dem Mutterlande kamen. Rund 70% der Importe nahmen ihren Ursprung aus dem Nachbarlande, den Vereinigten Staaten.[37] Hieraus ergibt sich einmal, daß für den Ausbau des imperialen Handels in Kanada ein relativ großer Spielraum vorhanden war. Es ist daher kein Zufall, wenn im Verhältnis zu den anderen drei großen Dominien, Südafrika, Australien und Neuseeland, ebenso gegenüber Indien die Steigerung der Empire-Sätze in Kanada seit 1930 weitaus am stärksten ist. Zum anderen bewirkt die enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem Nachbarlande, daß die nationalistische Abschließungspolitik, mit der die Vereinigten Staaten auf die Krise reagierten, Kanada aufs empfindlichste treffen mußte und somit grundlegend auf eine bewußte Ausrichtung nach dem Empire hinzielte. Kennzeichnend für die kanadisch-amerikanischen Handelsbeziehungen ist ihre ausgesprochene Konjunkturempfindlichkeit, die

36. Mackenroth und Krebs, s. o. S. 30.
37. Quelle: Trade of Canada (Fiscal Year).

auf der Art des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern beruht. Während Kanadas Exporte nach den Vereinigten Staaten zu einem sehr großen Teile aus industriellen Rohstoffen bestehen, importiert das Dominion aus USA vorwiegend Produktionsgüter, vor allem landwirtschaftliche und industrielle Maschinen. Dagegen weist der anglo-kanadische Handelsverkehr stabilere Merkmale auf. Es handelt sich bei den kanadischen Ausfuhren außer den krisenempfindlichen Metallen vorwiegend um Lebensmittel, die eine gewisse Krisenfestigkeit zeigen. Die Importe aus dem Mutterlande setzen sich zu einem erheblichen Grade aus Konsumgütern oder Vorprodukten zur Kosumgüterproduktion zusammen, deren Absatz von der Depression verhältnismäßig weniger stark betroffen werden. Infolgedessen ergibt sich, daß in den Krisenjahren bis Ottawa der imperiale Handel in schwächerem Maße zurückgeht als der nordamerikanische. Ottawa bewirkt, daß während der gesamte Außenhandel noch weiter absinkt, die Ein- und Ausfuhren von und nach dem Mutterlande zu steigen beginnen. In besonderem Maße äußert sich diese unterschiedliche Entwicklung beim Export, wo 1935 die Ausfuhr nach Großbritannien den Stand der Vorkrisenzeit bereits überschritten hat, während die Vereinigten Staaten in dem gleichen Jahre nur wenig mehr als die Hälfte von 1929 aus Kanada beziehen. Beim Import steigen seit 1934 die Zufuhren aus USA in bedeutend rascherem Tempo als die aus England (Steigerung des amerikanischen Imports 1933—1935: rund 47%, Erhöhung der englischen Einfuhr in der entsprechenden Zeit: 19%). Aber auch beim Export macht sich trotz des so viel günstigeren Standes der absoluten Ausfuhren nach dem Mutterlande eine ähnliche Entwicklung geltend. Zwar steigt hier der Verteilungssatz Großbritanniens auch seit 1933 noch leicht an, doch bei weitem nicht in dem Ausmaße wie bei den Vereinigten Staaten. Tabelle 16 unterrichtet im einzelnen über die Entwicklung der wertmäßigen Außenhandelsbeziehungen Kanadas mit den Vereinigten Staaten und England und über die prozentualen Sätze, die diese Länder bei dem kanadischen Import und Export für sich beanspruchen.

Tabelle 16.[38]

1. Außenhandel Kanadas, absolute Werte 1929 = 100

Import aus	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
England	100	83,5	56,2	48,0	50,3	58,2	59,9
übr. Empire	100	104,7	68,3	55,5	55,9	70,1	91,9
USA.	100	73,2	44,1	29,5	24,3	32,9	34,9
Export nach							
England	100	81,0	59,1	61,4	72,6	93,1	104,5
übr. Empire	100	77,3	46,8	37,1	42,4	61,8	70,6
USA	100	75,7	49,2	31,1	32,6	42,6	50,9

2. Regional gegliederte Verteilung des kanadischen Außenhandels in Prozent des gesamten Außenhandels.

Import aus							
England	15,0	16,1	17,4	20,7	24,4	22,1	21,2
übr. Empire	4,8	6,5	6,8	7,6	8,7	8,5	10,4
Empire insges.	19,8	22,6	24,2	28,3	33,1	30,6	31,6
USA.	68,8	64,8	62,7	58,2	54,2	57,2	56,8
übr. Ausland	11,4	12,5	13,1	13,5	12,7	12,2	11,6
Ausland insges.	80,2	77,3	75,8	71,7	66,9	69,4	68,4
Export nach							
England	24,6	26,5	28,3	36,1	39,6	41,4	41,6
übr. Empire	8,8	9,2	8,2	7,9	8,4	9,9	10,2
Empire insges.	33,4	35,7	36,5	44,0	48,0	51,3	51,8
USA.	44,2	44,6	42,4	32,9	32,1	34,1	36,5
übr. Ausland	22,4	19,7	21,1	23,1	19,9	14,6	11,7
Ausland insges.	66,6	64,3	63,5	56,0	52,0	48,7	48,2

Es zeigt sich, daß innerhalb der hier aufgeführten Jahre auch der interimperialen Handel, soweit er England nicht berührt, eine starke prozentuale Intensivierung erfuhr, vor allem beim Import. Bemerkenswert ist, daß sich auch der Handel mit den nicht-englischen Empire-Teilen noch erheblich ausdehnt, während die Bedeutung des Mutterlandes bereits zurückgeht. Aus den Handelsverträgen, die Kanada mit den anderen Dominien und Süd-Rhodesien in Ottawa abschloß, zog es auch wie aus den Abmachungen mit England mehr Vorteile als die jeweiligen Vertragspartner: gegenüber dem Vor-Ottawa-Jahre erhöhte es seine Ausfuhren nach dem nicht-englischen Empire stärker als es seine Importe aus jenen Ländern steigert. Die anderen Dominien wurden aus diesem Grunde bereits

38. Quelle: Trade of Canada (Fiscal Year), für 1935 Board of Trade Journal 27. Februar 1936.

verschiedentlich in Ottawa vorstellig und drängten auf Revision der bestehenden Verträge hin. So konnte eine Verlängerung des Handelsabkommens mit Neuseeland Ende 1935 nur erreicht werden durch erweiterte Konzessionen; man hat jenem Dominion eine Zollpolitik zugestehen müssen, die es ihm erlaubt, künftig die Montage von Automobilen im eigenen Lande vorzunehmen.[39]

In dem englisch-kanadischen Vertrage richten sich die Anstrengungen vor allem darauf, den Industrien des Mutterlandes, die am schärfsten der amerikanischen Konkurrenz ausgesetzt sind und die zugleich von der Krise besonders hart getroffen wurden, eine Vorzugsstellung auf dem kanadischen Markt zu sichern. So soll durch die erweiterte Präferenz der Versuch unternommen werden, einen großen Teil der kanadischen Einfuhr von Textilen und Eisen- und Stahlwaren aus den Vereinigten Staaten zugunsten Englands abzuzweigen. In einem Artikel einer Sonderbeilage über das Dominion von Kanada macht es sich der „Economist" zur Aufgabe,[40] zu untersuchen, ob der Ottawa-Vertrag bei diesen Einfuhrklassen einen Erfolg gezeitigt hat. Die Zeitschrift kommt zu dem Schluß, daß „selbst die erweiterte Präferenz Großbritannien nicht in die Lage versetzte, sich gegenüber den Vereinigten Staaten auf dem kanadischen Markt für Eisen- und Stahlwaren zu behaupten," und führt als Beleg hierbei aus, daß zwischen 1932/33 und 1934/35 die betreffenden Importe aus England um 54% steigen, während die Einfuhren aus USA in der nämlichen Zeit eine Erhöhung von 70,3% erfuhren. Gewiß läßt sich keineswegs leugnen, daß Amerika einen größeren Vorteil als das Mutterland aus der Wiederbelebung des kanadischen Marktes zog. Doch darf aus diesem Tatbestande allein noch nicht gefolgert werden, daß die erweiterten Zugeständnisse der englischen Eisen- und Stahlindustrie keinen Gewinn eingebracht hätten, auch wenn 1934/35 der Anteil Englands an der betreffenden kanadischen Einfuhr tiefer liegt als im Vor-Ottawa-Jahre. Tatsächlich aber bewirkte Ottawa eine gewisse Verlagerung der Bezugsquellen. Bereits im Finanzjahr 1933 erreichte Kanadas wertmäßige Einfuhr von Eisen- und Stahlfabrikaten[41] fast wieder das Ni-

39. Board of Trade Journal, 28. November 1935.

40. Economist, Dominion of Canada Special Review, 18. Januar 1936, S. 18.

41. Quelle: Statistical Abstract for the British Empire. Hier ohne Maschinenimporte, während der „Economist" diese in die Eisen- und Stahlwarenimporte einbezieht.

veau des Hochkonjunkturjahres 1929. 1935/36 ist jener Rekordstand sogar um rund 24% überschritten, während der Einfuhrrückgang aus USA innerhalb der gleichen Periode noch immer 75% beträgt. Bei den Maschineneinfuhren, die allerdings auch nicht in dem Maße einer Konkurrenz unterworfen sind — es handelt sich vielfach um Spezialprodukte, bei denen die Vereinigten Staaten in der Produktion führend sind — muß man dem „Economist" zustimmen, daß England trotz Ottawa seine Stellung nicht verbessern konnte.

Als wesentlich wirksamer erwiesen sich die Zollbegünstigungen Ottawas für die englische Textilindustrie. Sie bewirken nämlich eine eindeutige Verdrängung des amerikanischen Produktes. Während Großbritanniens in der Lage war, seinen Export im Verhältnis zu den Krisenjahren bei gewissen Güterklassen etwa zu verdoppeln, schrumpfen die Importe aus USA bis auf minimale Mengen herab. Besonders auffällig ist diese Entwicklung bei der Einfuhr von Baumwollgarnen, bei denen England dank der Tarifbevorzugung die amerikanische Konkurrenz, die 1929/30 noch etwa zu 64% den kanadischen Importmarkt versorgte, fast vollkommen aus dem Felde schlug. 1935/36 beträgt der Anteil der Vereinigten Staaten an der kanadischen Einfuhr nur noch 7%. Dabei liegen die Einfuhrmengen aus Großbritannien 1935/36 mit einer Steigerung von 177% weit über denen des Hochkonjunkturjahres 1929. Auch bei Baumwollstückgut erfuhr die Einfuhr aus USA bei einer sich seit 1932/33 belebenden Nachfrage bis 1934/35 eine stetige Verminderung. Desgleichen kann sich das Mutterland bei anderen Textilprodukten den Markt Kanadas erobern. Es vermag bei den Einfuhren von Wollstückgut die deutsche und französische Konkurrenz fast völlig zu verdrängen. Ebenso deckt es nunmehr nach Ottawa den kanadischen Importbedarf von Hanf- und Flachsgarnen und -stückgut fast ausschließlich, während es früher etwa ein Drittel des Marktes an das Ausland abzutreten hatte.

Tabelle 17. Anteil Großbritanniens an verschiedenen kanadischen Einfuhren in Prozent des jeweiligen Gesamtimportes.[42]

Finanzjahr endigend am 31. März.

Import von	1929/30	31/32	32/33	33/34	34/35	35/36
Eisen und Stahl	14,3	29,9	47,2	55,5	46,8	45,6
Maschinen	5,7	9,4	11,6	11,8	10,2	9,9
Baumwollgarne	35,3	44,1	56,5	73,0	93,7	92,3
Baumwollstückgut	33,8	35,8	47,2	62,4	70,2	67,3
Wollstückgut	74,8	76,2	86,8	95,7	97,6	98,1

42. Quelle: Statistical Abstract for the British Empire.

Auch bei den Einfuhren von chemischen Produkten, die in Ottawa besonderen Schutz vor der ausländischen Konkurrenz fanden, hat die englische Industrie weitgehend auf dem kanadischen Markt vordringen können. Fiel auf sie vor 1932 nur ein geringer Teil der kanadischen Nachfrage, nimmt das englische Produkt nunmehr eine eindeutige Vorrangstellung ein. Jedoch zeigt sich, was auch bereits die Zahlen des Gesamtimportes Kanadas deutlich machten, daß Englands relative Bedeutung als Bezugsquelle, selbst bei Warenklassen, für die das Mutterland in Ottawa verstärkte Vorzugsbehandlung erhalten hatte, seit 1934 sinkende Tendenz aufweist, sich also die Verzugsspanne in keiner Weise prohibitiv gegenüber den Zufuhren aus dem Auslande auswirkt.

b) Australien.

In Australien veranlaßte Ottawa nicht in dem Maße wie für Kanada eine Reorientierung des Handels. Dort, wo von jeher enge Handelsbeziehungen mit dem Mutterlande bestehen, ist es naturgemäß nicht möglich diese im gleichen Umfange auszudehnen, wie in einem Lande, in dem England einer bedeutend schärferen Konkurrenz ausgesetzt ist. Infolgedessen ist in den Dominien, in denen die wirtschaftliche Verflechtung mit Großbritannien ausgeprägt ist, den Gewinnen, die Ottawa dem imperialen Handel verschaffte, ein um so stärkeres Gewicht beizulegen.

Während Australiens Bedeutung als Lieferland beim Import des Mutterlandes durch Ottawa eine bedeutende Zunahme erfuhr, nimmt England als Absatzland, von Australien aus gesehen, keineswegs in gleicher Weise an Wichtigkeit zu. Auch ist der Ottawa-Gewinn beim Export von wenig nachhaltiger Dauer. Schon im australischen Finanzjahre, das auf die Verträge folgt, senkt sich der Exportsatz Englands wieder. Und wenn er sich 1934/35 erneut auf eine gewisse Rekordhöhe hebt, liegt dies ausschließlich an den starken Ausfuhrrückschlägen, denen Australien in diesem Jahre auf den nicht-britischen Märkten ausgesetzt ist. Belgien und Frankreich, zwei für Australien höchst wichtige Absatzmärkte, die 1933/34 noch rund 12% des gesamten australischen Exports aufnahmen, leiden 1934/35 in noch verstärktem Maße an Deflationserscheinungen und verringern ihre Importe aus Australien beträchtlich. Vor allem aber verliert Australien den Absatzmarkt Deutschland, im Vorjahre noch der

drittwichtigste des Dominions. Deutschland hat seine Importe 1934/35 im Verhältnis zu dem Vorjahre um 83% verringert; bezog es 1933 und 1934 seinen Wollbedarf noch an erster Stelle aus Australien, verlagert es nunmehr seine Einfuhren, entsprechend seiner Politik des bilateralen Handelsverkehrs, auf Britisch-Südafrika Südamerika und Britisch-Indien, sowie auf die europäischen Industrieländer, bei denen die Verrechnungsverträge die Möglichkeit bieten, Rohstoffe ohne Inanspruchnahme freier Zahlungsmittel in ausländischer Währung zu erwerben.[43])

Noch weniger bemerkenswert, dafür aber nachhaltiger tritt der Ottawa-Erfolg beim australischen Import zu Tage. Doch auch hier trägt die Krise wesentlich zur relativen Vertiefung der interimperialen Handelsbeziehungen bei. Der Anteil der Vereinigten Staaten sinkt deswegen so stark ab, weil die Automobilimporte, die 1928/29 noch rund 7% der gesamten Einfuhr ausmachten, gegenüber den Hochkonjunkturjahren auf minimale Mengen zurückgehen. Allerdings sinkt auch der amerikanische Satz 1933/34, obgleich die Nachfrage nach Automobilen sich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt, weiterhin ab. Und zwar zugunsten Kanadas, in dem die mit amerikanischem Kapital gegründeten Tochtergesellschaften auf dem australischen Markt die Empire-Präferenz genießen. Das gleiche gilt im übrigen auch für die Einfuhren von Schreibmaschinen und Werkzeugen. 1934 zeigt sich die nämliche Erscheinung wie bei Kanada. USA, dessen Anteil in der Krise sehr zurückgegangen war, zieht aus der Wiederbelebung des Imports größeren Vorteil als Großbritannien, bei dem der Verteilungssatz nur noch um weniges steigt, während der der Vereinigten Staaten nunmehr eine starke Erhöhung erfährt.

Tabelle 18. Regionale Verteilung des australischen Außenhandels in Prozent des gesamten wertmäßigen Imports und Exports.[44]
Finanzjahr endigend 30. Juni.

Import aus	1929/30	30/31	31/32	32/33	33/34	34/35
England	42,0	39,6	40,6	42,5	43,4	43,6
Kanada	2,7	2,3	3,3	4,2	5,0	5,8
Empire	54,0	54,0	56,4	58,4	59,6	58,9
Japan	3,2	4,0	5,6	6,4	6,3	6,6
USA	23,5	19,4	16,4	14,6	13,5	15,6
Ausland	46,0	46,0	43,6	41,6	40,4	41,1

43. Deutscher Volkswirt, 6. März 1936.
44. Quelle: Statistical Abstract for the British Empire.

Fortsetzung von Tabelle 18.

Export nach	1929/30	30/31	31/32	32/33	33/34	34/35
England	45,1	44,9	50,3	47,6	47,7	52,8
Empire	56,5	54,5	58,8	56,6	55,3	62,5
Belgien	5,8	4,8	3,8	4,2	6,7	6,0
Frankreich	10,4	7,7	4,9	6,3	5,8	4,7
Deutschland	6,5	6,0	4,1	5,3	8,5	1,7
Japan	6,9	10,8	12,4	11,9	12,5	11,9
USA.	4,3	3,1	1,9	1,3	2,2	2,7
Ausland	43,5	45,5	41,2	43,4	44.7	37,5

Für Australien ist es dank der interessanten Untersuchungen des britischen „Department of Overseas Trade" in besonders weitgehendem Maße möglich, die Einflüsse der neuen Präferenzpolitik Ottawas zu verfolgen. In dem Bericht[45]) über die ökonomischen Verhältnisse Australiens 1935 wird nämlich die Entwicklung der anglo-australischen Beziehungen bei dem "competitive trade", dem Handel, bei dem der Export Englands aus natürlichen Gründen nicht ausgeschlossen ist, untersucht. Hiernach wird es deutlich, daß der Gewinn Ottawas für das Mutterland außerordentlich niedrig anzuschlagen ist. 1931/32 fielen 60% des „konkurrenzierten Imports", der etwa zwei Drittel der gesamten australischen Einfuhren ausmacht, auf Großbritannien. In den beiden folgenden Jahren, nachdem inzwischen Australien seinen Zolltarif zugunsten erweiterter Präferenzspannen für England revidiert hat, beträgt der entsprechende Prozentsatz jeweils nur 61%. Im Finanzjahr 1934/35, das in jenem Bericht nicht mehr erfaßt wird, ist, gemäß der geringen Veränderung beim Gesamtimport, auch keine wesentliche Erhöhung anzunehmen. Bei einer weiteren Unterteilung des "competitive import" ergibt sich hingegen ein günstigeres Bild: bei den Einfuhren, die besonders scharfer Konkurrenz ausgesetzt sind, dem "severely competitive import" hat das Mutterland seine Stellung um einiges mehr verbessern können. Es fällt jedoch auf, daß trotz des Gewinnes, den England hier zu verzeichnen hat, sein Anteil nach wie vor erstaunlich niedrig bleibt. 1928/29 fallen 29% des scharf konkurrenzierten Imports auf Großbritannien, 1932/33 33,5 und 1933/34 steigt der englische Anteilsatz auf 34,5%.

Wie in Kanada vermag Großbritannien trotz erweiterter Vorzugsbehandlung auch in Australien nicht die ausländische Konkur-

45. Department of Overseas Trade, Economic and Trade Conditions in Australia. To July 1935.

renz bei Lieferungen von Metallen, Metallprodukten und Maschinen zurückzudrängen. Während der Krise gingen die Importe aus den Vereinigten Staaten außerordentlich scharf zurück, so daß sich Englands Einfuhranteil erhöhen konnte. Aber mit der Belebung der australischen Nachfrage nach Produktionsgütern verringert sich der englische Verteilungssatz wiederum zugunsten der ausländischen Konkurrenten. Da diese Entwicklung in dem Jahre, in dem auch die Einführung des neuen Zolltarifes erfolgt, einsetzt, ist sie in der Lage, jeglichen für England günstigen Folgen Ottawas entgegenzuwirken. Ottawa bringt hingegen für die englische Ausfuhr gewisser Textilien und Güter der Bekleidungsindustrie tatsächliche Vorteile vor den nicht-britischen Produzenten. Die sinkende Tendenz des englischen Einfuhrsatzes wird in dem Ottawa-Jahre aufgehalten, um in den folgenden Jahren von einer allerdings geringen, aber geradlinigen Aufwärtsbewegung abgelöst zu werden. Diese ergäbe ein erheblich günstigeres Bild, wenn man die Einfuhren von Baumwoll- und Kunstseidenstückgut, die etwa ein Drittel des gesamten Imports von Kleidung und Textilien ausmachen, hierbei ausschaltet. Denn trotz Ottawa vermag das Mutterland nicht, seine Position gegenüber der japanischen Konkurrenz auf dem Markt für Baumwoll- und Kunstseidenstückgut zu halten. Wohl bewirkt Ottawa bei den Einfuhren von Baumwollgeweben eine einmalige Erhöhung des britischen Anteiles, aber die nächsten Jahre bringen bereits wieder einen steilen Abfall auf einen bisher noch nicht erreichten Tiefstand. Dieser Verlust ist naturgemäß für Lancashire, das schon auf den nicht-britischen Märkten schärfster Konkurrenz seitens Japans ausgesetzt ist, außerordentlich empfindlich. In noch weitgehenderem Maße hat Großbritannien seine Marktstellung bei der Einfuhr von Kunstseidenstückgut zugunsten Japans einbüßen müssen. 1929/30 lieferte es noch mehr als die Hälfte des gesamten australischen Imports, 1934/35 macht der englische Anteil nicht einmal mehr ein Siebentel aus, wärend Japan innerhalb dieser Zeit seinen Einfuhranteil mehr als verhundertfacht. Aber nicht nur gegen England dringt die japanische Kunstseide vor. In noch stärkerem Grade werden die anderen ausländischen Konkurrenten: Frankreich, Italien und die Schweiz vom australischen Markt verdrängt.

Ottawa hat also dem Mutterlande in Australien gewisse Vorteile vor den nicht-britischen Konkurrenten gebracht. Aber gerade diejenigen Industrien, bei denen eine Exportförderung durch Zollbegünstigung am meisten not tut, die als „alte" Industrien von der

Krise besonders schwer getroffen wurden und deren Zukunft weitgehend in der Vertiefung der Empire-Beziehungen liegt, die Industrien Lancashires haben an den Vorteilen, die Ottawa brachte, nicht oder nur in geringem Ausmaße teilgehabt.

Tabelle 19. Anteil Großbritanniens an verschiedenen Einfuhren Australiens in Prozent der jeweiligen wertmäßigen Gesamtimporte.[46]
Finanzjahr endigend am 30. Juni.

Import von	1929/30	30/31	31/32	32/33	33/34	34/35
Metalle, Metallprodukte, Maschinen	53,1	58,1	64,1	64,0	63,2	57,1
Kleidung, Textilien	56,6	54,9	53,3	53,8	54,7	57,9
davon:						
Baumwollstückgut	89,0	88,0	86,3	89,1	83,2	80,9
Kunstseidenstückgut						
England	55,5*	46,7*	38,6*	34,4	24,1	14,2
Japan	0,7*	3,0*	11,6*	46,4	70,8	82.4

* = Anteil am mengenmäßigen Import.

c) Neuseeland.

Neuseeland ist dasjenige Uebersee-Dominion, dessen Außenhandel am meisten nach dem Mutterlande ausgerichtet ist. Infolgedessen war es auch mehr als die anderen Staaten des britischen Reiches gewillt, den Ottawa-Verträgen eine empire-treue und liberale Auslegung zu geben. Die Zolländerungen, die Neuseeland in der Folge von Ottawa durchführte, bestanden im Gegensatz zu den Maßnahmen der übrigen Dominien vorwiegend in Zollsenkungen; allerdings erstrecken sich diese neuen Zugeständnisse nur auf wenige Artikel der Bekleidungsindustrie, da England schon vor Ottawa große Zollvorteile auf dem neuseeländischen Markt genoß. Da Neuseeland sich aber zugleich in Ottawa verpflichtete, die in der Krise erfolgten Zollzuschläge auf britische Einfuhrwaren aufzuheben, ergibt sich bei deren Beibehaltung im Maximaltarif eine allgemeine, wenn auch nicht sehr erhebliche Erweiterung der Präferenzspanne zugunsten Großbritanniens. Im Juli 1934[47] erfolgte ein weiterer Ausbau des imperialen Handels seitens des Dominions, indem Neuseeland Senkungen im Präferentialtarif vornahm, ohne gleichzeitig die

46. Quelle: Australian Statistics... und Statistical Abstract for the British Empire.

47. Board of Trade Journal, 19. Juli 1934.

ausländischen Sätze einer Revision zu unterziehen. Es wurden hierbei eine Anzahl wichtigster englischer Ausfuhrprodukte, unter anderem Maschinen, Automobile und Erzeugnisse der Farbenindustrie betroffen. Aber der Beitrag Neuseelands zu einer konstruktiven Empire-Handelspolitik liegt weniger in der Abschließung seines Marktes gegen das Ausland als in dem Willen zur positiven Förderung der Empire-Exporte durch Senkung seiner Zollmauern. Insofern kann auch Ottawa keine sensationelle Verlagerung der Importe zugunsten Englands bewirken. Wenn die Vereinigten Staaten 1933 noch weiter als Bezugsquelle für Importgüter an Bedeutung verlieren, ist dies zweifellos bis zu einem gewissen Grade der Ottawa-Politik zuzuschreiben, liegt aber zum anderen ebenso sehr in der weiterhin rückläufigen Bewegung der neuseeländischen Einfuhren begründet, die sich naturgemäß hauptsächlich auf die Einfuhren der vorwiegend Produktionsgüter und Automobile liefernden Vereinigten Staaten ersteckt. Mit Einsetzen der Wiederbelebung der neuseeländischen Nachfrage verbessert sich sofort auch wieder die Position Amerikas. Und zwar sind die Gewinne des amerikanischen Anteils seit 1933 bedeutender als die des Mutterlandes.

Bei den einzelnen, durch die Abmachungen berührten Warengruppen hat sich die erweiterte Präferenzspanne als nur wenig wirksam erwiesen. Beim Import von Strumpfwaren und Kleidung hat sich trotz Ottawa der englische Anteil seit 1932 wesentlich verringert. Die erweiterte Vorzugsspanne hat bei der Einfuhr von Seiden- und Kunstseidenstückgut vollkommen versagt. Sie hat nicht vermocht, die japanische Konkurrenz vom neuseeländischen Markt zurückzudrängen. Die prozentualen Gewinne des Mutterlandes bis 1934 beruhen ausschließlich auf Verringerung der Importmenge aus Frankreich, die sich zweifellos aus der Währungslage auch ohne Ottawa ergeben hätte. 1935 äußert sich dagegen der Vorstoß Japans auf diesem Marktbereich durch ein starkes Absinken des englischen Importanteils, dem ein steiles Anwachsen der entsprechenden japanischen Ziffern gegenübersteht. Jedoch lassen die Prozentsätze, die auf Grund der wertmäßigen Einfuhren berechnet sind, keineswegs die Schärfe der japanischen Konkurrenz erkennen, die durch ihre außerordentlich niedrigen Preise den neuseeländischen Markt an sich reißt. Von hervorragender Wichtigkeit ist daher die Gegenüberstellung der quantitativen Ausfuhren Englands und Japans von Kunstseide und Kunstseidenstückgut nach Neuseeland. (Tabelle 20c.)

Die 1934 neu hinzugekommene Vorzugsbehandlung hat bei den neuseeländischen Maschineneinfuhren eine Stärkung der englischen Position bewirkt; denn trotz nunmehr steigender Importe, die eher auf Verluste zugunsten der Vereinigten Staaten schließen lassen würden, vermag Großbritannien seit 1934 seinen Anteil an der neuseeländischen Maschineneinfuhr zu erhöhen. Dagegen hat die Erweiterung der Zollbegünstigung den Rückgang des englischen Einfuhranteils bei Neuseelands Farben- und Lackimporten nicht aufzuhalten vermocht.

Eine Erhöhung des englischen Anteils auf den Stand der Jahre 1932/33 war bei den Automobileinfuhren von vorneherein ausgeschlossen, da der hohe Satz, den die englischen Lieferungen in jenen Jahren für sich beanspruchen konnten, eine ausgesprochene Krisenerscheinung darstellt. Diese beruht darauf, daß sich der Absatz der englischen Fabrikation bei einer stark rückläufigen Gesamteinfuhr einer relativen Stabilität erfreute. Doch hat die Erweiterung der Präferenzspanne für die englischen Automobilzufuhren einen eindeutig feststellbaren und durchschlagenden Erfolg gezeitigt: die nach Neuseeland ausgeführten Mengen überschreiten schon 1934 das Maximum jemals erreichter Lieferungen, 1935 hat sich die Ausfuhr Englands gegenüber dem Hochkonjunkturjahre 1929 mehr als verdoppelt und der englische Anteil steigt in diesem Jahre beträchtlich, trotz der weiteren Zunahme der Gesamteinfuhren.

Tabelle 20a. Regionale Verteilung des Außenhandels Neuseelands in Prozent des gesamten wertmäßigen Imports und Exports.[48]

Import aus	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
England	46,2	47,4	49,0	49,8	50,0	50,4	50,3
Kanada	9,8	8,9	4,9	4,4	4,8	6,7	6,7
Australien	6,7	7,2	9,8	11,7	12,2	10,3	10.9
übr. Empire	5,1	5,0	6,4	5,9	7,0	6,4	5,3
Empire insges.	67,8	68,5	70,2	71,8	74,0	73,8	73,3
Japan	1,3	1,3	1,2	1,9	2,6	2,7	3,0
USA	19,1	17,8	15,7	14,2	11,3	12,0	12,5
übr. Ausland	11,8	12,4	12,9	12,1	12,1	11,5	11,2
Ausland insges.	32,2	31,5	29,8	28,5	26,0	26,2	26,7
Export nach							
England	75,0	82,1	89,7	90,1	83,3	82,3	84,5
Empire insges.	85,4	91,1	93,2	93,9	91,4	87,5	89,5
USA	6,4	4,5	2,3	1,5	2,8	2,6	5,4
Ausland insges.	14,6	8,9	6,8	6,1	8,6	12,5	10,5

20b. Anteil Großbritanniens an verschiedenen Einfuhren Neuseelands in Prozent des jeweiligen Gesamtimports.[48]

Warengruppe	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Kleidung	75,1	76,6	81,3	81,6	77,1	76,2	76,5
Strumpfwaren	63,5	61,4	62,5	62,8	60,0	56.4	55,1
Seiden- und Kunstseidenstückgut:							
England	36,1	35,7	38,5	40,6	41,9	42,4	33,1
Japan	31,2	29,7	24,4	30,9	31,9	33,5	45,0
Farben und Lacke	65,8	67,4	66,5	62,7	64,6	61,0	59,3
Maschinen	43,2	41,1	51,6	46,1	49,7	49,5	51,8
Automobile	15,7	21,1	65,4	83,0	75,4	46,8	50,8
dto. Gesamteinfuhr	= 100	59,6	13,8	12,6	13,3	49,4	71,5
dto. aus England	= 100	80,4	57,3	66,3	63,6	147,3	231,0

20c. Export von Kunstseide und Kunstseidenstückgut nach Neuseeland aus England und Japan in Taus. sq. yds.[49]

Jahr	England	Japan
1931	2 808	51
1932	3 870	911
1933	3 821	1 618
1934	4 848	3 414
1935 (Schätzung)	3 445	8 671

d) Südafrika.

Die Südafrikanische Union ist im Gegensatz zu den anderen Dominien nicht hochschutzzöllnerisch eingestellt. Die Vorzugssätze für Britannien waren und sind daher hier niedriger als in den anderen sich selbstverwaltenden Staaten des britischen Reiches. Jeder weitere Ausbau der Empire-Handelspolitik muß hier infolgedessen eine wesentliche Verlagerung des Imports zugunsten des Empire nach sich ziehen. Wenn auch in Südafrika der Wille zur wirtschaftlichen Kooperation innerhalb des britischen Imperiums nur schwach ausgeprägt ist — nahm doch die Rede, mit der der Vertreter der Union, Mr. Havenga, bei den Eröffnungsfeierlichkeiten in Ottawa die wirtschaftliche Einstellung Südafrikas zum Empire kennzeichnete, geradezu „empire-unfreundliche" Formen an[50] — und wenn sich in-

48. Quelle: Statistical Abstract for the British Empire.
49. Quelle: Department of Overseas Trade, New Zealand, April 1936.
50. Times, 22. Juli 1932.

folgedessen die Anzahl der in Ottawa erhöhten Vorzugsspannen auf verhältnismäßig wenige Positionen erstreckt, und wenn die hauptsächlichen Zugeständnisse sich auf Bindung einer Reihe zugunsten englischer Erzeugnisse bestehender Präferenzen beschränken, ermöglichten sie dennoch eine starke Bevorzugung der Zufuhren aus dem Mutterlande. Bei den in den folgenden Jahren sich noch weiterhin normalisierenden Einfuhren nehmen allerdings die ausländischen Lieferanten, vornehmlich die Vereinigten Staaten, wiederum auf Kosten Großbritanniens zu. Kontinentaleuropa jedoch verliert fortschreitend als Bezugsquelle für den südafrikanischen Importbedarf an Wichtigkeit. Trotz der erweiterten Präferenzbehandlung, die verschiedene der nicht-englischen Empire-Staaten seit Ottawa in Südafrika genießen, hat der imperiale Handel mit diesen Ländern keine Vertiefung erfahren. Im Gegenteil: die Wirtschaftsbeziehungen mit den nicht-englischen Reichsländern haben sich gegenüber der Vor-Ottawa-Zeit gelöst. Der Grund hierfür muß darin gesehen werden, daß sich mit der Wirtschaftsbelebung die Ausweitung der Nachfrage in dem nicht hochindustrialisierten Lande naturgemäß vor allem auf Fertigfabrikate erstreckt, während die Empire-Länder mit Ausnahme Kanadas Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln sind. Bei der Einfuhr von Genußmitteln hat sich erwartungsgemäß tatsächlich eine Bevorzugung der nicht-englischen Empire-Quellen ergeben.

Wenn auch der Einfuhranteil Englands beim Gesamtimport seit 1934 wieder rückläufig ist, hat Großbritannien doch bei jenen Warengruppen, für die es in Ottawa verstärkte Vorzugsbehandlung zugestanden bekam, seine Position erheblich zu verbessern vermocht. Merklich ist diese Besserung vor allem bei der Einfuhr von Baumwollgeweben am Stück. Seit Einsetzen der Depression hatte die japanische Konkurrenz mit ihren billigen Qualitäten ständig bedrohendere Formen angenommen. 1931 fielen rund 20% des südafrikanischen Imports auf japanische Lieferungen (1928: 5%). 1932 wurde die japanische Konkurrenz erstmalig zurückgedrängt, da bei einer Zollrevision dem Mutterlande auf gewisse Arten von Baumwollstückgut eine Zollbegünstigung zugestanden wurde. Durch die Maßnahmen von Ottawa, durch die die Vorzugsspanne durch Einführung neuer spezifischer Alternativzölle ergänzt und erweitert wurde, sinken die japanischen Zufuhren gegenüber dem Vorjahre um 16%, die amerikanischen um 71%, während die Importe aus dem

Mutterlande sich nahezu verdoppeln. Bis 1934 kann sich Großbritannien einen stets steigenden Satz an den südafrikanischen Einfuhren von Baumwollgeweben sichern. 1935 gelingt es Japan wiederum, die englische Konkurrenz erfolgreich abzuschlagen. 1934 betrug der japanische Anteil 10%, 1935 schnellt er auf 17% emport, während gleichzeitig der englische Satz eine entsprechende Bewegung nach abwärts erfährt. Es ist also Japan inzwischen gelungen, die Vorteile der britischen Präferenz — scheinbar durch eine entsprechende Preispolitik — wieder teilweise auszugleichen. Bei Kunstseidenstückgut, für das England bis Ottawa immer mehr den südafrikanischen Markt, den es noch 1928 zu zwei Driteln beherrschte, den ausländischen Konkurrenten abtreten mußte, kann Großbritannien sich wieder dank der Präferenz in verstärktem Maße an den Einfuhren der Union beteiligen. Doch liegt auch 1934 der englische Satz um mehr als die Hälfte unter dem von 1928. Bei den Einfuhren von gewirktem Unterzeug konnte Britannien seinen Anteil nach Ottawa verdoppeln.

Die meisten Präferenzen Ottawas erstrecken sich neben den genannten Vorzugssätzen bei den Textileinfuhren auf elektrische, industrielle und landwirtschaftliche Maschinen, wobei vor allen Dingen die amerikanische und deutsche Konkurrenz verringert werden soll. Bei den elektrischen Maschinen war während der Krise die Einfuhr englischer Produkte stärker zurückgegangen als die der nicht-britischen. In den bereits erwähnten Zusatzbeschlüssen zum südafrikanischen Zolltarif vom Juni 1932 wurden auch hier dem Mutterlande erstmalig Vorzugsspannen gewährt, deren Erfolg sich in einer entscheidenden Verschiebung der Bezugsländer zugunsten Großbritanniens äußerte. Während sich 1932 die Gesamteinfuhr gegenüber dem Vorjahre noch weiter verringerte, konnte England in diesem Jahre mehr elektrische Maschinen nach Südafrika ausführen. Die Erweiterung der Präferenz, die Ottawa brachte, bedeutete also keine sehr einschneidende Maßnahme mehr zur Bevorzugung des Mutterlandes; denn dieses kann nach 1932 seinen Anteil nur noch um weniges erhöhen. Jedoch fällt die Steigerung des britischen Einfuhrsatzes 1934 und 1935 mit einer Erhöhung der südafrikanischen Importe zu einem Rekordstande zusammen, die die Erfolge der Präferenz um so wertvoller erscheinen läßt. Somit zeigt sich deutlich, daß die Verlagerung der Einfuhrquellen in keiner Weise mehr krisenbedingt ist. Das gleiche trifft auch für die übrigen

Maschinenimporte zu, hier sind jedoch die Gewinne des Mutterlandes gering und setzen erst 1934 ein. Zunächst wendet sich also die wiederbelebende Nachfrage trotz der Präferenz nicht-britischen Produkten zu.

Die Abnahme des englischen Einfuhranteils an der südafrikanischen Gesamteinfuhr seit 1934 ist zu einem großen Teile durch die erhöhte Automobileinfuhr bedingt, bei der der Anteilsatz Großbritanniens, der während der Krise gestiegen war, wieder zugunsten von USA absinkt. Obgleich der südafrikanische Import nicht mehr von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise beeinflußt ist, — liegen die Automobileinfuhren 1935 doch um 23,5% über dem Niveau von 1929 — ist das Mutterland 1935 erheblich stärker an den Einfuhren beteiligt als in jenem Hochkonjunkturjahre. Es zeigt sich also, daß die Verlagerung vom ausländischen zum englischen Produkte eine positive ist, und daß sie auch bei einer weiteren Ausdehnung des Imports anhalten wird. Das braucht jedoch nicht auszuschließen, daß sich die seit 1934 wieder rückläufige Tendenz des englischen Anteilsatzes auch wohl weiterhin fortsetzen wird. Es soll damit nur gesagt sein, daß als Folge der Präferenzpolitik der niedrige Stand des Jahres 1929 in absehbarer Zeit kaum wieder erreicht werden kann. Wenn aber bei gewissen Warengruppen die Bedeutung Englands als Lieferland absank, zum Beispiel beim Import von Kleidung und Leder- und Kautschukwaren, liegt dies teilweise daran, daß Britannien hier Hauptlieferant ist; durch die scharfe Drosselung der Einfuhren bei diesen Gütern, das Resultat der innerhalb dieser Jahre erfolgten Zollerhöhungen, mußte es naturgemäß in besonderem Maße getroffen werden.

Tabelle 21. Regionale Verteilung des Außenhandels der Südafrikanischen Union in Prozent des gesamten wertmäßigen Imports und Exports.[51]

Import aus	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
England	43,8	46,9	45,5	46,3	50,3	48,8	48,7
übr. Empire	12,3	11,0	11,2	11,1	9,6	9,8	9,6
Empire insges.	56,1	57,9	56,7	57,4	59,9	58,6	58,3
Deutschland	6,5	6,9	7,0	7,6	6,6	5,0	5,2
Japan	1,7	2,5	4,7	3,7	4,2	3,4	3,5
USA	18,3	14,6	13,6	13,0	12,3	16,4	17,0
übr. Ausland	17,4	18,2	18,0	18,3	17,0	16,6	16,0
Ausland insges.	43,9	42,2	43,3	42,6	40,1	41,4	41,7

51. Quelle: Statistical Abstract for the British Empire.

Fortsetzung von Tabelle 21.

Export nach	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
England	49,5	47,9	43,4	42,1	37,9	40,6	41,1
übr. Empire	10,0	11,9	18,9	15,8	14,5	15,0	13,0
Empire insges.	59,5	59,8	62,3	57,9	52,4	55,6	54,1
Deutschland	9,5	7,2	7,1	8,0	9,0	8,4	13,7
Frankreich	9,4	10,3	10,7	12,6	12,3	10,1	10,1
Belgien	9,5	8,2	6,9	8,0	10,2	8,9	7,1
USA	3,6	3,9	3,6	1,8	3,2	2,5	2,3
übr. Ausland	8,5	10,6	9,5	11,7	12,9	14,5	12,7
Ausland insges.	40,5	40,2	37,7	42,1	47,6	44,4	45,9

Anteil Englands an verschiedenen südafrikanischen Einfuhren in Prozent des jeweiligen Gesamtimports.

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Baumwollstückgut	61,1	63,5	52,8	58,6	78,8	86,3a)	79,5a)
Kunstseidenstückgut	1928:	63,9*	16,7*	13,3*	25,3*	30,6*	
gewirktes Unterzeug	vor Ottawa ca:		36*		54,3*	72,1*	
elektr. Maschinen	55,0	53,6	46,7	59,1	59,5	60,3	63,6
sonst. Maschinen	42,6	52,1	54,5	52,0	51,4	54,9	55,7
Autos u. Chassis	7,2	15,6	19,3	41,9	27,0	16,2	16,9

a) Menge, bis 1933 Wert.

* = Quelle: Department of Overseas Trade, South Africa 1935.

e) Indien.

Ottawa bedeutete für die anglo-indischen Handelsbeziehungen eine entscheidende Wendung, da Indien sich erstmalig zum Grundsatz der Reichspräferenz bekannte. Die in Indien schon vor Ottawa zur Anwendung gekommenen Differentialzölle für Stahl und Baumwollwaren waren weder von der Gesetzgebung noch vom Volke als Teil oder auch nur als Anfang eines Systems der Empire-Vorzugsbehandlung aufgefaßt worden.[52] Infolgedessen war als Resultat von Ottawa eine weitgehende Reorientierung des indischen Imports zugunsten des zollbevorzugten Mutterlandes zu erwarten, zumal da die Präferenz, die Indien Großbritannien gewährte, als eine „reine" aufgefaßt werden muß ohne jegliche protektionistische Nebenabsichten.[53] Tatsächlich ist die Steigerung des prozentualen Anteils Englands an der indischen Einfuhr in dem ersten Jahre, in dem

52. Coatman: Die britische Reichskonferenz von Ottawa. Weltwirtsch. Archiv, Bd. 37, Januar 1933.

53. Sarkar: Imperial Preference vis-à-vis World Economy, S. 75/76.

Ottawa voll zur Auswirkung kam, dem indischen Finanzjahre 1933-34, gegenüber dem Vor-Ottawa-Jahre sehr erheblich. Jedoch kann auch durch die Ottawa-Verträge nicht der Verlust eingeholt werden, den England bisher beim indischen Import erlitten hat. Während die übrigen Dominien seit 1930 eine relative Vertiefung der imperialen Handelsbeziehungen erlebten, macht sich in Indien seit 1923 eine ununterbrochene, außerordentlich starke Loslösungsbewegung vom Mutterlande geltend, die selbst durch die Krise nicht aufgehalten wird. Gründe verschiedenster Art sind hierfür bestimmend: einmal ist sie, soweit diese Entwicklung bis zum Einbruch der Krise mit der in den übrigen Dominien konform läuft, auf die zunehmende Industrialisierung zurückzuführen, die den Anteil Großbritanniens zu senken strebt.[54] Zum anderen äußert sich die politische Außereinandersetzung mit England in Indien in der Form des Wirtschaftskampfes, der teilweise sogar in Boykott der englischen Produkte ausartete. Endlich ist bei Indien mit seiner ungeheuer dichten Eingeborenen-Bevölkerung, deren durchschnittliche Kaufkraft außerordentlich tief liegt, einer der wundesten Angriffspunkte des Empire für die japanische Konkurrenz mit ihrer billigen Massenware gegeben. Die Wirtschaftsdepression mußte, da Indiens Zollgrenzen dem englischen wie dem japanischen Produkte in gleicher Weise offenstanden, die relative Benachteiligung des englischen Qualitätsfabrikats akzentuieren. Daß es sich bei der wirtschaftlichen Loslösung vom Mutterlande um eine unaufhaltbare, zum Teil strukturell bedingte Entwicklung handelt, wird dadurch klar, daß in keinem der übrigen Empire-Länder die Wirkung Ottawas von so wenig nachhaltiger Dauer war wie in Indien. In keinem der Dominien geht der englische Importsatz nach Ottawa wieder so stark zurück wie hier. Vor allem findet eine Verschiebung zugunsten Japans, aber auch Deutschlands statt. Es zeigt sich, daß eine im allgemeinen 10% betragende Präferenz nicht hinreicht, um die japanische Konkurrenz auszuschließen oder zurückzudrängen. Ferner bekundet das neuerliche Vordringen Deutschlands auf dem indischen Markt, daß das politische Moment

54. Mackenroth, s. o. S. 35. Allerdings muß man den Verfassern entgegenhalten, obgleich die Feststellung als solche nicht bestritten werden kann, daß der Einfuhranteil Englands in Kanada nicht nur deshalb so niedrig liegt, weil Kanada das entwickeltste der Empire-Länder ist, sondern die demographische und geographische Einheit des nordamerikanischen Kontingents drängt an sich auf enge Wirtschaftsverflechtung der beiden Nachbarländer hin.

trotz Reichsvorzugsbehandlung noch immer außerordentlich wirksam sein muß. Handelt es sich doch bei der anglo-deutschen Konkurrenz um einen Wettstreit von Produkten, die in eine etwa gleiche wertmäßige Kategorie fallen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß dank der großzügigen Exportförderung Deutschlands die Produzenten in die Lage versetzt werden, die englischen Währungs- und Zollvorteile auszugleichen. Und bei einem gleich hohen Preise findet in Indien in der Regel das nicht-englische Produkt den Vorzug.

Von sämtlichen Empire-Ländern, die an der Konferenz von Ottawa teilnahmen und mit England Handelsverträge abschlossen, nimmt Indien eine Ausnahmestellung ein, da trotz Empire-Präferenz der Anteil des Empire und vor allem der Englands weit unter dem Stand von 1929 liegt; andererseits hält er sich, obgleich er schon bald nach Ottawa wieder eine stark rückläufige Tendenz aufweist, über dem Niveau der letzten Vor-Ottawa-Zeit. Die relative Bedeutung des nicht-englischen Empire für den indischen Import hat seit 1929 nur geringe Schwankungen erfahren, und Ottawa hat nur wenig zur Vertiefung des interimperialen Handels außerhalb der anglo-indischen Wirtschaftsbeziehungen beigetragen.

Besonders scharf ist die englisch-japanische Konkurrenz bei den indischen Einfuhren von Textilien und Bekleidungsmitteln. Hier hat England außerordentlich schwere Verluste auf dem indischen Markt zu beklagen: während in der Krise die Ausfuhren Großbritanniens schwere Rückschläge erfuhren, konnte Japan seine Exporte nach Indien ungeachtet der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung um eine gewaltige Menge steigern, oder aber es wurde dort, wie bei der Einfuhr von Baumwollstückgut und -garnen, wo es schon vor der Depression Großlieferant war, von der Importschrumpfung in Indien längst nicht in dem Ausmaße getroffen wie das Mutterland. Schon vor Ottawa genoß England Präferenzbehandlung für Baumwollgewebe; in dem neuen Zolltarif vom 1. Januar 1933, der das Resultat Ottawas darstellt, wurde nunmehr auch bei den meisten anderen Textilien Großbritannien eine Zollbegünstigung zugestanden. Bei den in der Folgezeit zur Durchführung gelangenden Tarifänderungen werden vor allem auch Waren der Textil- und Bekleidungsbranche betroffen, wobei die Maßnahmen auf Zollerhöhungen für nicht-britische Produkte hinauslaufen. Auch die Festsetzung eines Höchstsatzes der Baumwollgewebeeinfuhren aus Japan im

Januar 1934[55] stellt eine Abwehrmaßnahme gegen die japanische Konkurrenz und somit eine Bevorzugung des britischen Produktes dar. Jedoch fast noch wichtiger als die Tatsache der Kontingentierung selbst ist deren mögliche Rückwirkung auf die japanischen Exportpreise. Es ist anzunehmen, daß die Festlegung eines Höchstsatzes der japanischen Ausfuhren nach Indien die bis dahin ständig geübte Preisschneiderei, die für England so überaus schmerzhaft war, da sie vielfach die Vorzugsquote neutralisierte, überflüssig macht. War es Japan bis 1933 möglich, die britische Präferenzstellung bei Baumwollgeweben durch eine entsprechende Preispolitik zu umgehen — von diesem Zeitpunkte ab wurde endlich durch Ausbau der britischen Vorzugsbehandlung und die Kontingentierung eine Besserung in der Stellung Englands auf dem indischen Markt erreicht —, so vermag es auch bei den meisten anderen Textilien in gleicher Weise auf die Ottawa-Präferenzen zu reagieren. Bei Kleidungsstücken, Baumwoll-Fents, Mützen, Kappen und Putzartikeln und mehreren anderen Positionen wird England zugunsten des asiatischen Konkurrenten als Lieferland Indiens zurückgedrängt, entweder dadurch, daß die englischen Ausfuhren tatsächliche Rückschläge erleiden oder daß sich die Exporte Japans in stärkerem Maße ausdehnen als die des Mutterlandes. Trotz der Erhebung von spezifischen Mindestzöllen auf ausländische Kunstseidengewebe bei einer gleichzeitig bestehenden Präferenz auf britische Produkte ist es nicht gelungen, das Monopol, das Japan auf dem indischen Markt seit etwa 1930 innehat, zu brechen. Die Erhöhung des englischen Einfuhranteils am indischen Import von Kunstseidenstückgut von 2,9% im Jahre 1932 auf jeweils 4,7% 1933 und 1934 war nur vorübergehend, 1935 nämlich ist der Stand des Vor-Ottawa-Jahres bereits unterschritten. Auch handelte es sich vielmehr um eine Ausschaltung der europäischen Konkurrenten, Italien und die Schweiz, als um einen Vorstoß gegen das japanische Produkt. Will man mit mehr Erfolg dem Vordringen des japanischen Fabrikates Einhalt gebieten, muß zu einer noch schärferen Diskrimination der nicht-britischen Einfuhren geschritten werden. Der Entwurf für eine Aenderung der Zollsätze bei einer Anzahl von Textilien, die die indische Regierung im Frühjahre 1936 im Parlament einbrachte,[56] stellt einen weiteren Schritt in dieser Richtung dar.

---

55. Economist, 24. Februar 1934.

56. Eildienst, 26. März 1936.

Wirksamer hat sich die Abwehr Ottawas bei den Einfuhren von Metallen und Metallprodukten aus Japan erwiesen, wobei allerdings die anglo-japanische Konkurrenz noch nicht die Ausmaße wie bei den Textileinfuhren angenommen hat. Aber die bis 1933 immerhin ständig vordringenden Zufuhren von japanischen Produkten werden durch die Präferenzbehandlung Englands erfolgreich in Schranken gehalten. So kann zum Beispiel das Mutterland bei der Einfuhr von Fahrrädern seine verlorene Position teilweise wiedergewinnen. 1932/33 fielen rund 65% der indischen Fahrradeinfuhr auf Großbritannien, 1935/36 hat sich der englische Einfuhranteil bei gleichzeitiger Ausdehnung des Imports auf 76% gesteigert. Bei den Maschinen-, Automobil-, Eisen- und Stahleinfuhren zeigt es sich auch im Falle Indiens wiederum, daß bei steigenden Einfuhren der Anteil Englands zu sinken geneigt ist. Bei einer Reihe von Fabrikaten, vornehmlich Metallwaren aus Aluminium, Messing, Bronze und Kupfer, ferner bei Messerschmiedewaren, Waffen, Gummireifen und anderem mehr, versorgt England in der Folge von Ottawa in verstärktem Maße die indische Nachfrage. Auch bei den Automobileinfuhren hat Großbritannien, wenn auch sein Importanteil seit 1933 den Krisenhöhepunkt bereits wieder unterschritten ist, dank der Zollbegünstigung einen guten Erfolg zu verzeichnen. Während 1935/36 die gesamten Automobileinfuhren um 33% unter dem Höchststand des Jahres 1929 liegen, haben die Zufuhren aus dem Mutterlande sich in diesem Zeitraume um 86% erhöht.

Wenn auch England bei einzelnen wichtigen Einfuhrkategorien durch Ottawa unzweifelhaft Vorteil gezogen hat, deutet das allgemeine Vordringen der drei Hauptkonkurrenten: Japan, Deutschland und USA auf dem indischen Markt seit 1934 und die relativen Verluste Englands darauf hin, daß das gegenwärtige Maß von Vorzugsbehandlung nicht ausreicht, um die Loslösung Indiens von Großbritannien als Lieferland aufzuhalten. Bei der eminenten Wichtigkeit Indiens als Absatzmarkt für das Mutterland ist diese Tatsache von schwerwiegender Bedeutung.

Tabelle 22. Regionale Verteilung des indischen Außenhandels in Prozent des gesamten wertmäßigen Imports und Exports.[57]

Finanzjahr endigend am 31. März,
(Import = Nettoimport ohne Regierungsbedarf.)

Import aus	28/29	29/30	30/31	31/32	32/33	33/34	34/35	35/36
England	44,7	42,8	37,2	35,5	36,8	41,3	40,6	38,8
übr. Empire	9,2	8,9	8,9	9,3	8,0	8,7	8,8	9,8
Empire insges.	53,9	51,7	46,1	44,8	44,8	50,0	49,4	48,6
Deutschland	6,3	6,6	7,5	8,1	7,7	7,7	7,6	9,2
Japan	7,0	9,8	8,8	10,5	15,4	14,2	15,7	16,2
USA	7,1	7,3	9,2	10,2	8,5	6,2	6,4	6,6
übr. Ausland	25,7	24,6	28,4	26,4	23,6	21,9	20,9	19,4
Ausland insges.	46,1	48,3	53,9	55,2	55,2	50,0	50,6	51,4
Export nach								
England	20,9	21,4	23,5	27,5	27,8	32,3	31,6	31,4*
übr. Empire	13,9	14,1	15,5	16,2	17,3	14,3	13,8	14,6*
Empire insges.	34,8	35,5	39,1	43,7	45,1	46,6	45,4	46,0
Deutschland	9,8	8,6	6,5	6,6	6,5	6,7	4,7	5,8*
Japan	10,4	10,4	10,8	8,9	10,5	8,6	16,2	13,6
USA.	11,8	11,7	9,4	8,9	7,4	9,6	8,5	10,0*
übr. Ausland	33,2	33,8	34,2	31,9	30,5	28,5	25,2	24,6
Ausland insges.	65,2	64,5	60,9	56,3	54,9	53,4	54,6	54,0

Anteil Großbritanniens an verschiedenen Textileinfuhren Indiens in Prozent der jeweiligen Gesamtimporte.

	29/30	30/31	31/32	32/33	33/34	34/35	35/36
Kleidung	50,9	43,3	38,1	38,8	35,2	31,8	34,4
Baumwollstückgut	65,6	59,1	50,1	49,1	54,5	58,6	46,5
Baumwoll-Fents	33,9	33,6	27,9	33,8	31,7	17,7	15,7
Kunstseidenstückgut	12,8	4,7	1,9	2,9	4,7	4,7	2,8
Hüte, Mützen etc.	33,0	26,6	19,5	21,3	16,1	12,0	20,8

* = einschließlich auf Bestellung, Bestimmungsland unbestimmt.

Generell muß festgestellt werden, daß im indo-pazifischen Wirtschaftsraum: in Indien, Australien und Neuseeland, die Verstärkung der Zollbegünstigung englischer Fabrikate ihr wesentlichstes Ziel nicht erreicht hat: nämlich die japanische Konkurrenz erfolgreich zurückzudrängen. Es würde dafür einer viel schärferen Diskrimination gegenüber den Auslandsprodukten bedürfen, die bei der Billigkeit der japanischen Exportartikel schärfste Kampfformen an-

57. Quelle: Statistical Abstract for the British Empire.

nehmen müßte und sich daher bei der Stellung Japans als guter Kunde dieser Länder nur schwer realisieren lassen würde. Die Empire-Präferenz von Ottawa kann jedenfalls über die Sachlage, daß die Stellung Großbritanniens als Lieferland in diesen Wirtschaftsgebieten aufs schwerste erschüttert ist, nicht hinwegtäuschen.

III. Empire-Handel und Konjunktur.

Aus den Einzeluntersuchungen wurde deutlich, daß Ottawa eine entschiedene Intensivierung des interimperialen Handels herbeigeführt hat, daß aber das Mutterland für jene Intensivierung vielfach mehr Opfer brachte als aus ihr Gewinn gezogen hat. Ferner zeigt es sich auch, daß die Stellung Großbritanniens auf den Märkten des Uebersee-Empire durch den weiteren Ausbau des Präferenzprinzips eine eindeutige Stärkung erfuhr, die aber ihren Höhepunkt meist 1933 erreichte, um in den folgenden Jahren wieder eine sinkende Tendenz aufzuweisen. Es wurde in den vorhergehenden Ausführungen schon verschiedentlich auf die Wirkungen der Krise für den Empire-Handel hingewiesen. Hier sollen nun die Wechselbeziehungen von Konjunktur und imperialen Handel einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Für die Beurteilung des Erfolges der imperialen Präferenz-Politik ist bei den Schwankungen der Handelsvolumen allein der methodische Weg des Vergleichs der prozentualen Anteile möglich, wofern nicht wie bei einzelnen Einfuhrgruppen des Mutterlandes aus dem Empire und etwa den Automobilexporten Großbritanniens in der Folge von Ottawa eine absolute positive Steigerung der Einfuhren beziehungsweise Ausfuhren aus oder nach dem Empire über die Rekordhöhen der Vorkrisenzeit festzustellen ist, die noch deutlicher als alle Prozentsätze zu sprechen vermag. Diese Methode ist aber insofern fehlerhaft, als sie aufs empfindlichste auf jegliche Konjunktureinflüsse reagiert, wie es in der Natur der imperialen Handelsbeziehungen begründet liegt. Schrumpfende Außenhandelsumsätze tendieren in der Regel, die Bedeutung der Reichsländer für alle Handelspartner zu heben. Dem Lebensmittelbedarf des Mutterlandes wohnt auch in der Depression eine gewisse Starrheit inne, die sich als wichtiges „Krisenpolster" auswirken und den englischen Anteil bei sinkenden Gesamtausfuhren des Uebersee-Empire erhöhen muß. Ebenso weisen auch die Importe der überseeischen Reichs-

länder aus Großbritannien eine gegenüber den Gesamteinfuhren relative Krisenfestigkeit auf, da die Bezüge aus dem Mutterlande sich zu einem großen Teile aus Konsumartikeln oder Vorprodukten der Konsumgüterindustrie zusammensetzen. Dagegen tragen viele Zufuhren aus dem Auslande einen konjunkturempfindlichen Charakter, handelt es sich doch hier vielfach um Güter, die auf eine prosperierende Wirtschaft zugeschnitten sind: Produktionsmittel und Luxusgüter. Infolgedessen mußte die Bedeutung der Vereinigten Staaten, die neben dem Mutterlande die wichtigste Einfuhrquelle des Uebersee-Empire darstellen und die vor allem als Lieferant jener Warenklassen in Frage kommen, mit dem Einbruch der Wirtschaftskrise ständig zurückgehen.

In Großbritannien ist die Korrelation zwischen Konjunktur und Empire-Handel bei weitem nicht so ausgeprägt wie in den Ländern des Uebersee-Empire. Bei den Ausfuhren besteht kaum eine derartige Wechselbeziehung, hervorgerufen durch die Zusammensetzung des Warenverkehrs, da es wenige oder keine ausgesprochene Empire-Exportindustrien gibt. Dennoch macht sich auch hier der Einfluß der Krise auf die Empire-Handelsbeziehungen geltend. Er wirkt sich in einer Lockerung der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Reiches infolge der Disproportionalität der Konjunkturentwicklung aus. Die überseeischen Produzenten von Rohstoffen, Getreide und sonstigen Genußmitteln werden in besonderem Maße von der Krise getroffen und sehen ihre Kaufkraft stärker verringert als die Industrieländer. Erst die währungs- und handelspolitischen Maßnahmen der Jahre 1931 und 1932, die durch die Intensivierung des interimperialen Handels gekennzeichnet sind, spiegeln wiederum mit aller Deutlichkeit die Wirkungen des Konjunkturprozesses wieder, da sie durch die neuerliche Disproportionalität der Wirtschaftsentwicklung, die nunmehr weniger zur Unterscheidung von Rohstoff- und Industrieländern, als zur Trennung von Abwertungs- und Goldblockländern zwingt, hervorgerufen werden.

Auf der Einfuhrseite tendiert die Wirtschaftskrise, die Bedeutung der Lebensmitteleinfuhr innerhalb des Gesamtimportes zu steigern und dadurch den Anteil des Empire zu erhöhen. Wenn dennoch die Empiresätze von 1929—1931 in Tabelle 1 eine abwärtsgerichtete Bewegung aufweisen, liegt dies lediglich daran, daß die im "Board of Trade Journal" veröffentlichten Zahlen die Einfuhr als Gesamteinfuhr erfassen. Die Ziffern der Nettoeinfuhren (d. i. Gesamteinfuhr abzüglich Wiederausfuhr) dagegen beweisen die Richtigkeit

jener Feststellung. Der Anteil des Empire an den Nettoeinfuhren steigt von 26,9% 1929 auf 27,0% 1930 und 29,0% 1931.[58] Für die Divergenz in den beiden Zahlenreihen ist die Tatsache verantwortlich, daß die Wiederausfuhr Großbritanniens, die vor allem eine Umleitung von Empire-Produkten zu kontinentaleuropäischen Märkten darstellt, innerhalb dieses Zeitraumes stärker fällt als die englischen Einfuhren insgesamt. Dies trägt zur Senkung des Empire-Anteiles beim Gesamtimport bei. Die anhaltende Steigerung der Empire-Sätze bei den sich seit 1934 erhöhenden Einfuhren bringen erst wirklich den Beweis, daß Ottawa eine Verschiebung der Bezugsquellen bewirkte; daß es sich also um eine strukturelle Wandlung der Empire-Handelsbeziehungen handelt, die nicht mehr nur krisenbedingt ist. Auffallend ist, daß mit dem Einsetzen der Wiederbelebung des Imports sich das Tempo der Steigerung bei den Empire-Sätzen sichtlich und stetig verlangsamt, eine Entwicklung, die deutlich werden läßt, daß dennoch das Konjunkturmoment sich wohl auch hier geltend macht. Es wäre voreilig, aus dieser Erscheinung bereits Schlüsse für die Zukunft ziehen zu wollen, jedoch ist es nicht unwahrscheinlich, daß bei einer weiteren Ausdehnung des Einfuhrbedarfes, der mit der fortschreitenden Normalisierung der englischen Wirtschaftsverhältnisse sich aller Voraussicht nach wieder in verstärktem Maße Fertigfabrikaten zuwenden wird, die relative Bedeutung des Empire nicht mehr steigen, vielleicht sogar wieder leicht abfallen wird. Dagegen läßt sich bereits jetzt mit einiger Gewißheit voraussagen, daß selbst bei einem Importvolumen, das dem der Hochkonjunktur gleichkommt, der damalige Empire-Anteilsatz überschritten wird.

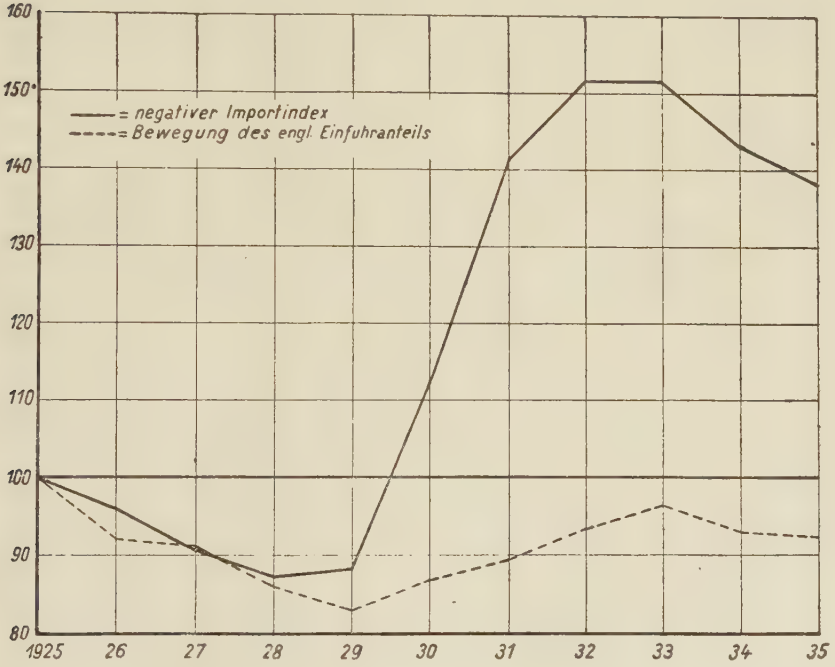
Für die Betrachtung der Wechselbeziehungen zwischen Empire-Handel und Konjunktur ist es angebracht, das Uebersee-Empire in Domanial- und Kolonial-Empire zu scheiden. Denn es zeigt sich, daß der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Reichsländer für jene Korrelationserscheinung von entscheidender Bedeutung ist. Nur dort, wo in größerem Umfange eine Einfuhr von Maschinen und Automobilen aus den Vereinigten Staaten stattfindet — es sind dies die industrialisierten oder sich industrialisierenden und kaufkräftigen Teile des Reiches —, kann sich der Einfluß der Konjunktur bei den Importverhältnissen geltend machen.

Im Domanial-Empire ist seit der Nachkriegszeit bis einschließlich 1928 eine ständige Ausdehnung des Imports festzustellen. 1929

58. Mackenroth, s. o. S. 111.

senkt sich die wertmäßige Einfuhr vorerst nur wenig, um dann seit 1930 steil abzufallen. Erst 1934 tritt wieder eine Belebung des Importbedarfes ein. Die Entwicklung des Anteils Großbritanniens am Gesamtimport des Domanial-Empire vollzieht sich folgendermaßen: bis 1929 fällt der britische Anteilsatz stetig ab; zwischen 1929 und 1932 erfährt er eine starke Zunahme, wobei er auch im Jahre des Maximums dieser Phase nicht wieder das Niveau von 1925 erreicht. 1934 findet eine Richtungsänderung statt, da der Einfuhrsatz Englands wieder erneut absinkt.

Bild 1. *Importindex des Domanial-Empire im Verhältnis zum Anteil Großbritanniens am Import.*[59]
1925 = 100.



Aus der Parallelität der Erscheinungen bis 1929 kann erstens jene säkuläre Entwicklungstendenz entnommen werden, daß mit zunehmender Wirtschaftsentwicklung, die sich in den jungkapitalistischen Dominien zweifellos in ihrem ersten Stadium in einem gesteigerten Einfuhrbedarf äußert, die Bedeutung Englands als Liefer-

59. Quelle für Bild 1—4: Statistical Abstract for the British Empire.

land zurückzugehen geneigt ist. Ferner läßt sich zugleich aus der auffallenden Korrelation der Kurven ablesen, daß die Wechselbeziehung zwischen Empire-Anteil und Konjunkturverlauf außerordentlich eng ist.

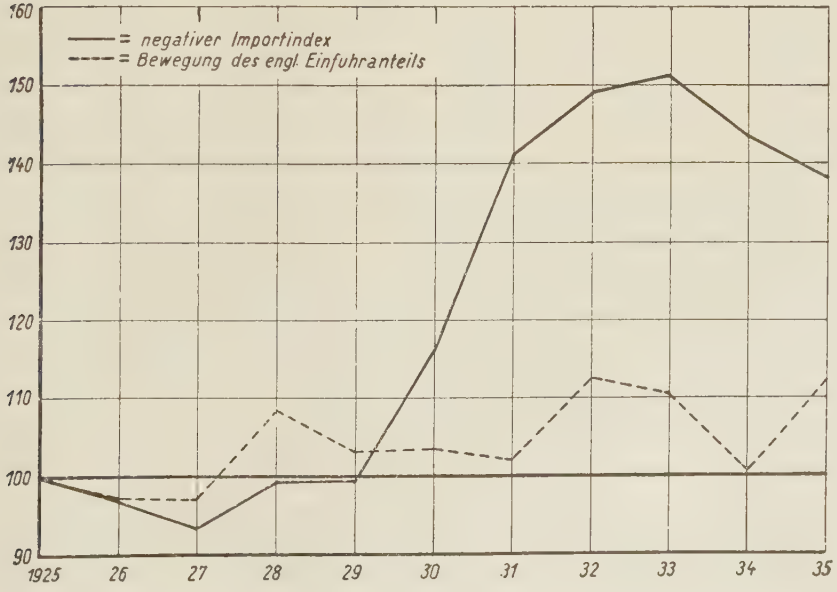
Die relativen Gewinne, die England im Domanial-Empire vom Beginn der Krise bis zum Ausbau der Präferenzpolitik macht, sind größer als die Einfuhrverlagerungen, die das Jahr 1933 mit der Anwendung der neuen Ottawa-Zölle zu bringen vermag. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß während der Depression die Dominien verschiedentlich ihre Zolltarife Revisionen unterzogen haben, bei denen dem Mutterlande erweiterte Zollbegünstigungen zugestanden wurden. Daß die Regelung von Ottawa aber dennoch Vorteile für Großbritannien erzielte, die vom Konjunkturverlauf nicht angegriffen werden können, beweist der Anteil Englands an den Einfuhren der Dominien, der 1935 höher als vor jenen Maßnahmen liegt, obgleich der Import des Domanial-Empire sich 1935 bereits wieder beträchtlich über den Stand des Vor-Ottawa-Jahres gehoben hat. (Unter Domanial-Empire ist das Empire der Dominien und Indien ohne Irland zu verstehen — dagegen ist bei Bild 1—4 Irland in das Domanial-Empire einbegriffen —. Der Einschluß Irlands, in dem der englische Einfuhranteil seit 1931 ständig im Fallen begriffen ist, verursacht eine Ueberhöhung der seit 1934 stattfindenden Abwärtsbewegung des britischen Einfuhrsatzes.)

In den einzelnen Dominien wirken sich die Einflüsse der Krise und des neuerlichen Konjunkturanstieges in sehr verschiedener Weise für den englischen Einfuhranteil aus. In Kanada ist jene Parallelität am stärksten ausgeprägt. In den übrigen Dominien erscheint sie in geringerem Maße; in Indien, wo andere Tendenzen die imperialen Handelsbeziehungen weitaus mehr beeinflussen, gar nicht. Für die Sonderstellung Kanadas ist die im Verhältnis zu den anderen Dominien besonders tief liegende Beteiligung des Mutterlandes an den Produktionsmitteleinfuhren verantwortlich zu machen. Eines kann jedoch bei fast allen Dominien als feststehende Tatsache beobachtet werden: Mit der Wiederbelebung des Importbedarfes sinkt der englische Einfuhranteil durchweg wieder ab. Die einzige Ausnahme bildet Neuseeland. Da aber hier der Anteil des Mutterlandes höher als in den übrigen sich selbst verwaltenden Staaten des britischen Reiches liegt, und sich das Land durch besondere Empire-Treue auszeichnet und zudem das wenigst industrialisierte der eigentlichen Dominien ist, erklärt sich diese Ausnahmestellung leicht,

da sich infolgedessen die Einfuhr von Maschinen und Automobilen gegenüber der der Schwesterstaaten besonders niedrig hält. Doch ergibt sich zum mindesten auch in Neuseeland mit der fortschreitenden Normalisierung der Einfuhren im Jahre 1935 ein Stillstand des englischen Einfuhranteils, der sich seit 1929 ununterbrochen aufwärts bewegte. Von allen Dominien läßt Südafrika am deutlichsten die Ergebnisse von Ottawa erkennen, weil hier die Wirtschaftsbelebung den weitesten Umfang erreicht; 1935 liegen die Einfuhren der Union nur noch um 8,6% unter dem Stande des Hochkonjunkturjahres 1929. Wenn dennoch die Einfuhren aus Großbritannien auf dem südafrikanischen Importmarkt 1935 einen breiteren Raum einnehmen als in jenem Jahre, handelt es sich hier um einen verhältnismäßig „reinen" Ottawa-Gewinn. Damit soll jedoch über die künftige Entwicklung des britischen Verteilungssatzes noch nichts ausgesagt sein. Aller Voraussicht nach wird sich wohl auch hier weiterhin sinkende Tendenz zeigen.

Beim Import des Kolonial-Empire besteht zwischen dem Anteil des Mutterlandes an den Einfuhren und deren konjunkturbedingten Veränderungen kein offensichtlicher Zusammenhang.

Bild 2. Importindex des Kolonial-Empire (ohne Hong-Kong) im Verhältnis zum Anteil Großbritanniens am Import.
1925 = 100.



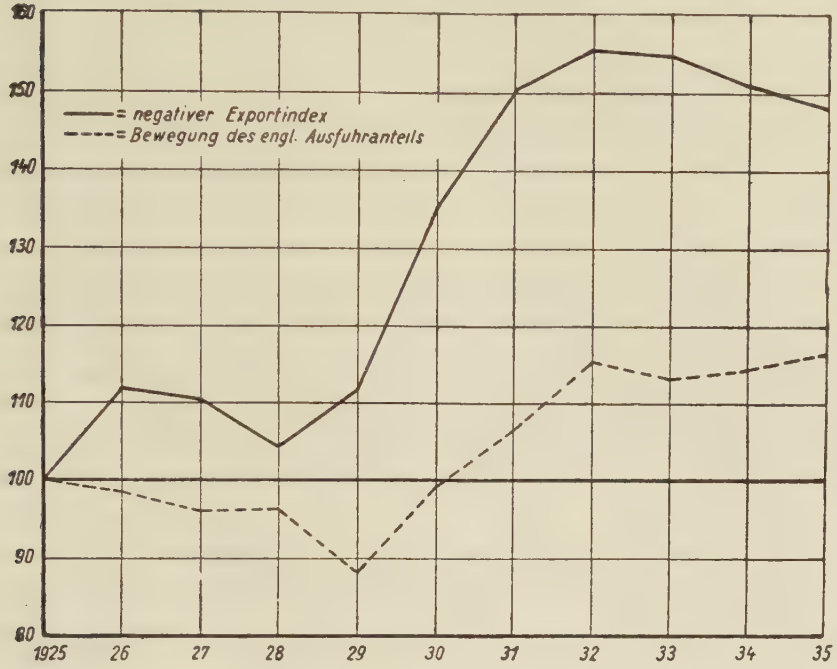
Obgleich festgestellt werden mußte, daß mit zunehmender kapitalistischer Entwicklung der Dominien die englischen Ausfuhr- und Einfuhranteile zu sinken tendieren, ergibt sich andererseits die scheinbar widersprechende Tatsache, daß bei den kapitalistisch noch unentwickelten Kolonien und Protektoraten die Anteilsätze Englands beim Import wie beim Export niedriger liegen als im Domanial-Empire.[60] Irgendwelche Entwicklungstendenzen lassen sich beim britischen Einfuhranteil nicht beobachten. Vielmehr ist er einer stetigen Auf- und Abwärtsbewegung ausgesetzt. Hingegen läßt sich aber eine durchschnittlich größere Stabilität als bei den Importen der Dominien erkennen. Obgleich nunmehr auch die Kolonialgebiete dem Mutterlande im Verlauf der Jahre 1933 und 1934 Vorzugszölle zugestanden haben und zudem im Mai 1934 die Kontingentierung der japanischen Baumwoll- und Kunstseidenzufuhren vorgenommen wurde, lassen sich in den Ergebnissen der Gesamteinfuhren Auswirkungen dieser Präferenzpolitik erst 1935 feststellen.

Auch beim Export der Dominien ist eine starke Korrelation zwischen Empire-Handel und Konjunkturzyklen vorhanden, wenn auch nicht in dem Maße wie bei den Einfuhren. Während in den Jahren 1926—1928 die Ausfuhren des Domanial-Empire eine Ausdehnung erfuhren, senkte sich der englische Exportanteil. In der Krisenperiode der schrumpfenden Außenhandelsumsätze vollzieht sich eine entsprechende Erhöhung des britischen Verteilungssatzes. Die Gründe hierfür sind einmal in der relativ stabilen Lebensmittelnachfrage des Mutterlandes, außerdem in der andauernden Offenhaltung der englischen Zollgrenzen zu suchen, der auf der anderen Seite die verstärkten Abwehrmaßnahmen des Auslandes gegenüberstehen. Hier sei nur die agrarprotektionistische Welle, die mit Einsetzen der Weltwirtschaftskrise ganz Kontinentaleuropa ergreift, erwähnt, oder die einfuhrdrosselnden Wirkungen der amerikanischen Zollerhöhungen. Mit der Exportbelebung seit 1933 wird die Aufwärtsbewegung des britischen Anteiles zunächst zum Stillstand gebracht, ohne daß sie jedoch gleichzeitig von einer ausgesprochen sinkenden Tendenz abgelöst würde. Nach einem Verlust im Jahre 1933 kann sich der englische Satz 1934 und 1935 wieder erholen.

---

60. Mackenroth, s. o. S. 39.

Bild 3. Exportindex des Domanial-Empire im Verhältnis zum Anteil Großbritanniens am Export.
1925 = 100.



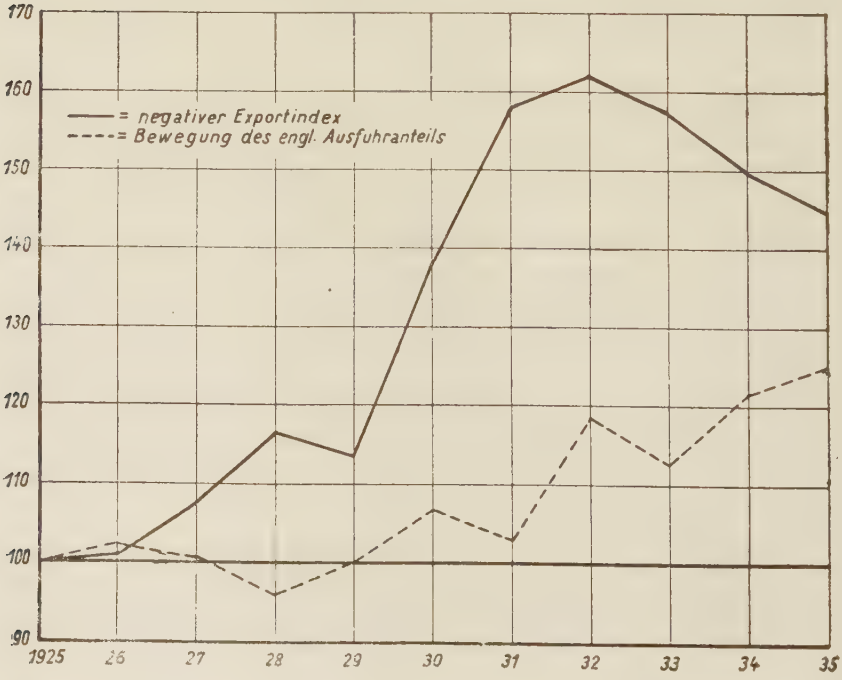
Während bei den Einfuhren mit der Besserung der Wirtschaftslage der imperiale Handel in allen Dominien an Bedeutung einbüßte oder zum mindesten keine weiteren Zunahmen erfuhr, ergibt sich bei den Ausfuhren eine für die einzelnen Dominien uneinheitliche Bewegung. In Südafrika, Kanada und Indien im Jahre 1933/34 sind die Exportsteigerungen vorwiegend durch den verstärkten Absatz in Großbritannien hervorgerufen. In den übrigen Dominien aber und in Indien 1934/35 und 1935/36 läuft die vermehrte Ausfuhrtätigkeit mit einer Senkung des britischen Anteils Hand in Hand. Da die neuerlichen Exportrückschläge in Neuseeland 1935 und in Australien 1934/35 ausschließlich auf Absatzschwierigkeiten in nichtbritischen Ländern zurückzuführen sind, steigt mit ihnen der englische Verteilungssatz wiederum an.

Wenn sich auch die Exportbelebung des Domanial-Empire in relativ engen Grenzen hält, lassen sich doch mit allem Vorbehalt folgende Entwicklungstendenzen aus den Kurven ablesen. Obgleich

sich der Exportindex 1931 und 1935 fast auf der gleichen Höhe befindet, liegt der Anteil Großbritanniens an den domanialen Ausfuhren in dem letztgenannten Jahre wesentlich über dem Niveau des Vor-Ottawa-Jahres 1931. Ottawa hat also eine Verschiebung der Exportverhältnisse hervorgerufen, die sich stärker als die Einflüsse der Konjunktur erweist. Wenn auch anzunehmen ist, daß die weitere Ausdehnung des Exports mit Rückschlägen des britischen Anteils verbunden sein wird — wenn die ehemaligen Goldblockländer ihrerseits an dem Wirtschaftsaufschwung der bisherigen Abwertungsländer teilnehmen werden —, scheint dennoch festzustehen, daß Ottawa einen gleich niederen Stand des englischen Ausfuhranteils verhindern wird, der dem der letzten Hochkonjunkturzeit entspricht. Und zwar wird der Abstand vom Vorkrisenniveau beim Export größer sein als beim domanialen Import, gemäß der Ungleichheit der Zugeständnisse von Dominien und Mutterland in Ottawa.

Ein enger Kausalzusammenhang zwischen den Bewegungen des Exportindex und des Ausfuhranteils Englands besteht wiederum

Bild 4. Exportindex des Kolonial-Empire im Verhältnis zum Anteil Großbritanniens an den Ausfuhren.
1925 = 100.



nicht im Kolonial-Empire. Auch hier sind von Jahr zu Jahr Schwankungen und Richtungsänderungen in der Regel. Doch scheint sich eine gewisse Tendenz einer Steigerung des britischen Verteilungssatzes abzuheben, wobei es vielleicht kein Zufall sein mag, daß sie 1930, in dem Jahre des stärksten Exportrückganges einsetzt. Der zweite starke Anstoß der Aufwärtsbewegung erfolgt im Ottawa-Jahre. Diese Tatsache und die seit 1934 anhaltende Steigerung des englischen Exportanteils lassen die Wirksamkeit der englischen Präferenzpolitik deutlich werden.

Die Ausführungen dieses Abschnittes lassen sich kurz zusammenfassen: Die Anteilsätze des Empire-Handels an dem Geamtaußenhandel der Empire-Länder stehen in enger Wechselbeziehung zu den einzelnen Konjunkturphasen; schrumpfende Außenhandelsumsätze tendieren die Bedeutung des interimperialen Handels zu erhöhen, steigende Import- und Exporttätigkeit dagegen ist mit einer relativen Senkung des Empire-Handels verbunden. Infolgedessen darf eine hohe prozentuale Beteiligung des Empire an den Gesamteinfuhren und -ausfuhren nicht ohne weiteres als günstige Erscheinung, dürfen niedrige oder sinkende Prozentzahlen nicht bedingungslos als „Verluste" aufgefaßt werden. Es zeugt daher von einer gewissen Kurzsichtigkeit, wenn, wie es in der englischen Oeffentlichkeit nur zu häufig geschieht, jeder „gewonnene" Empire-Prozentsatz mit Freude begrüßt, jeder Rückgang als bedenkliches Symptom gewertet wird. Die Untersuchungen über die Entwicklung des Empire-Handels, die von einer Beurteilung der Prozentsätze ausgehen, können nicht den Anspruch erheben, die Bedeutung der tatsächlichen Vorgänge in voller Klarheit zu erfassen. Unter diesem Gesichtspunkte müssen daher auch die Ausführungen des vorhergehenden Abschnittes betrachtet werden. Nur dort liegt ein wirklicher Ausbau des Empire-Handels vor, ein eigentlicher „Ottawa-Gewinn", wo Erhöhungen der Empire-Anteilsätze mit einer Steigerung der Außenhandelsumsätze verbunden sind. Aber daß es nicht einmal steigender Anteilsätze für einen Erfolg Ottawas bedarf, beweisen die englischen Automobil-Ausfuhrergebnisse zur genüge: weder in der Handelsstatistik des Mutterlandes noch in den Statistiken des Uebersee-Empire zeigen sich prozentuale Gewinne. Im Gegenteil fiel der Anteil Englands an den domanialen Autoeinfuhren durchweg stark gegenüber der Vor-Ottawa-Zeit. Und dennoch haben die Präferenzen der englischen Industrie beachtenswerte Ausfuhrsteigerungen ermöglicht. Dagegen sind vielfach sogenannte „Gewinne" von wenig

positivem Wert, da sie noch immer nur vorübergehende Krisenerscheinungen sind.

Der sich seit Besserung der Wirtschaftslage anbahnende Bedeutungsrückgang des imperialen Handels innerhalb der Gesamtaußenwirtschaft des britischen Reiches ist also nicht ohne weiteres als Beleg für einen Mißerfolg der in Ottawa inaugurierten Politik zu betrachten. Sofern das Ziel Ottawas nur Exportförderung und Belebung des Außenhandels der Empire-Länder war, scheint dieses erreicht zu sein. Dagegen erweist sich der Erfolg hinsichtlich einer Großraumintensivierung des britischen Imperiums nur gering. Einmal ist auch gegenwärtig die Vertiefung des Empire-Handels noch immer automatischer Ausdruck des Krisenprozesses, eine konjunkturelle Erscheinung, zum anderen ist sie weiterhin zu einem erheblichen Teile durch die gemeinsame Zugehörigkeit des Empire zum Währungsblock des Pfund Sterling bedingt. Obgleich in der Zeit, in der Ottawa seinen Einfluß auf die Importe des Uebersee-Empire zu nehmen beginnt, die Hauptkonkurrenten Englands, die Vereinigten Staaten und Japan, auch der Front der Abwertungsländer angehören, spielt doch das Währungsmoment des abgewerteten Pfundes für die überseeischen Reichsteile eine bedeutende Rolle, da sich in manchen Dominien die Empire-Präferenzbehandlung auch auf dieses Gebiet erstreckt, insofern, als die Einfuhren aus ausländischen Devalvationsländern mit Dumpingzöllen belegt werden.

Am wenigsten können durch eine Normalisierung der Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse die Ergebnisse von Ottawa bei den Einfuhren des Mutterlandes getroffen werden. Für die Exportwirtschaft Englands ist kaum in nächster Zeit eine Lockerung der Empire-Beziehungen zu erwarten, da die Exportbelebung sich noch immer in sehr engen Grenzen hält. Die Außenhandelsergebnisse der ersten neun Monate des Jahres 1936 weisen sogar auf eine gewisse Stagnation der Ausfuhrtätigkeit hin, die nicht nur auf Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien zurückzuführen ist. Es läßt sich vielmehr vorläufig eine Exportmüdigkeit oder -lässigkeit in England beobachten, die durch die Binnen- und Rüstungskonjunktur und durch eine gewisse Sicherheit des Absatzes im Wirtschaftsblock der Sterlingwährungen zu erklären ist und vielleicht bis zu einem gewissen Grade auf die Ottawa-Politik zurückgeführt werden muß. Bei jeder Form des geschützten Handels ergibt sich als psychologische und sachliche Folge, daß der Güteraustausch sich nach dem Gesetz des geringsten Widerstandes vollzieht. Die Bevorzugung

der „bequemen" Märkte führt zu Verlusten auf den international umkämpften Absatzgebieten. Die Exportinitiative Englands erlahmt somit zu einem Zeitpunkt, an dem der Kampf um die Außenmärkte in den übrigen Industriestaaten mit aller Heftigkeit geführt wird. Die Ottawa-Politik läßt Britannien sich mehr denn je auf den im 19. Jahrhundert zur Zeit der englischen wirtschaftlichen Vormachtstellung berechtigten Standpunkt des „take what we offer" zurückziehen. Die Empire-Handelspolitik birgt also für England schwere Gefahren in sich. Eine fortschreitende Bescheidung auf den Wirtschaftsraum des britischen Reiches kann für die Dauer dem auf seine Exporttätigkeit angewiesenen Lande nicht genügen.

Im Uebersee-Empire ist im Gegensatz zu Großbritannien in den kommenden Jahren eine zunehmende Lösung von den Empire-Bindungen zu erwarten, die aller Wahrscheinlichkeit nach den Beweis erbringen wird, daß der tatsächliche Gewinn Ottawas hier nur verhältnismäßig gering ist.

IV. Die Gefährdung der Handelsbeziehungen des britischen Reiches zum Auslande.

Eine Handelspolitik des britischen Imperiums, die auf Diskrimination der Auslandsimporte basiert, muß naturgemäß bei der weltwirtschaftlichen Verflechtung des Empire, das weitgehend auf Auslandsabsatz angewiesen ist, zu schweren Konflikten führen. Durch die englischen Lebensmittelzölle von Ottawa werden Einfuhren aus Ländern betroffen, die zugleich für die britische Exportindustrie äußerst wichtige Abnehmer sind. Die Ottawa-Politik kann daher auf die Dauer nicht ohne gewisse Folgen für die Ausfuhrtätigkeit Großbritanniens nach diesen Ländern bleiben. Wenn sich bisher auch diese Gefahren noch nicht zahlenmäßig in den englischen Exportergebnissen niedergeschlagen haben, ist doch deren Latenz nicht zu leugnen.

Nur dem Umstande, daß England mit seinen wichtigsten Lebensmittellieferanten, Dänemark und Argentinien, eine stark passive Warenbilanz hat, ist es zu verdanken, daß diese Länder ihm in den 1933 abgeschlossenen Handelsverträgen außerordentlich weitgehende Zugeständnisse einräumten, und daß infolgedessen die englischen Exporte auf jenen Märkten, besonders aber in Dänemark, gute Fortschritte machen konnten; besitzt doch Großbritannien durch

diese Stellung ein wirksames Verhandlungs- und Druckmittel, welches es ihm ermöglicht, immer mehr auf eine Politik des Ausgleichs der Bezüge und Ausfuhren zu drängen. Jedoch besteht bei einer Politik, die diese Ziele verfolgt, die Gefahr, daß primär durch die Drosselung der Importe die Kaufkraft auf dem Absatzmarkt geschwächt wird. Die Exportlandwirtschaft Dänemarks ist fast gänzlich auf die Lieferungen nach England angewiesen. Die Bevorzugung der Empire-Produkte in Großbritannien, die ständigen Kürzungen der Bacon-Kontingente, die seit 1929 stetig sinkenden Ausfuhren nach dem Vereinigten Königreiche können nicht ohne Rückschläge auf die dänische Aufnahmefähigkeit für englische Industrieprodukte bleiben. Bisher zwar steigen noch die Importe aus Großbritannien, da einmal die Wirtschaft Dänemarks sich in einem der Devalvation zuzuschreibenden Gesundungsprozesse befindet, zum anderen aber der dänische Import infolge der Bezugsgarantien und Abnahmeverpflichtungen des anglo-dänischen Handelsvertrages eine ausgesprochene Reorientierung zugunsten Britanniens erfahren hat. Durch die verstärkte Bevorzugung der englischen Importwaren gerät Dänemark in eine äußerst schwierige Situation. Es ist gerade durch die Absatzschwierigkeiten auf dem englischen Markt immer mehr auf nichtbritische Käufer angewiesen und darf diese daher nicht noch durch weitere Importkürzungen vor den Kopf stoßen. Dessenungeachtet hat England dank seiner starken Stellung als Verhandlungspartner in dem Ergänzungsabkommen des 1933 abgeschlossenen und im Juni 1936 abgelaufenen Handelsvertrages — die Verlängerung ist auf ein Jahr vorgesehen — weitere Zugeständnisse in Form von zusätzlichen Valutazuteilungen durchdrücken können.[61] Einen Monat später beantwortet England diese dänische Aktion mit einer neuerlichen substantiierten Herabsetzung des Bacon-Kontingents.[62] Dabei lieferte Dänemark 1935 nur noch etwa die Hälfte der Bacon-Mengen von 1932. Ob sich auf die Dauer die Vorzugsbehandlung der englischen Industrieprodukte seitens Dänemarks noch weiterhin in realen Ausfuhrsteigerungen Englands äußern können wird, scheint angesichts dieser letzten Ereignisse fraglich. Doch ist es nicht nur die Ottawa-Politik, die eine Gefährdung für die britische Exportindustrie heraufbeschwört, sondern zu einem wesentlichen Grade auch der innerenglische Agrarprotektionismus. Die Mengen-

61. Wirtschaftsdienst, 26. Juni 1936.

62. Frankfurter Zeitung, 28. Juli 1936.

regulierung für Bacon insbesondere erfolgt im Interesse der heimischen Landwirtschaft, und die erneute Herabsetzung des Kontingents vom Juli 1936 findet ihre Ursache darin, daß nach der neuesten Zählung der Schweinebestände die britische Landwirtschaft selbst in der Lage sein soll, die ausgleichende Menge zu liefern. Daß aber auch die Bacon-Exporte durch die Empire-Präferenz empfindlich getroffen werden, bestätigt die teilweise Verdrängung Dänemarks durch Kanada auf dem englischen Importmarkt.

Auch in Argentinien setzt England durch seine Empire-Handelspolitik wichtige Interessen aufs Spiel. Die Regelungen auf dem Fleischmarkt, die auf eine entschiedene Begünstigung der Empire-Produkte hinauslaufen, bedeuten für den südamerikanischen Staat einen schweren Schlag. Die Kürzungen der Kühlfleischeinfuhren aus Argentinien, die den größten Posten der gesamten argentinischen Fleischausfuhren nach England ausmachen, ist um so schmerzhafter für das Land, als die Kühlfleischexportindustrie nur auf den einzigen Abnehmer England ausgerichtet ist und diese Ausfuhren allein durchschnittlich 10% der gesamten argentinischen Exporte darstellen. Die Kaufkraft Argentiniens ist daher außerordentlich abhängig von seinen Fleischexporten nach Großbritannien, und die neuerdings ins Auge gefaßten Zollmaßnahmen Englands und die beabsichtigten Kürzungen der argentinischen Fleischzufuhren dürften zweifellos eine schwere Beeinträchtigung der britischen Ausfuhrtätigkeit nach Argentinien zu bedeuten haben. Aber nicht nur die Exportinteressen in Argentinien sind durch die englische Empire- ud Argrarpolitik gefährdet, sondern auch die Stellung Englands als Investor großer Kapitalien in jenem Lande ist aufs Spiel gesetzt. In dem „Roca-Abkommen" von 1933 war England eine Art Vorzugsbehandlung für den argentinischen Zinsendienst zugestanden worden, wobei jener in engen Zusammenhang mit den argentinischen Ausfuhren nach Großbritannien gebracht wurde. Alle aus den Exporten nach England anfallenden Devisen (abzüglich eines angemessenen Betrages zur Bedienung für die anderweitigen Auslandsschulden) wurden zur Erfüllung der laufenden Verpflichtungen an die englischen Gläubiger bereitgestellt. Bei Einfuhren dagegen, die dieses Vorzugsrecht nicht genießen, haben die Importeure im allgemeinen einen zwanzigprozentigen Zuschlag auf die Fremdwährungen zu entrichten. Nur diesem Umstande ist es wohl zu verdanken, daß Japan nicht den gesamten argentinischen Textilmarkt beherrscht. Dadurch ist es in der Lage, nur in den billigsten Textilsorten mit Großbritannien zu

konkurrieren. Es scheint unvermeidlich, daß Argentinien, das im Handel mit England eine außerordentlich aktive Handelsbilanz aufzuweisen hat, in dem das „Roca-Abkommen" zu ersetzenden Handelsvertrage trotz Beeinträchtigung seiner Fleischexporte nach Großbritannien dessen wesentlichste Forderungen hinsichtlich des Zinsendienstes anerkennen müssen wird.

In der öffentlichen Meinung Englands werden bisweilen Stimmen laut,[63] die hervorheben, daß in Australien, dem Hauptkonkurrenten Argentiniens, mehr und wichtigere Kapitalinteressen auf dem Spiele stünden als in Argentinien. Eine liberale Politik gegenüber Argentinien könnte also infolgedessen eine Gefährdung der englischen Gläubigerstellung bedeuten. 1935 seien, soweit statistische Angaben erhältlich, 446 Millionen englischen Kapitals in argentinischen Regierungspapieren, Eisenbahnen und Privatunternehmungen angelegt, von denen 1935 204 Millionen keine Zinsen erbracht hätten. In Australien dagegen, wo sich nur die öffentlichen Schulden an England feststellen lassen, die jedoch den Hauptteil der englischen Kapitalanlagen in dem Dominion ausmachen dürften, betrüge die englische Investition 485 Millionen Pfund, bei denen bisher der Zinsendienst stets voll aufrecht erhalten sei trotz der mit England passiven Warenbilanz. Ohne Zweifel erscheint eine derartige Argumentation zunächst recht überzeugend. Doch sie übersieht wirtschaftliche Gegebenheiten: Australien, dessen Währungsverhältnisse keinerlei Devisenbeschränkungen kennt, ist, solange seine Gesamtwarenbilanz aktiv bleibt, zur Bedienung seiner laufenden Kapitalverpflichtungen nicht ausschließlich von den Exporten nach dem Mutterlande abhängig. In Argentinien hingegen ist bei dessen prekärer Devisenlage die Abhängigkeit von Zinsendienst und Exporten nach Großbritannien vorläufig noch unbedingt erforderlich.

Bedeutet somit die britische Empire-Politik die Gefährdung wichtiger Handels- und Kapitalinteressen Englands — Dänemark und Argentinien sind in keiner Weise die einzigen Beispiele für die Problematik, es sind nur die typischen —, hat sich Großbritannien andererseits den Weg zum weiteren Ausbau der Ottawa-Politik in vielen noch durchaus ausbaufähigen Stellen verschließen müssen. In den Handelsverträgen, die das Vereinigte Königreich seit Abschluß der Ottawa-Abkommen mit einer Reihe von Staaten eingegangen ist, hat es verschiedentlich Verpflichtungen zur Bindung von Zöllen auf

63. Siehe den Brief von C. L. Baillieu an die „Times", 19. Juni 1936.

sich nehmen müssen, die verhindern, daß gewisse Zölle erhöht, andere neu eingeführt werden. Ferner sind den Vertragspartnern bei verschiedenen wichtigen Empire-Ausfuhrprodukten, bei denen Großbritannien zum Schutze der heimischen Landwirtschaft Marktregulierungen vornimmt, ganz erhebliche Mindestquoten zugesichert worden, die für einen Ausbau der Ottawa-Politik nicht viel Raum lassen. Hiervon werden besonders die für die Dominien so wichtigen Ausfuhrpositionen Speck, Schinken, Butter, Eier betroffen. Wenn auch diese Handelsverträge, beziehungsweise die 1936 verlängerten Abkommen, sämtlich vor der Neuregelung der wirtschaftlichen Empire-Beziehungen 1937 ablaufen, scheint es doch im höchsten Grade unsicher, daß England aus Gründen der Empire-Politik jene Handelspartner — es sind dies vor allem die skandinavischen und baltischen Staaten — durch noch weitergehendere Diskriminierung brüskieren wird. Jene räumten nämlich Großbritannien in den erwähnten Handelsverträgen ausgedehnte Zugeständnisse ein, teils in Form von Zollnachlässen und Zollbindungen, teils in Bezugsgarantien, die hauptsächlich die englischen Kohlenexporte, im Falle Dänemarks auch die Eisen- und Stahlwarenausfuhren betreffen. Auf diese kann Großbritannien seinerseits nicht Verzicht leisten. Obgleich das Uebersee-Empire in der Lage sein könnte, den englischen Lebensmittelbedarf voll zu decken, ist eine Empire-Autarkie auf diesem Gebiete nicht möglich, da die englische Exportindustrie die Kosten zu tragen hätte, eine Entwicklung, die sämtlichen englischen Interessen und Bestrebungen zuwider laufen muß. Das Mutterland kann daher nicht allen Forderungen der Dominien, die auf Ausschaltung der Genußmittelzufuhren aus dem Auslande hinauslaufen, gerecht werden.

Ebenso wie England durch eine zu weitgehende Empire-Handelspolitik in Konflikte mit dem Auslande gerät, ergeben sich für das Uebersee-Empire durch eine auf die Spitze getriebene Abschließung gegen das Ausland schwerwiegende Probleme. Neuseeland bildet vielleicht die einzige Ausnahme; da seine Exporte fast ausschließlich nach dem Empire gehen, kann es sich eine diskriminierende Empire-Politik wohl leisten, ohne dabei größere Rückschläge für seine Ausfuhren fürchten zu müssen. Es ist daher verständlich, daß Neuseeland ein Vorbild der Empire-Treue darstellt. Bedeutet diese für das Dominion doch kein wirtschaftliches Risiko. Die Problematik der Präferenzpolitik zeigt sich dagegen mit aller Schärfe in Australien. Schon die Ottawa-Verträge mit ihrer verstärkten Präferenzbehand-

lung für die Importe aus England bedeuteten für Japan und die Vereinigten Staaten eine schwere Benachteiligung, die aber von jenen Ländern ohne Erwiderung hingenommen wurde. Die neueste handelspolitische Schwenkung Australiens zu Empire hingegen stieß auf heftigen Protest seitens Japan und der Vereinigten Staaten. Die australische Regierung hat sich im Mai 1936 zu einer Erhöhung der Einfuhrzölle und zur Einführung von Importlizenzen entschlossen. Der Zweck dieser Maßnahmen ist, denjenigen Ländern, die gute Kunden der australischen Rohstoffproduzenten sind, einen größeren Teil am australischen Markt einzuräumen und den bisher „übergroßen" Anteil von Ländern, die ihrerseits Australien nur wenig abkaufen, zu beschränken. Praktisch sollen diese Maßregeln bedeuten, den englischen Einfuhren den Zugang zum australischen Markt zu erleichtern, während ein Teil der amerikanischen und japanischen Waren ausgeschlossen wird. Die Kosten der australischen Empire-Treue müssen vor allem die Vereinigten Staaten tragen. Was diesen genommen wird, will Australien zum Teil Japan, seinem zweitbesten Kunden, durch die Tarifnovelle zuschieben. Dieses muß aber seinerseits einen beträchtlichen Teil seiner Lieferungen an England abtreten. Durch die neuen Zölle und Einfuhrlizenzen sollen etwa eine Million Pfund der Textileinfuhren von Japan auf Großbritannien verlagert werden. Ferner ist vor allem die amerikanische Automobileinfuhr betroffen, die auf den Lieferwert von 1934/35 beschränkt und mit einem neuen spezifischen Zoll belegt wird. Im ganzen werden durch die Tarifnovelle Einfuhrwaren im Werte von 2299 Tausend Pfund verlagert, und zwar fallen 854 Tausend Pfund durch Schutzzölle heimischen Industrien, 1310 Tausend Pfund dem Mutterlande und 135 Tausend Pfund solchen Ländern zu, die sich als gute Kunden Australiens erwiesen.[64] Diese klare Schwenkung Australiens zum Mutterlande erfolgte in der Erkenntnis, daß Ottawa, obgleich es zweifellos beiden Ländern genützt hat, bei der unerhörten japanischen Konkurrenz nicht mehr zur Erhaltung der beiderseitigen Position ausreicht. Zugleich versucht das Dominion, durch den neuerlichen Beweis seiner Empire-Treue England für die in nächster Zukunft zu erörternden Butter- und Fleischausfuhren nach Großbritannien günstig zu stimmen. Wenn auch die neue Empire-Handelspolitik Australiens diesem in England gewisse Vorteile zu bringen vermag, bedeutet sie andererseits eine schwere Gefährdung der

64. The Times, 23. Mai 1936.

weltwirtschaftlichen Stellung des Dominions, da unverzüglich von den durch die neuen Lizenzen und Zölle getroffenen Lieferländern scharfe Gegenmaßnahmen unternommen wurden. Die amerikanische Regierung hat Australien die Handelspräferenzen, die es bisher unter dem australisch-amerikanischen Gegenseitigkeitsvertrag genaß, entzogen. Wenn auch der Verlust dieser Vergünstigungen für Australien wenig bedeutungsvoll ist, da nur eine kleine Anzahl minder wichtiger Ausfuhrpositionen hierdurch betroffen wird, kann Australien diesen Vergeltungsmaßnahmen gegenüber nicht unempfindlich bleiben. Von verhängnisvollerem Einflusse jedoch werden sich die Gegenmaßnahmen Japans auf die australische Handelspolitik für die Ausfuhren des Commonwealth erweisen. Japan reagierte auf die australischen Zölle und Lizenzen mit einem Mehleinfuhrverbot und einem Lizenzzwang für Weizenimporte, denen sich auch Manchukuo anschloß. Ferner hat Japan die Einfuhr von australischem Rindfleisch, Häuten, Talg, kondensierter Milch und Kasein mit zusätzlichen Kampfzöllen von 50% belegt. Des weiteren beschränkte es sich nicht nur darauf, demonstrativ den Wollauktionen 1936 in Melbourne fernzubleiben — angeblich will es seine Wolleinkäufe aus Australien um zwei Drittel vermindern —,[65] sondern es hat gleichzeitig die ersten Verhandlungen und Käufe in Südafrika eingeleitet. Mit Südafrika wird bereits über den Abschluß eines Handelsvertrages beraten, der Japan die Möglichkeit eines sehr großen Wollbezuges aus der Union bieten soll. Südafrika erklärte sich schon bereit, seinen Schafbestand für die Bedürfnisse Japans zu erhöhen.[66] Desgleichen behauptet Japan, es könne einen sehr erheblichen Teil seiner Wolleinfuhren von Australien nach Argentinien verlegen. Doch hat sich der japanische Boykott der australischen Wollversteigerungen als wenig wirksam erwiesen. Die Wollpreise bei den Auktionen der Saison 1936 haben trotz Fehlens der japanischen Nachfrage keinerlei Rückschläge erlitten. Andererseits hat Japan zwar die benötigten Mengen, nicht aber die gewohnten Qualitäten aus anderen Ländern beziehen können und auch nur zu Preisen, die 30% über den australischen liegen.[66] In Australien wird eher eine groß angelegte Herstellung von Wollersatzstoffen seitens Japan gefürchtet, die die australischen Produzenten äußerst empfindlich treffen würde, da sie sich auch verhängnisvoll auf die australische Preisbil-

65. Wirtschaftsdienst, 3. Juli 1936.

66. Frankfurter Zeitung, 12. November 1936.

dung auswirken müßte. Auch für die australischen Weizenausfuhren liegen 1936 die Absatzverhältnisse so günstig, daß durch den Ausfall Japans keine Absatzschwierigkeiten zu entstehen brauchen.

Da Japan nach dem Mutterlande der nächstbeste Kunde Australiens ist, wird dieses auf die Dauer schwerlich gegenüber den australischen Kampfmitteln indifferent bleiben können. Wenn sich der australische Ministerpräsident Lyons in einer Rundfunkrede[67] dahin äußerte, daß man den Kampf mit Japan, das das Dominion zwingen wolle, die Präferenzen im britischen Reiche aufzugeben und eine Handelspolitik nach japanischen Wünschen zu machen, bestehen werde, deutet doch alles darauf hin, daß Australien nicht imstande sein wird, diesen Zustand des Handelskrieges lange durchzuhalten, zumal es 1934/35 nach Japan viermal soviel ausführte als es von dort an Waren bezog. Die Kosten des Kampfes lasten letzten Endes doch am gewichtigsten auf der australischen Exportwirtschaft. Es ist daher kaum zu vermeiden, daß Australien von seinem Empire-Protektionismus einen gewissen Rückzug antreten müssen wird. Japan, das im Hinblick auf einen Handelsvertrag eine ungleich stärkere Position inne hat dank seines im Handelsverkehr mit Australien sehr erheblichen Passivsoldos, kann billigermaßen auf dessen Ausgleich oder Herabsetzung drängen. Verhandlungen über die Beilegung des Streites wurden alsbald aufgenommen, doch haben sie bisher noch zu keiner Einigung geführt. Die von japanischer Seite mitgeteilten Vorschläge wurden vom Bundeskabinett am 15. September 1936 abgelehnt.[68]

Bei den anderen Dominien wurde die Problematik, die sich aus der Empire-Handelspolitik ergibt, nirgends so stark akut wie in Australien. Doch besteht sie naturgemäß in sämtlichen Teilen des britischen Imperiums. Auch für Indien ist Japan nach England der wichtigste Abnehmer seiner Produkte. Infolgedessen kann es sich eine Brüskierung Japans durch allzu scharfe Diskriminierung nicht leisten, zumal die Baumwolleinfuhren aus Japan, bei dem die Konkurrenz mit den entsprechenden englischen Fabrikaten am stärksten ist, eng mit der Ausfuhr indischer Rohbaumwolle verbunden ist. Im Gegensatz dazu steht die Einfuhr englischer Baumwollprodukte nur in äußerst losem Zusammenhange mit den englischen Rohbaumwollbezügen aus Indien. Da die Baumwollexporte nach Japan den größ-

67. Basler Nachrichten, 30. Juni 1936.
68. Eildienst, 3. Oktober 1936.

ten Einzelposten der indischen Ausfuhren insgesamt ausmachen, kann es Indien ohne Gefährdung seiner Exportwirtschaft nicht dulden, sich im Interesse der Empire-Politik übermäßig gegen die japanischen Einfuhren abzuschließen. Es scheint sogar, daß Indien angesichts der überragenden Rolle, die die Rohbaumwollausfuhren für das Land spielen, einer Verstärkung des indo-japanischen Warenaustausches, die einer gewissen Loslösung vom Mutterlande gleich käme, nicht abgeneigt ist. Von den Besprechungen, die zwischen Indien und Japan zwecks Verlängerung der im Januar 1937 ablaufenden Vereinbarung über die beiderseitigen Baumwollexporte in Simla im Juli 1936[69] ihren Anfang genommen haben, verlautet, daß Japan eine Erhöhung seiner Baumwollfabrikatlieferungen um 50% fordere, was dem indischen Wunsche nach Ausdehnung seiner Rohbaumwollausfuhren entgegenkäme. Auch in Indien scheint also die Möglichkeit zu einem Ausbau der Ottawa-Politik aus wirtschaftlichen Gegebenheiten, der Abhängigkeit vom Auslande, nicht vorhanden zu sein. Steht es doch auch hier in der Macht Japans, durch den Druck eine Verlagerung seiner Einfuhren aus Indien dieses zu Zugeständnissen zu bewegen.

Bei Kanadas enger wirtschaftlicher Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten ist es natürlich, daß eine vollständige oder auch nur vorwiegende Orientierung des kanadischen Außenhandels nach dem Empire nicht in Frage kommen kann, bleibt doch USA trotz Ottawa ein fast noch ebenso wichtiger Abnehmer kanadischer Produkte wie das Mutterland. Eine Abschließung gegenüber amerikanischen Fertigfabrikaten würde sich daher verhängnisvoll für die kanadische Außenwirtschaft auswirken müssen. Der Handelsvertrag zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, dessen Ziel die Vertiefung des interkontinentalen Handels ist, weist deutlich darauf hin, daß die kanadischen Interessen nicht allein nach dem Empire ausgerichtet sein können. Wenn auch das Abkommen von 1935 vorwiegend politisch durch den Wahlsieg der liberalen Partei in Kanada bedingt ist — die Liberalen hatten schon von jeher scharfe Kritik an der Ottawa-Politik geübt —, zwingen doch die Kapitalinteressen in Kanada zu einer über das britische Imperium hinausgehenden Handelspolitik. Die amerikanischen Investitionen in dem Dominion sind nämlich fast doppelt so hoch wie die englischen Kapitalanlagen. Die Ein-

69. Frankfurter Zeitung, 29. Juli 1936.

fuhren aus England sollen gemäß den offiziellen Verlautbarungen durch das Abkommen mit den Vereinigten Staaten nicht berührt werden, da künftig nur meist spezifisch amerikanische Produkte besondere Präferenzen genießen. Aber die im Vertrage niedergelegte bedingungslose Meistbegünstigung, die die Anwendung des Mitteltarifes auf die Importe aus USA bedeutet, weist auf einen verstärkten Warenbezug aus dem Nachbarlande hin, der sich zwar hauptsächlich auf die Wirtschaftsbeziehungen mit den kontinental-europäischen Länder auswirken, aber zweifellos nicht ohne Einfluß auf die Zufuhren aus England sein wird. Daß die gesamte ökonomische Struktur Kanadas auf eine wirtschaftliche Kooperation mit den Vereinigten Staaten hindrängt, ergibt sich aus der Wiederbelebung der kanadischen Industriewirtschaft, die ihren stärksten Antrieb vom amerikanischen Wirtschaftsaufschwung erhielt. Ein einseitiger Ausbau der Empire-Wirtschaft würde daher den kanadischen Interessen in stärkstem Maße zuwider laufen.

Südafrika, das als einziges Uebersee-Dominion mit dem Mutterlande eine stark passive Warenbilanz hat, ist naturgemäß an einem Ausbau der Empire-Wirtschaftsbeziehungen, sofern er verstärkten Warenbezug aus Großbritannien zu bedeuten hat, nur wenig interessiert. Viele kontinental-europäische Konkurrenten Englands sind nämlich gute Kunden der Union; es darf nicht riskieren, diese zu verlieren. Die Ausfuhren nach dem Auslande gewannen trotz Ottawa immer mehr an Bedeutung und erholten sich rascher als die nach dem Mutterlande. Bei der engen Verkuppelung der Importe und Exporte von und nach Deutschland durch den Handel auf Clearing-Wegen gefährdet Südafrika durch eine Diskrimination gegenüber deutschen Einfuhren, die vielfach mit englischen Produkten scharf um den südafrikanischen Markt konkurrieren, bedeutende Exportinteresse. Auch die sich steigernden Wollausfuhren nach Japan lassen erkennen, daß der Union wenig an einer exklusiven Empire-Handelspolitik gelegen sein kann. Es wird vielmehr der Wunsch nach einer Verstärkung des Warenaustausches mit den Vereinigten Staaten laut und ein Handelsvertrag nach dem Beispiele Kanadas ist gefordert.[70]

Die Ottawa-Politik bedeutet also für alle Teile des britischen Reiches eine gewisse Gefährdung ihrer Handelsbeziehungen mit dem Auslande, wenn auch bisher nur in Australien diese mögliche Ent-

70. „South Africa", 15. August 1936.

wicklung Gestalt nahm. Ein Ausbau dieser Politik würde daher von allen Seiten auf Schwierigkeiten stoßen. Eine Empire-Autarkie oder nur ein weitgehender Rückzug von den weltwirtschaftlichen Verflechtungen der einzelnen Teile des Imperiums hätte die Verletzung wichtiger ökonomischer Interessen zur Folge, ganz abgesehen davon, daß bei der heutigen Gestalt des britischen Reiches die politischen Voraussetzungen, Zentralgewalt oder zumindest ein Zentralwille, nicht gegeben sind. Obgleich unter Umständen die wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Gesamtempire-Autarkie vorhanden wären, ist trotz der Vertiefung des interimperialen Handels in der Folge von Ottawa der Weg zu diesem Ziele noch derart weit — nur etwa 31% des Gesamthandels des Empire vollzieht sich 1935 zwischen den einzelnen Reichsteilen —,[71] daß eine exklusive Empire-Großraumwirtschaft als im höchsten Grade unwirtschaftlich angesehen werden muß und auch infolgedessen der „Idee" des Empire wenig zuträglich wäre.

V. Die Interessengegensätze innerhalb des Empire.

Während die Reibungen, die sich aus den Handelsbeziehungen der einzelnen Empire-Teile zum Auslande ergeben, mehr potentiell sind, die sich bei einem Ausbau der Ottawa-Politik einstellen würden, spitzen sich bereits jetzt Interessengegensätze, die eine Bedrohung der 1932 inaugurierten Politik bedeuten, innerhalb des Empire selbst zu. Stellt Ottawa zu einem erheblichen Teile den Versuch dar, durch den Rückzug aus der Gefahrenzone der Weltwirtschaft und durch die Beschränkung auf den Wirtschaftsraum des Empire, die Krise zu überwinden, läßt sich nicht verkennen, daß auch innerhalb dieser Grenzen dieselbe Problematik auftaucht, die auch wesentlich zum Zusammenbruch des internationalen Handels beitrug: einmal die Entwicklung der nationalen Verarbeitungsindustrien in den Ueberseeländern, welche sich mit Hilfe von Zollmauern gegen die Einfuhr von Fertigfabrikaten abschließen, zum anderen die als Reaktion auf die Depression einsetzenden Autarkiebestrebungen des Industriestaates, die sich in Form eines gesteigerten Agrarprotektionismus äußern. Die gestiegenen oder steigenden Anteilsätze der Empire-Länder am Außenhandel der einzelnen Reichsteile können

71. Statistical Abstract for the British Empire.

nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der interimperiale Warenaustausch durch diese Entwicklung bestimmt wird und sich in einem Umwandlungsprozesse befindet, dem eine gewisse Tendenz der Auflockerung des Empire-Handels entspricht.

1. Der englische Agrarprotektionismus.

Durch die Weltwirtschaftskrise mit ihrem verhängnisvollen Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte wurden die europäischen Agrarproduzenten, deren Gestehungskosten weit über denen der Ueberseeländer liegen, besonders schwer getroffen. So setzte mit Beginn der Depression überall auf dem Kontinent schlagartig eine Welle des landwirtschaftlichen Protektionismus ein. Mit der Wandlung der englischen Handelspolitik dringen auch in die englische Wirtschaft die Prinzipien einer planmäßigen Agrarpolitik ein, die die Form von „Vereinbarungen organisierter Interessen unter mehr oder weniger staatlicher Kontrolle und Leitung“[72] annehmen, deren Aufgabe die Regulierung des Binnen- und Außenmarktes ist. Da Ottawa die Möglichkeit eines Agrarschutzes durch allgemeine Zollmauern ausschließt, beschränkt sich der englische Agrarprotektionismus zunächst auf Importregulierungen, denen auf der anderen Seite die Förderung der heimischen Produktion gegenübersteht. Wurden diese Maßnahmen zunächst als spontane Hilfeleistung für die durch die Krise bedrängte Landwirtschaft eingesetzt, treten später weitere Motive hinzu. Wie in den übrigen europäischen Industrieländern macht sich auch in Großbritannien eine Wandlung in der gesamten Einstellung zur Landwirtschaft geltend. Die einseitige Ausbildung und Förderung der Industriewirtschaft wird nunmehr als ein für die Volkswirtschaft und den sozialen Aufbau der Nation ungesunder Zustand angesehen; die durch die Abhängigkeit vom Außenhandel bedingte Krisenempfindlichkeit der Nationalwirtschaft soll ferner durch die Entwicklung der heimischen Lebensmittelerzeugung vermindert werden. Zum anderen lassen auch in England wehrwirtschaftliche Ueberlegungen die Regierungsstellen für eine fördernde Agrarpolitik eintreten.

Das System der englischen Importregulierungen erstreckt sich auf die wichtigsten Lebensmitteleinfuhren, bei denen in den einzelnen Fällen der Binnenmarktproduktion noch staatliche Zuschüsse und

---

72. Mackenroth, s. o. S. 87.

Subventionen gewährt werden. Hier sollen die landwirtschaftlichen Produktionsmaßnahmen nur soweit behandelt werden, als sie den imperialen Handel berühren.[73]

Die Marktregulierung für Weizen, die für die heimische Landwirtschaft von hervorragender Bedeutung ist, betrifft die imperialen Handelsbeziehungen kaum, da die englische Eigenproduktion sich im Verhältnis zur Bedarfslage auch weiterhin in äußerst geringen Grenzen hält und die Einfuhrmengen noch nicht sichtlich zu beeinflussen vermochte. Es handelt sich daher bei dem Schutze der Getreidewirtschaft um eine reine Form der Subsidiierung, der keinerlei Mengenbeschränkungen des Imports entsprechen. Auch ist in dem „Wheat Act" von 1932 vorgesehen, die durch die Subsidiierung hervorgerufene Ausdehnung der Weizenproduktion in gewissen Schranken zu halten, um eine allzu ungesunde Entwicklung zu vermeiden und die Staatsfinanzen vor allzu großer Belastung zu bewahren.

Dagegen ist die Marktregulierung für Milch und Molkereiprodukte für das Uebersee-Empire von wesentlich größerem Interesse, da sie zu einer beträchtlichen Hebung der Inlandsproduktion führte. Die Festsetzung eines garantierten Mindestpreises für Frischmilch und die Uebernahme der auf dem Markte nicht abgesetzten Milch durch den „Milk Marketing Board", die als Ueberschußmilch zu einem bedeutend niedrigerem Preise der Weiterverarbeitung zugeleitet wird, hat zu einem beständig anwachsenden und in seiner Höhe geradezu beunruhigenden Angebot geführt, das, da die Aufnahmefähigkeit für Frischmilch infolge der Preispolitik des „Milk Marketing Boards" eine gewisse Unelastizität aufweist,[74] der Erzeugung von Molkereiprodukten zugute kommt. Während eine Hebung der Frischmilcherzeugung und des Verbrauchs von Frischmilch mit den Interessen der Dominien in keiner Weise kollidiert, können jene Länder gegenüber einer ausgedehnten Milchverarbeitung im Mutterlande nicht indifferent bleiben. Der Versuch einer Marktsicherung für die heimische Produktion wurde durch die Restriktion der Auslandsimporte in Form von freiwilligen Vereinbarungen mit den Auslandslieferanten verarbeiteter Milchprodukte unternommen. 1935 wurden

---

73. Einen sehr ausführlichen Ueberblick über die verschiedenen Marktregulierungen in Großbritannien geben Mackenroth und Krebs, S. 203 ff. Ferner: Report on Agricultural Marketing Schemes für the year 1935 Cmd. 5284.

74. s. das Diagramm des Economist, 3. Oktober 1936 in: Three years of Milk „Marketing".

jene Einfuhren auf etwa 30—40% des Basisjahres (Juni 1932—Mai 1933) beschränkt.[75] Da jedoch die Auslandszufuhren in zunehmendem Maße durch Domanialerzeugnisse verdrängt werden, kann durch diese Regelung der heimischen Produktion kein wirksamer Schutz verliehen werden. Das Problem besteht vor allem darin, das zollfrei hereinströmende Empire-Angebot zurückzuhalten. Eine Quotenregelung der domanialen Einfuhren von Butter und Käse war jedoch durch die Ottawa-Verträge bis zum November 1935 ausgeschlossen. Seitens Großbritannien wurden auch mit den Dominien Vereinbarungen angestrebt, die eine freiwillige Beschränkung der domanialen Ausfuhren um 10% zum Inhalt haben sollte, wobei England die Zusage abzugeben bereit war, eine entsprechende Kürzung der Auslandskontingente vorzunehmen. Die Dominien, die mit Nachdruck Förderung ihres Exporthandels auf diesem Gebiete fordern, haben, selbst auf die Aussicht hin, einen größeren prozentualen Anteil bei den englischen Einfuhren erlangen zu können, diese Kontingentswünsche des Mutterlandes abgelehnt. Unter diesen Umständen fallen die Kosten des Binnenmarktschutzes zu einem erheblichen Teile auf die Staatskasse, während gleichzeitig die Konsumenten von Frischmilch für die Kosten der zu niedrigerem Preise weitergeleiteten Verarbeitungsmilch aufzukommen haben. Dies, ein circulus vitiosus, steht wiederum einem vermehrten Konsum von Frischmilch im Wege. Die jetzige Form des Schutzes der Milchwirtschaft kann daher kaum als endgültige Lösung betrachtet werden. Soll sie wirklich den vom Standpunkt der Volksgesundheit so wichtigen Konsum von Frischmilch zugleich fördern — Großbritanniens Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung ist noch immer etwa halb so hoch wie in verschiedenen Ländern mit einem England ähnlichen Lebensstandard[74] —, muß eine Regelung der Einfuhr von Molkereiprodukten mit den Dominien gefunden werden, die es bei einer normalen Preispolitik ermöglicht, den heimischen Erzeugnissen tatsächlich den Markt zu sichern. Die gestiegene heimische Produktion von Molkereiprodukten äußert sich bisher noch nicht deutlich in einem verminderten Einfuhrbedarf an Butter, sondern die Einfuhrmengen steigen bis 1934 ständig und überschreiten diejenigen des Hochkonjunkturjahres 1929 um vieles. Erst 1935 zeigt sich erstmalig eine geringfügige Verminderung des Imports. Das gleiche trifft ferner auf die Einfuhren von Kondensmilch zu. Beim Käseimport er-

75. Richardson, s. o. S. 172.

streckt sich jene Verringerung auch auf die Zufuhren aus dem Empire, während sich dank der Präferenzen eine gesteigerte Nachfrage der Empire-Kondensmilch zuwendet. Eine weitere Ausdehnung der Produktion in England wird aber auch in Zukunft die Absatzverhältnisse für domaniale Butter und kondensierte Milch beeinträchtigen müssen.

Für die Eierwirtschaft ist ebenfalls ein „Marketing Scheme" in Aussicht genommen, das bisher jedoch noch nicht in Kraft getreten ist. Der Ausschußbericht, der als letzter zur Ausarbeitung dieses Planes beigetragen hat — es ist bereits der dritte —, befürwortet eine Zollerhöhung auf die Auslandseinfuhren und die Neueinführung eines Präferentialzolles auf die Eierimporte aus den Empire-Ländern, die bisher völlige Zollfreiheit genießen. Zugleich empfiehlt er[76] eine Einfuhrkontingentierung der Eierimporte für die Frühjahrsmonate. Die Dominien würden durch den Zoll, wie durch die quantitative Beschränkung ihrer Einfuhren empfindlich getroffen werden, da sich schon seit 1932 dank der glänzenden Entwicklung der englischen Eigenerzeugung das Niveau des Einfuhrbedarfes sehr erheblich gesenkt hat, was sich auch im vollsten Maße auf die Empire-Importe auswirkte.

Die schwersten Konflikte für die englische Handelspolitik aber ergeben sich aus der Stützung der heimischen Fleischwirtschaft. Es gilt hier, einen Kompromiß zu finden zwischen den Interessen der britischen Viehwirtschaft, denen der Empire-Farmer und den Ausfuhrinteressen der englischen Industrie, für die die nicht-britischen Fleischproduzenten wichtige Abnehmer sind. Seit Ottawa unterliegt bekanntlich die gesamte Fleischeinfuhr Großbritanniens einem ausgedehnten Kontingentierungssystem, das durch die Fernhaltung eines Ueberangebots die Hebung der Inlandspreise bezwecken soll. Die Importrestriktionen sind aber bisher derart gehandhabt worden, daß lediglich das Angebot der südamerikanischen Staaten zurückgedrängt wurde, während die Empire-Produzenten ihre Ausfuhren nach dem Mutterlande in der Regel zu erhöhen vermochten. Mit dieser Maßnahme ist also naturgemäß der sich in einer schweren Krise befindlichen Viehwirtschaft Großbritanniens in keiner Weise geholfen. So sah sich die britische Regierung gezwungen, seit dem Sommer 1934 den heimischen Fleischproduzenten Subsidien aus der Staatskasse zukommen zu lassen. Denn sie konnten nach Ablauf der

76. Eildienst, 10. Januar 1936.

in Ottawa festgesetzten Frist, nach der sie freie Hand haben sollte, auch den Empire-Kontingenten Kürzungen aufzuerlegen, mit den Dominien keine Einigung über substantiierte Einfuhrrestriktionen erreichen. Da auch in Zukunft bei den Dominien in dieser Hinsicht bei der Bedeutung, die die Fleischexporte für die Ausfuhrwirtschaft jener Länder einnimmt, wenig Verhandlungsbereitschaft zu erwarten ist, wird Großbritannien sich im wesentlichen auf diese Art des Binnenmarktschutzes beschränken und von einer großzügigen Entwicklung der Viehwirtschaft absehen müssen. Die Lasten der staatlichen Zuschüsse sollen dagegen künftig durch Zölle auf die ausländischen Fleischzufuhren aufgebracht werden. Der Plan, die gesamten Fleischimporte mit einer Abgabe zu belegen, mußte infolge des heftigen Widerstandes der Dominien fallen gelassen werden, was eindeutig als eine Niederlage des englischen Agrarprotekionismus gegenüber dem Prinzip der Empire-Handelspolitik aufzufassen ist.

Es zeigt sich also, daß die neue englische Agrarpolitik in schwerster Weise der in Ottawa verfochtenen Politik widerstrebt, die nach ihrer ursprünglichen Anlage freieren Handel innerhalb des Empire bedeuten sollte. Ohne Zweifel bestehen dringend notwendige ökonomische und soziale Gründe für den Schutz der innerenglischen Landwirtschaft; deren Preisgabe würde verhängnisvolle Folgen für das gesamte britische Wirtschaftsgefüge mit sich bringen. Doch kann und darf Großbritannien im Interesse einer zu fördernden imperialen Handelspolitik auf dem Wege des Protektionismus nicht zu weit schreiten. Autarkie kann das Vereinigte Königreich ohne Gefährdung seines Lebensstandards nur bei wenigen landwirtschaftlichen Produkten erreichen. Daß es auf diesen Gebieten eine Einfuhrkontrolle und Kontingentierung vornimmt, ist zweifellos unbedingt gerechtfertigt, desgleichen, wenn es durch eine maßvolle Fernhaltung des ausländischen und Empire-Angebots eine gesunde Preispolitik anstrebt. Als Kurzsichtigkeit aber ist es aufzufassen, wenn Großbritannien aus rein innerwirtschaftlichen Gründen seine landwirtschaftliche Produktion bei solchen Agrarprodukten zu vergrößern sucht, wo eine ökonomische Grundlage nicht unbedingt vorhanden ist. Hier sei vor allem an die Förderung des Zuckerrübenbaus, an die verarbeitende Milchwirtschaft und an eine etwaige Ausdehnung der Viehwirtschaft gedacht. Imperiale Handelspolitik setzt als Grundlage "good will" bei allen Beteiligten voraus. Zerstört England diese Verhandlungsbasis, indem es durch einen überspitzten Agrarprotektionismus die Dominien vor den Kopf stößt, kann es

auch seinerseits keine Bereitwilligkeit für die Aufnahme seiner Industrieprodukte verlangen. Es wäre daher notwendig, überhaupt erst einmal die Grenzen des Agrarschutzes in England klar zu ziehen und die Agrarpolitik in die gesamte Wirtschaftspolitik des Landes einzuordnen. Der bisherige Agrarprotektionismus beschränkte sich auf unprogrammatische Einzelmaßnahmen und litt an einer Ziel- und Planlosigkeit. Dagegen ist die Politik der „Marketing Schemes", die die Zusammenfassung und Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion ermöglichen, eine wertvolle Basis für die interimperiale Zusammenarbeit. Dort, wo eine systematische Zusammenfassung der produzierenden Kräfte vorhanden ist, ist eine Art Planung der Wirtschaft — so unpopulär dieser Begriff auch im englischen Wirtschaftsleben sein mag — erst wirklich gegeben. Tatsächlich ist eine positive imperiale Kooperation nur auf der Grundlage einer gewissen „Planwirtschaft" zu suchen. Es wird sich in Zukunft darum handeln müssen, eine planmäßige Marktaufteilung zwischen den englischen "Agricultural Marketing Boards" und den Organen der Export- und Marktregulierungen in den Dominien zu finden, wobei auf beiden Seiten von einer egoistischen Expansionspolitik Abstand genommen werden muß. Dabei ist zu wünschen, daß sowohl in England als auch in den Dominien die Organisierung der Landwirtschaft ihren Fortgang nimmt und sich umfassender gestaltet. Daß dennoch bei einzelnen konkreten Abmachungen die Interessengegensätze Englands und der Dominien stets aufeinanderprallen werden, läßt sich kaum allein durch eine beiderseitige Organisierung der Landwirtschaft vermeiden. Jedoch muß es sich zeigen, ob der Geist von Ottawa hinreichend stark ist, um einen jeweils gütlichen Ausgleich zu finden.

2. Die Industrialisierung des Uebersee-Empire.

a) Die daraus für England erwachsende Konkurrenz in den industrialisierten Empire-Gebieten.

Eine andere Ebene, auf der die Polarität Englands und der überseeischen Empire-Staaten hervortritt, bildet die zunehmende Industrialisierung der Dominien und der Wunsch ihrer Regierungen, diese Entwicklung durch möglichst weitgehenden Abschluß gegen die Einfuhren zu fördern. Schon bald nach dem Kriege ist in den selbstverwalteten Staaten des britischen Reiches ein sich ständig

steigernder Hochprotektionismus zu beobachten, der später im Verlauf der Weltwirtschaftskrise immer schärfere Formen annahm. Seit 1931 traten zu den Schutzzöllen Währungsabgaben, Primagebühren und Ueberzölle hinzu. Auch die Präferenzpolitik der Dominien bildete und bildet noch heute keine Lücke in dem System der Abkapselung gegen die Einfuhren von Fertigfabrikaten; Ottawa hat den von den englischen Industrie- und Regierungskreisen so sehr erwünschten Abbau der domanialen Zollmauern nicht gebracht. Auch die Dominien haben ihrerseits mit aller Starrheit den Standpunkt: "one's own country first, other British countries next and foreign countries a bad third"[77] behauptet. Die allgemeinen Zusicherungen der Dominien in Ottawa, durch die sie sich bei einer weiteren Ausdehnung ihrer Industriewirtschaft eine Beschränkung aufzuerlegen schienen, sind für England von wenig positivem Wert gewesen; denn die Entwicklung von konkurrierenden Fertigfabrikatindustrien hat mit einsetzender Wirtschaftsbelebung im Uebersee-Empire ihren Fortgang genommen. Es ist damit noch nicht gesagt, daß dadurch die Einfuhren aus dem Mutterlande unbedingt eine Verminderung erfahren müssen; denn sofern die Industrialisierung Hebung des nationalen Lebensstandards bedeutet, kann sie unter Umständen in einen intensiveren Handelsverkehr ausmünden. Doch werden durch die vermehrte Eigenproduktion bestehende Ausfuhrinteressen Englands geschädigt. Was der Bericht des „Department of Overseas Trade" über die Verhältnisse der letzten Jahre in Neuseeland aussagt[78], trifft im allgemeinen auf die Lage in sämtlichen Dominien zu: „Die Ausdehnung von Verarbeitungsindustrien.. beeinflußt den Importhandel. Die Einfuhren aus dem Vereinigten Königreiche sind in gewissen Branchen zurückgegangen, da der Bedarf durch e i g e n e Industrien gedeckt wird. Es besteht eine verstärkte Tendenz, Waren zu importieren, die in Neuseeland selbst verarbeitet und fertiggestellt werden." Gerade für England besonders lebenswichtige Industrien werden durch die neuesten Industrialisierungswelle betroffen. In Indien läßt sich eine beträchtliche Zunahme der Baumwollverarbeitung feststellen[79], die neuseeländische Regierung plant die Errichtung einer inländischen Stahlindustrie, die den Ge-

77. Hodson: Imperial Economic Policy; International Affairs, Juli—August 1935, S. 535.

78. Department of Overseas Trade: New Zealand, April 1936, S. 47.

79. Eildienst, 23. Januar 1936.

samtbedarf des Dominions zu decken in der Lage sein soll.[80] In Australien steht die Einrichtung eigener Automobilindustrien und Werke für den Karosseriebau und Rundfunkgeräte bevor.[81] Desgleichen gehen beständig Meldungen über die Errichtung australischer Flugzeugwerke durch die Presse. In Südafrika erreichen die Neugründungen von Fabriken in den letzten Jahren beträchtliche Ausmaße. Ob diese Industrialisierungswelle aber auf einer gesunden ökonomischen Grundlage basiert, scheint fraglich. Vielmehr läßt sich vermuten, daß es sich meist um eine Art „Treibhauspflanzen" handelt, denen das rauhe Klima eines selbst durch maßvollen Schutzzoll gemilderten Konkurrenzkampfes unzuträglich wäre. Es ist klar, daß angesichts einer derartigen Entwicklung mit einem substantiierten Abbau der Zölle in Zukunft kaum gerechnet werden kann.

Auch auf diesem Bereiche der imperialen Interessengegensätze war Ottawa zunächst einmal ein etwas kläglicher Versuch des Interessenausgleichs; als eine auch nur halbwegs annehmbare Lösung einer positiven Kooperation sind die Maßnahmen und Beschlüsse der Konferenz jedoch in keiner Weise anzusehen. Auch hier ist ohne Zweifel eine gewisse zwischenstaatliche Planwirtschaft vonnöten. Wenn man sich nur streng an die Richtlinien des Unterausschusses für industrielle Zusammenarbeit, die während der Konferenz in Ottawa formuliert wurden, hielte, könnte man einen wesentlichen Schritt auf dem Wege der wirtschaftlichen Empire-Politik vorangehen. Der Report vertrat die Ausfassung, daß die imperiale Zusammenarbeit nicht darin bestehen dürfe, die Entwicklung der gewerblichen Produktion in den weniger industrialisierten Gebieten des Imperiums aufzuhalten. Sie sei vielmehr zu erleichtern und n a c h w i r t s c h a f t l i c h e n G e s i c h t s p u n k t e n z u r e g e l n. Es müsse das wirtschaftspolitische Ziel auf dem Gebiete der industriellen Zusammenarbeit sein, ein O p t i m u m i n d e r V e r t e i l u n g d e r i n d u s t r i e l l e n P r o d u k t i o n innerhalb des britischen Reiches unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Staaten und damit einen möglichst hohen Grad der Wirtschaftlichkeit in Erzeugung und Verteilung zu Nutzen des Ganzen zu erreichen. Diese Ziele können nur durch eine enge Zusammenarbeit der Industriellen der einzelnen Staaten erreicht werden.

80. Eildienst, 12. Februar 1936.
81. Eildienst, 6. Oktober 1936.

Den Regierungen wird eine weitgehende Berücksichtigung der auf privater Initiative beruhenden Vorschläge und Anregungen anempfohlen, wobei jedoch stets auf die übrigen Teile des britischen Reiches Rücksicht zu nehmen sei.[82] Man hat also bereits 1932 in Ottawa gesehen, welche Prinzipien einer imperialen Handelspolitik zugrunde liegen müssen. Es handelt sich nur darum, diese auch tatsächlich zur Verwirklichung zu bringen, woran es bisher zweifellos noch immer gefehlt hat. Man wird zu untersuchen haben, welche Industrien in den überseeischen Empire-Gebieten aus wirtschaftlichen, vielleicht aus wehrwirtschaftlichen Voraussetzungen noch zu entwickeln sind. Andererseits wird man dort, wo ökonomische Grundlagen nicht unbedingt gegeben sind, darauf dringen müssen, von hochprotektionistischen Zöllen abzusehen; in diesen Fällen muß um die Austauschmöglichkeiten innerhalb des Empire zu erhalten oder wenn möglich gar zu vergrößern, die Forderung nach „freierem Empire-Handel" wahr gemacht werden. „Der völlig im Widerspruch zum Geiste von Ottawa bestehende Zustand, daß für britische Produkte ohne wirkliche Notwendigkeit solche Einfuhrschwierigkeiten bestehen, daß statt der Erzeugnisse die Produktionsstätten exportiert werden und damit das Gegenteil der erwünschten Wirkung erzielt wird, kann nicht andauern."[83] Man wird über die Anregungen der Konferenz von 1932 hinausgehen und eine Art Wirtschaftsplanung, die aber nicht von der privaten Initiative, sondern von den Regierungen getragen wird, vornehmen müssen. Die Schwierigkeit für eine Realisierung der hier angedeuteten Politik liegt zweifellos in der Frage, welche Industrien die Dominien wirtschaftlicher- und billigerweise entwickeln sollen und dürfen. Vom Standpunkte der Dominien aus erscheint jegliche Industrialisierung gerechtfertigt und erwünscht. Vom englischen Gesichtspunkt aus so gut wie keine. Die Ursachen der Industrialisierung im Uebersee-Empire lassen sich in verschiedene Gruppen gliedern.[84] Die stärkste und konstruktivste ist diejenige, die dem natürlichen Wunsche nach Verbesserung des Lebensstandards durch intensivere Ausnutzung der heimischen Produktionskräfte entspringt. Diesem Wunsche folgend und

---

82. Das Vertragswerk von Ottawa. Vollständiger deutscher Wortlaut und Erläuterung der Verträge. S. 4.

83. Pfeiffer: Ottawa — ein Anfang, aber noch keine Lösung. Wirtschaftsdienst, 25. September 1936.

84. Gerwin: Sind Ottawa-Revisionen nötig? Deutscher Volkswirt. 9. IV. 1936.

dessen Berechtigung anerkennend haben einsichtige englische Unternehmungen Zweigindustrien in den Dominien aufgebaut. Beispielsweise läßt der ungeheure südafrikanische Eisen- und Stahlbedarf die Errichtung einer bodenständigen Industrie nur billig erscheinen. „Auch Verbrauchsgüterindustrien, die mit verhältnismäßig geringen Anlagekosten überall dort entstehen können, wo ein gewisser Mindestbedarf vorhanden ist, leiten ihre Rechtfertigung ohne weiteres aus dem Bedürfnis ab, für weiße Arbeitskräfte andere als nur landwirtschaftliche Beschäftigung zu finden zumal dann, wenn die Bevölkerungsvermehrung in diese Richtung drängt."[84] Die zweite Ursache der Industrialisierung der überseeischen Empire-Länder muß in dem Wunsche gesehen werden, sich von der blinden und unbeeinflußbaren Abhängigkeit vom Weltmarkte zu lösen, der ein reines Agrar- oder Rohstoffland preisgegeben ist. Es bedarf einer fast übermenschlichen Objektivität um hier vom Standpunkt eines zu fördernden Empire-Handels aus die Grenzen wirtschaftlich gerechtfertigter und unwirtschaftlicher Entwicklung der domanialen Industrialisierung zu ziehen. Ob allerdings an dem Zeitpunkte, an dem die Diskussionen über die Revision von Ottawa begonnen werden, der Wille zur imperialen Kooperation so stark ist, daß man der Verwirklichung einer Politik, die sich die oben ausgeführten Grundsätze zu eigen macht, entgegensehen kann, scheint zweifelhaft. Mit der Besserung der Weltwirtschaftslage, dem Anziehen der Preise und der Möglichkeit verbreiterter Märkte, die sich vor allem durch die Abwertungswelle des Herbstes 1936 ergibt, wird sich voraussichtlich wieder ein verstärkter und zäher Wirtschaftsegoismus in den Dominien herausstellen. Ein zweites Ottawa, das nicht mehr in erster Linie Krisenkonferenz ist, wird auf noch heftigeren Widerstand bei allen Beteiligten stoßen, und der Kampf um die Vorteile bei den jeweiligen Vertragspartnern wird noch schärfere Formen annehmen, als dies 1932 der Fall war. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Erkenntnis von den bisherigen günstigen Wirkungen der Ottawa-Politik bis zu einem gewissen Grade die Grundlage für eine Bereitwilligkeit zum Opfer und Verzicht zu schaffen vermag, ohne die eine Lösung der wirtschaftlichen imperialen Gemeinschaftsarbeit nicht denkbar ist. Das Ziel einer derartigen Kooperation müßte die Planung der industriellen Entwicklung in den Dominien und die Herabsetzung der domanialen Zollmauern dort sein, wo die Voraussetzungen für einen bevorrechtigten Import aus dem Mutterlande vorliegen. Andererseits kann Großbritannien die Forderung nach Opfern seitens der Domi-

nien nicht berechtigterweise erheben, ohne auch seinerseits einen positiven Beitrag in dieser Richtung zu leisten. Der Verzicht auf eine unbeschränkte Industrialisierung im Uebersee-Empire kann nur durch die Aufgabe eines überspitzten Agrarprotektionismus erkauft werden.

b) Die anglo-domaniale Exportkonkurrenz.

Aber nicht nur in den industrialisierten und sich industrialisierenden Gebieten des britischen Reiches stößt die englische Fertigfabrikatausfuhr auf eine sich in den letzten Jahren verschärfende Konkurrenz mit Produkten der Eigenerzeugung, sondern es setzt bereits ein Kampf der britischen und domanialen Exportindustrie auf dritten Empire-Märkten ein. Es handelt sich hier vor allem um den Wettbewerb mit kanadischen, aber ebenso seit einigen Jahren mit australischen Industriefabrikaten.

Auf fast sämtlichen Empire-Märkten mit gehobenem Lebensstandard trifft die britische Fertigwarenausfuhr auf eine Konkurrenz mit entsprechenden kanadischen Produkten, die sich besonders seit der Verstärkung der Präferenzbehandlung innerhalb des britischen Imperiums in der Folge der Ottawa-Konferenz eingestellt hat, und die von Jahr zu Jahr schärfere Formen annimmt. Ottawa hat einen weiteren Anstoß dazu gegeben, daß amerikanische Konzerne Tochtergesellschaften in Kanada errichteten oder Neugründungen von Industrien mit amerikanischem Kapital vorgenommen wurden, um von dem Dominion aus die Vorteile der Empire-Produkte bei der Einfuhr im britischen Weltreich zu genießen. Es hieße aber dennoch, die tatsächlichen Entwicklungstendenzen zu verkennen, wollte man die gesamte englisch-kanadische Konkurrenzlage lediglich auf einen verkappten Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten reduzieren. Nicht nur mit typisch amerikanischen Spezialprodukten wie Automobilen, Autoreifen, landwirtschaftlichen Maschinen und ähnlichem dringt Kanada auf den imperialen Märkten vor, sondern auch in der Ausfuhr von Erzeugnissen der kanadischen Eisen-, Stahl- und Textilindustrie erwächst Großbritannien eine nunmehr schwer zu übersehende Konkurrenz. Hinzu kommt, daß es für den englischen Exporteur vollkommen belanglos ist, ob es sich um ein rein kanadisches Unternehmen handelt — wo außerdem ließen sich hier die Grenzen ziehen? — oder um eine amerikanische, von den Vereinigten Staaten aus geleitete und kontrollierte Tochtergesell-

schaft, solange beide die Empire-Vorzugsbehandlung genießen. Es wäre praktisch kaum durchführbar, bei der Einfuhr in den anderen Empire-Ländern irgendeine wirksame Diskrimination zwischen amerikanisch-kanadischen Erzeugnissen und ursprüglich-kanadischer Eigenproduktion zu finden, wenn eine amerikanische Produktion in Kanada stattfindet. Daß das Dominien sich andererseits bereitfinden sollte, der Entwicklung amerikanischer Industrien im Interesse der Ausfuhrmöglichkeiten der englischen Exportwirtschaft entgegenzuwirken, scheint von vorneherein indiskutabel, da der kanadischen Wirtschaft nur Vorteile durch die von amerikanischer Seite betriebene Industrialisierung erwachsen und zudem durchaus die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine derartige Entwicklung gegeben sind. Handelt es sich doch nicht um „Treibhausindustrien", die nur unter einer künstlichen Atmosphäre des Hochprotektionismus hochgezogen werden können und über die bei einer Empire-Planung das Urteil gesprochen werden müßte.

Absolut gesehen hält sich der Kampf zwischen englischen und kanadischen Industrieprodukten in Australien naturgemäß in engen Grenzen. 1934/35 fallen auf Kanada 5,6% der australischen Importe, während Großbritannien zu 42,2% den australischen Importmarkt beliefert. Zu bedenken gibt jedoch das außerordentlich starke Vordringen Kanadas auf dem Markte des Commonwealth, denn 1928/29 betrug der kanadische Anteil nur 3,4%.[85] Da die Einfuhren aus dem nordamerikanischen Dominion eine gemäß ihrer Zusammensetzung — es handelt sich vorwiegend um Automobile, landwirtschaftliche Maschinen und Papier — besondere Krisenempfindlichkeit aufweisen und daher bis 1931/32 wesentlich stärker zurückgehen als diejenigen aus dem Mutterlande, nimmt während der Depressionsjahre der Wettbewerb zwischen England und Kanada weniger heftige Formen an, um dann aber mit Einsetzen der Wirtschaftsbelebung mit aller Schärfe zu Tage zu treten. Beide Länder können seit 1930/31 ihren Anteil am Import Australiens steigern; doch ist die Steigerung im Falle Kanadas weitaus erheblicher. Auch 1934/35, wo der Anteil Großbritaniens nur noch wenig steigt, kann Kanada seine Position auf dem australischen Markt weiterhin verstärken. Der Grund hierfür muß vor allem darin gesehen werden, daß sich die englische Automobilindustrie gegenüber der kanadischen Konkurrenz nicht behaupten kann. Da sich der Import Australiens aus Kanada mehr auf

85. Australian Statistics of Oversea Imports and Exports...

Spezialprodukte erstreckt als der aus dem Mutterlande, ist er weniger der Gefahr der Zurückdrängung durch die Entwicklung der heimischen Industrie ausgesetzt, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß sich die Einfuhr aus Kanada in den Jahren des wirtschaftlichen Wiederaufstieges besser erholte als der entsprechende Import aus England. 1934/35 liegt der Wert der Einfuhren aus dem Dominion nur um 16% unter dem des Jahres 1928/29, während die englischen Lieferungen nurmehr 54% des Standes jenes Basisjahres betragen. Die ausgedehnte Entwicklung der Eigenproduktion in Australien wird den Import künftig immer mehr auf Spezial- und Qualitätsprodukte beschränken. Für die Zukunft läßt sich daher eine weitere Zuspitzung des Konkurrenzkampfes zwischen Großbritannien und Kanada voraussehen.

Auch in Südafrika, wo Kanada 1935 mit 3,5% an der Gesamteinfuhr beteiligt ist und als Lieferant der Union an vierter Stelle steht, ist Großbritannien einer sich steigernden Konkurrenz mit kanadischen Fabrikaten ausgesetzt. Hauptsächlich erstreckt sich diese wiederum auf die kanadischen Standardprodukte: Automobile, Chassis, landwirtschaftliche Maschinen, Autoreifen. In allen genannten Fällen kann Kanada bei Wiederbelebung der Nachfrage seine Position auf dem südafrikanischen Markte über den Stand von 1929 hinaus verbessern, während sich gleichzeitig ein Wiederabsinken des englischen Anteils von seiner in den Depressionsjahren erreichten Höhe feststellen läßt. Es zeigt sich, daß die Präferenzen zwar die ausländische Konkurrenz — es handelt sich hier vor allem um die Vereinigten Staaten — zurückhielten, aber damit Großbritannien noch nicht unbedingt einen größeren Anteil auf dem Markte der Union sicherten. Sie haben vielmehr bewerkstelligt, daß nun in verstärktem Maße die amerikanische Produktion in Kanada Fuß faßt, um von dieser gesicherten Zone aus den Wettbewerb mit englischen Erzeugnissen wieder aufzunehmen. Besonders deutlich tritt diese Entwicklung bei den südafrikanischen Einfuhren von Socken und Strümpfen zu Tage, bei denen Kanada 1931 nur etwa 3% des Importbedarfes lieferte, während Großbritannien mit rund 45% den Hauptlieferanten darstellte. Weitere 25% entfielen auf USA. 1935 dagegen steht bei einem um weniges verminderten Gesamteinfuhrwert das Dominion hinter dem Mutterlande kaum noch zurück; es beträgt nunmehr der Anteilsatz Englands 35,2%, derjenige Kanadas 30,5%, während die Vereinigten Staaten sich in jenem Jahre mit nur noch rund 11% an der südafrikanischen Strumpfeinfuhr beteiligten. Wert-

mäßig haben sich dabei die Zufuhren aus Kanada innerhalb der Jahre 1931—35 etwa um das Zehnfache gesteigert![86] Auch durch die kanadischen Seiden- und Kunstseidenlieferungen erwächst England eine scharfe Konkurrenz in der Union. 1934 stand Kanada hier als Bezugsquelle an erster Stelle. Neuerdings tritt Kanada als Konkurrent bei den Einfuhren von verschiedenen Produkten der Eisen- und Stahlwarenindustrie auf, vor allem bei Drahtgitter und Drahtgeflechten.[87]

Selbst einem Wettbewerb mit indischen Industrieprodukten sieht sich Großbritannien auf dem südafrikanischen Markt ausgesetzt, zum Beispiel beim Import von Jutesäcken; weiter hat sich Indien mit Erfolg bei den Einfuhren von Männerkleidung behaupten können.[87] Es scheint, daß hier die Importe aus Indien weniger durch die südafrikanische Eigenproduktion tangiert werden als die entsprechenden britischen Lieferungen. Vor allem aber macht sich die indische Konkurrenz im Kolonial-Empire beim Import von Baumwollwaren geltend, bei dem im allgemeinen die Nachfrage nach dem indischen Produkt in den Krisenjahren nicht in dem Maße eine Schrumpfung erfuhr wie nach den Erzeugnissen Lancashires. Aber erst mit dem Konjunkturanstieg, der in den kolonialen Gebieten später als in den übrigen Teilen des britischen Reiches einsetzt, kann es sich zeigen, ob das Mutterland wirklich zugunsten Indiens seine Stellung eingebüßt hat, oder ob nunmehr nicht wieder eine verstärkte Nachfrage nach dem englischen Qualitätsprodukt eine Abschwächung der indischen Konkurrenz bedeutet.

Auf dem indischen Markte selbst begegnet Großbritannien nur in äußerst geringem Maße einer Konkurrenz von Fabrikaten anderer Empire-Gebiete. Lediglich bei den Automobil- und Reifeneinfuhren findet ein namhafter Wettbewerb zwischen englischen und kanadischen Produkten statt, aber ohne daß dabei das Dominion einen erfolgreichen Vorstoß gegen die Zufuhren aus dem Mutterlande zu unternehmen vermocht hätte. Aber zweifellos ist in Indien die Gefahr eines Eindringens australischer Industrieprodukte latent; die Ausfuhrtätigkeit Australiens in Fertigfabrikaten hat sich in den letzten Jahren sehr erheblich ausgedehnt und richtet sich naturgemäß auf die weniger industrialisierten Märkte des indo-pazifischen Wirtschaftsgebietes. Die Versorgung des indischen, neuseeländischen

86. Statistical Abstract for the British Empire.
87. Department of Overseas Trade; South Africa 1935.

Absatzgebietes und der britisch-pazifischen Kolonial-Märkte mit australischen Industrieprodukten ist kein in weiter Ferne liegender Zukunftstraum mehr. Realisierte er sich doch bereits im Falle Neuseelands in größerem Ausmaße seit etwa 1931. Mit Wollgeweben, Fabrikaten der Lebensmittelindustrie, mit Ledererzeugnissen, Produkten der Eisen- und Stahlwarenindustrie, Haushaltsartikeln und anderem mehr kann Australien sicherlich in Kürze auf dem Weltmarkt, mindestens auf den geschlossenen Empire-Märkten mit Erfolg als Konkurrent auftreten.

In Neuseeland hat der Konkurrenzkampf zwischen englischen und australischen Fabrikaten bereits mit aller Heftigkeit eingesetzt. Zunächst äußerte er sich darin, daß während der Krisenjahre die Einfuhren aus Australien nicht mit denen aus Großbritannien zurückgingen. Gleichzeitig vermochte das Commonwealth vielfach auch trotz schrumpfender Gesamtnachfrage seine Exporte nach dem Nachbardominion zu erhöhen. Auch bei der Erholung der neuseeländischen Wirtschaft und des neuseeländischen Einfuhrbedarfes konnte Australien in den meisten Fällen seine Stellung weiter ausbauen. Das Vordringen Australiens auf dem neuseeländischen Markt geschieht fast ausnahmslos auf Kosten Großbritanniens, dessen wichtigste Ausfuhrinteressen hierdurch berührt werden. Die weitgehendsten Folgen für das Mutterland hat die Eroberung des neuseeländischen Absatzgebietes durch die Produkte der australischen Eisen- und Stahlindustrie gehabt, wo die australischen Exporterfolge geradezu phänomenale Ausmaße annahmen. Während noch 1930 das Vereinigte Königreich den neuseeländischen Markt von Barren, Stangen, Tragbalken und ähnlichem mit einem Importanteil von rund 81% fast vollkommen beherrschte und Australien an dessen Belieferung nahezu unbeteiligt war, ist 1935 das Commonwealth nunmehr unumstrittener Hauptlieferant, der fast zwei Drittel der neuseeländischen Einfuhren nach dem Nachbardominion verschifft. Auch andere englische Industrieprodukte haben in Neuseeland mit einer scharfen australischen Konkurrenz zu kämpfen. Allerdings erfuhr die australische Stellung auf dem neuseeländischen Markt seit 1934 vielfach eine Schwächung. Es scheint, daß die Exportindustrien des Commonwealth noch nicht in der Lage sind, den Einfuhrbedarf des neuseeländischen Konjunkturaufschwunges zu befriedigen. Während aber England frühere Exportverluste bis 1935 noch nicht einholte, kann Australien in vielen Fällen bei seiner Ausfuhr nach Neuseeland in diesem Jahre eine neue Rekordhöhe verzeichnen.

Tabelle 23. Die anglo-australische Konkurrenz in Neuseeland.[88]

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Schuhe	*Anteil in Prozent der Gesamteinfuhr (Menge)*						
England	60,1	61,7	61,4	42,2	29,7	30,1	30,8
Australien	0,4	0,8	6,5	5,9	5,2	4,4	3,8
	Einfuhrmenge in Taus. dz Paar						
England	161						65
Australien	1						8
Eisen und Stahl: Barren, Stangen etc.	*Anteil in Prozent der Gesamteinfuhr (Menge)*						
England	77,7	80,8	85,3	62,3	43,3	39,8	35,9
Australien	0,3	0,4	7,9	36,5	55,4	56,2	62,3
	Einfuhrmenge in Tonnen						
England	32 195						11 562
Australien	120						20 060
Draht	*Anteil in Prozent der Gesamteinfuhr (Menge)*						
England	56,7	63,7	63,2	76,3	65,6	44,9	47,6
Australien	0,3	0,7	2,1	16,7	25,2	23,7	23,4
	Einfuhrmenge in Tonnen						
England	12 053						10 432
Australien	64						5 124
Drogen, Chemikalien	*Anteil in Prozent der Gesamteinfuhr (Wert)*						
England	52,0	51,4	51,7	45,4	46,6	50,4	48,9
Australien	15,9	16,4	18,1	16,8	25,4	18,0	17,5
	Einfuhrwert in Taus. £						
England	676						591
Australien	207						212
Farben, Lacke	*Anteil in Prozent der Gesamteinfuhr (Wert)*						
England	65,8	67,4	66,5	62,7	61,4	61,0	59,3
Australien	10,0	10,6	14,7	20,0	24,5	24,2	25,7
	Einfuhrwert in Taus. £						
England	288						178
Australien	44						80
Leder	*Anteil in Prozent der Gesamteinfuhr (Menge)*						
England	63,5	61,2	52,5	53,8	44,4	34,7	36,2
Australien	10,5	15,3	19,8	32,2	46,2	46,7	39,0
	Einfuhrmenge in Cwts.						
England	6 738						2 342
Australien	1 083						2 522

88. Quelle: Statistical Abstract for the British Empire.

Seine Exporterfolge hat Australien neben der gestiegenen Kapazität seiner Industrie vor allem zwei Faktoren zu verdanken: erstens genießt das Commonwealth gegenüber dem Mutterlande die Importvorteile eines Währungsdumpings. Die Abwertung des australischen Pfundes um 25% unterhalb der Parität des Pfund Sterling ist sicherlich in der Hauptsache für die gestiegene Exporttätigkeit des Dominions verantwortlich zu machen. Zu diesem Vorteil des günstigeren Wechselkurses gesellen sich zweitens die Vorzüge der geographischen Lage, die sich in Form wesentlich niedriger Frachtsätze geltend machen. Da man wohl die Währungsverhältnisse innerhalb des britischen Weltreiches als einigermaßen stabilisiert annehmen darf und in nächster Zukunft voraussichtlich auch keine tiefgreifenden Modifikationen und Erschütterungen der Lage der Empire-Währungen zueinander zu erwarten sind, muß England den Währungsvorteil Australiens für die nächsten Jahre wenigstens als Dauerzustand ansehen. Da ferner bei denjenigen Produkten, bei denen der anglo-australische Konkurrenzkampf die schärfsten Formen annimmt, bei den Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie, durch die Schwergewichtigkeit der Produkte die Frachtsätze von eminenter Bedeutung für die Preisgestaltung sind, würde trotz einer angenommenen Angleichung der Währungen Australien weiterhin einen wesentlichen Vorteil über die englische Konkurrenz genießen. Alles deutet darauf hin, daß der Kampf zwischen englischen und australischen Industrieprodukten auf dem Markt Neuseelands sich vielfach erst in den Anfängen befindet und daß Großbritannien hier noch weitere Verluste bevorstehen.

Während in Neuseeland der prozentuale Anteil Kanadas an der Gesamteinfuhr höher als in den übrigen nicht durch die geographische Lage mit Kanada besonders verbundenen Empire-Teilen liegt, ist bisher zwar die Gefahr einer englisch-kanadischen Konkurrenz durchaus vorhanden, aber weniger akut als in den anderen Dominien. Vielmehr zeigt es sich, daß Australien zu einem erheblichen Teile bereits das Angebot kanadischer Fabrikate ersetzt hat, vor allem bei den Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie. Bei anderen Einfuhrkategorien, bei denen Kanada am neuseeländischen Import entscheidend beteiligt ist, so bei den Einfuhren von Automobilen, Chassis und Autoreifen, macht sich seit Ottawa eine gestiegene Bevorzugung der englischen Erzeugnisse geltend. Voraussichtlich wird Kanada hier auch kaum seine Position der Vorkrisenzeit wiedererlangen. Dagegen dürfte das anhaltende Vordringen

des Dominions bei den neuseeländischen Einfuhren von Wirkwaren, das jedoch bei den von 1928 bis 1935 ständig absinkenden Einfuhrwerten mehr einen relativen als tatsächlichen Gewinn darstellt, für die britische Exportindustrie alarmierend sein. Zwischen 1929 und 1935 steigt der Anteil Kanadas an jenen neuseeländischen Einfuhren von 22% auf 31%, während in den nämlichen Jahren die Zufuhren aus dem Mutterlande von 64% auf 55% herabsinken.

c) Die domaniale Fertigfabrikatausfuhr nach England.

Die Ausführungen der letzten Abschnitte zeigen also, daß ein durch Präferenzen nach außen hin gesicherter Empire-Markt die englischen Industrieexporte noch nicht vor jeglicher Konkurrenz zu schützen vermag. Ja, selbst auf dem englischen Markt beginnt neuerdings die Empire-Konkurrenz mit ihren Erzeugnissen der Fertigwarenfabrikation einzudringen. Gewiß ist absolut die Zufuhr von industriellen Produkten aus dem britischen Imperium noch gering, so daß von einem scharfen Konkurrenzkampf nicht die Rede sein kann, aber der Anfang einer Entwicklung in dieser Richtung macht sich in den letzten Jahren zweifellos bemerkbar. Während England 1929 erst 9% der gesamten Fertigwareneinfuhr (retained imports) aus Empire-Quellen bezog, beteiligen sich 1934 die Empire-Länder mit 19% oder 30½ Millionen Pfund an den Fertigwarenimporten Großbritanniens.[89] Natürlich beruht die Zunahme des relativen Empire-Anteils zu einem erheblichen Teile lediglich auf der durch die Einführung des Generaltarifs erfolgten Zurückdrängung des Auslandsangebots, also auf der „negativen" Erscheinung, daß die Importe aus dem Empire nicht in dem Maße an dem Einfuhrrückgang teilnehmen wie die nicht-britischen Länder. Zum anderen muß ein tatsächliches „positives" Vordringen der Empire-Fabrikate festgestellt werden, das bereits 1932 einsetzt. Wiederum ein Beweis, daß sich die englische Präferenz für die überseeischen Empire-Länder äußerst günstig auswirkte.

89. Annual Statement of the Trade of the United Kingdom...

Tabelle 24. Großbritanniens Einfuhr von Empire-Fabrikaten.[90]
(Einfuhr = Nettoeinfuhr.)

a) Anteil des Empire in Prozent der Gesamteinfuhr von Fabrikaten.

	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Kanada	3,18	2,75	3,18	5,99	7,41	8,04
Empire insges.	9,05	8,82	9,02	15,67	18,17	19,00

b) Einfuhrwerte der Fabrikateinfuhren 1929 = 100.

Gesamtimport	100	92,8	80,0	47,8	45,8	52,6
Kanada	100	80,3	79,9	89,9	106,6	133,0
übr. Empire	100	95,9	79,6	78,9	83,9	98,3
Empire insges.	100	90,4	79,7	82,8	91,9	110,5
Ausland	100	93,0	80,0	44,3	41,2	46,9

Vor allem sind es die kanadischen Produkte, die den englischen Markt erobern. Dies läßt auch hier die Vermutung aufkommen, daß es sich hauptsächlich um eine nach Kanada abgewanderte amerikanische Konkurrenz handelt. Es ist daher im Interesse des englischen Protektionismus nur folgerichtig, wenn der englische Industrieverband, die „British Federation of Industries", in einer Denkschrift[91] die verschiedenen Wünsche vorträgt, denen bei Erneuerung der Ottawa-Verträge nach seinen Anschauungen Rechnung getragen werden sollte, und die Forderung erhebt, die freie Zufuhr von industriellen Empire-Produkten nicht länger zuzulassen. Die „Federation of British Industries" gibt allerdings selber zu, daß die Industriekonkurrenz aus dem Empire heute noch keine sehr weitgehende Wirkung hat und weist daher mehr auf potentielle Entwicklungstendenzen hin. Sie stützt sich auf zwei Erscheinungen, die für den industriellen Wettbewerb entscheidend seien und die man in England nicht übersehen dürfe: einmal, daß einzelnen Empire-Industrien äußerst billige Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, vor allem in Indien, aber auch in Australien; ferner richtet die Industrievereinigung eben auf jene Erscheinung ihr Augenmerk, daß die Vereinigten Staaten Tochtergesellschaften in Kanada unterhielten, um von dort aus in Genuß der Empire-Präferenzen zu gelangen.

Ob es trotz allem bei der bevorstehenden Revision von Ottawa notwendig und weise wäre, auf Einführung von Zöllen für Empire-

90. Quelle: Annual Statement of the Trade of the United Kingdom..
91. „Imperial Trade", Denkschrift der Federation of British Industries, 12. Februar 1936.

Fabrikate zu dringen, scheint fraglich. Von den Dominien müßten Schutzzollmaßnahmen dieser Art bei der wirklich kaum ernsthaften Bedrohung der englischen Industrie als ausgesprochen unfreundlich aufgefaßt werden. Da schon mit einem Abweichen von den bisher eingeschlagenen Bahnen des englischen Agrarprotektionismus nicht zu rechnen ist, sollte Großbritannien nicht noch durch eine derartige Politik dem freien Empire-Handel eine weitere Türe zuschlagen. Es zeugt nicht sehr von dem vielgepriesenen und doch so wenig in die Tat umgesetzten Ottawa-Geist, forderte man überall im Empire Erleichterungen für die Ausfuhr britischer Erzeugnisse, drängte auf wortgemäße Anwendung der Verträge und leistet selber als Beitrag eine Einschränkung der Lieferungen für die Vertragspartner. Eine englische Handelspolitik, die sich die Richtlinien des Memorandums der „Federation of British Industries" zu eigen machte, würde zweifellos die Aussichten für eine positive und opferwillige Zusammenarbeit mit den übrigen Reichsteilen trüben und damit den Weg für etwaige Konzessionen zugunsten eines verbesserten englischen Industrieabsatzes im Uebersee-Empire in keiner Weise ebnen.

VI. Die Ottawa-Politik als Mittel des Imperialismus.

Großbritanniens Ottawa-Politik ist die teilweise vielleicht unbewußte, teilweise konsequente Anerkennung der veränderten Lage der Nachkriegszeit. Mit der Erschütterung der englischen Vormachtstellung als Industriestaat ist England auf die ihm loyal gesinnten Empire-Märkte mehr denn je angewiesen. Wie auf dem gesamten Raume der wirtschaftenden Welt geht auch um die imperialen Absatzgebiete der Kampf um die Vorherrschaft: England oder Amerika. Eine wirtschaftliche und damit zweifellos auch politische Verschiebung vom Mutterlande zu den Vereinigten Staaten wäre für Großbritannien verhängnisvoll. Es gilt daher, die immer mehr nach wirtschaftlicher und politischer Freiheit strebenden Einzelstaaten des britischen Weltreiches über ihre politische Loyalität hinaus durch ein gemeinsames Band aneinanderzuketten. Ebenso soll im indopazifischen Raum dem Vordringen des japanischen Massenproduktes und dem Eindringen politischer Einflüsse seitens Japan Halt geboten werden. Denn mit der wirtschaftlichen Entfremdung vom Mutterlande ist aller Voraussicht nach auch eine allmähliche Lösung aus der gemeinsamen Kulturgemeinschaft, die wiederum eines der

stärksten Bindeglieder für das politische Empire darstellt, verbunden. Die Empire-Handelspolitik ist das Mittel friedlicher Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen und politischen Großmächten Amerika und Japan, ist die konsequente Politik des britischen Imperialismus. Genügte dem liberalen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts die Erschließung der überseeischen Märkte, die gleichzeitig die Eroberung sicherer Absatzgebiete bedeutet, konnte sich der damalige Imperialismus auf rein politische Machtergreifung und Konsolidierung beschränken. Erst mit einsetzender Industrialisierung der überseeischen Reichsländer brauchte daher der Imperialismus ökonomische Formen anzunehmen, wenn er auch schon vorher entscheidend auf wirtschaftlichen Grundlagen beruhte. Der Feldzug Chamberlains mußte darum scheitern, weil in England die Gefahr der Industrialisierung der Kolonialgebiete noch nicht erkannt wurde und werden konnte. In dem Moment aber, in dem die Tochterstaaten wirtschaftlich „erwachsen" geworden waren, mußte der Imperialismus sich einer Anpassung an die veränderte Lage unterziehen, mußte er seine ökonomischen Beweggründe offenbaren und mußte zur Empire-Handelspolitik, der Sicherung der imperialen Märkte, werden. Ebenso wie der englische Binnenprotektionismus durch den äußeren Anlaß der Depression und der Währungskrise zur Tatsache wurde, sich aber als historische Notwendigkeit aus dem Verlust der Vormachtstellung als Industriestaat ergeben mußte, ebenso hätte England früher oder später auch ohne die Krisenlage von 1932 den Uebergang vom scheinbar nur politischen Imperialismus zum ökonomischen Imperialismus vollziehen müssen, wollte es nicht seine Politik des Imperialismus als solche opfern. Betont und erkennt man innerhalb des britschen Reiches die politische Bedeutung der neuen Handelspolitik, wird man sie verschiedener untergeordneter ökonomischer Vorteile willen auch nicht preisgeben wollen.

Jedoch auch heute, wie schon zur Zeit des Chamberlainschen Feldzuges wird von Seiten der liberalen Partei in England die Frage aufgeworfen: Empire-Präferenz, Zement oder Dynamit?[92] Wird durch die Abschließung gegen ausländische Waren nicht eine Erbitterung gegen das britische Weltreich verursacht und durch das Feilschen um Vorteile und die Kommerzialisierung der Beziehungen

92. Titel eines während der Chamberlainschen Wahlkampagne erschienenen Buches.

innerhalb des Imperiums nicht gerade die Loyalität erschüttert und aufs Spiel gesetzt? Der erste Einwand hatte zweifellos in der Vorkriegszeit während des Kampfes um den ökonomischen Imperialismus Chamberlains seine historische Berechtigung. Damals mochte es wohl den Anschein haben, daß eine Empire-Handelspolitik die politische Weltlage zu erschüttern imstande sei. Heute dagegen, im Zeitalter des Hochprotektionismus und der Nationalisierung der Wirtschaft, ist ein maßvoller Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Bindungen und die Förderung der imperialen Handelsbeziehungen eine protektionistische Erscheinung von vielen, die ebenso wenig oder ebenso viel wie jene die politischen Grundlagen der Welt beeinflußt. Weitaus tiefgehender ist die Fragestellung, ob die Präferenz-Politik in Wahrheit ein wirksames Mittel des indirekten Imperalismus ist, geeignet, das politisch heute nur lose aneinandergefügte Gebilde des Empire fester zu gestalten. Sicherlich wird durch das Handeln um Vorteile auf dem Markte des Vertragspartners Stoff zu Konflikten heraufbeschworen; die Schwierigkeiten, die sich auf der Konferenz und seit Abschluß der Verträge ergeben haben, zeigen deutlich, daß eine Einigung nicht ohne Widerstände möglich ist. Damit ist aber noch nicht der Beweis erbracht, daß die Politik als solche die einzelnen Teile des Empire auseinanderzusprengen vermag. Im Gegenteil wird der Reichsgedanke erst zur Realität, wenn man seinetwillen einen Weg der Opfer und des Verzichts einschlägt und sich dabei der Abhängigkeit des einen Gliedes vom anderen bewußt wird. Dieser „genossenschaftliche Imperialismus“[93] der Ottawa-Politik ist sicher ein wertvoller Baustein für das Gefüge der Reichseinheit, dessen Erfolg man aber weniger in handgreiflichen und offen klarliegenden Resultaten suchen darf, als in der Tatsache, daß durch die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Mutterlande die überseeischen Empire-Teile allzu starker Beeinflussung außenliegender Macht- und Kulturzentren entzogen werden.

Aber nur dort kann andererseits eine fruchtbare Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete wirklich sinnvollen Gehalt erlangen, wo sie auf tatsächlichen politischen Grundlagen aufbaut. Dies zeigt sich deutlich in der Haltung Indiens. Indien allein blieb es bekanntlich unter allen Ottawa-Parteien frei, sich vor Ablauf der ersten fünf Jahre aus dem anglo-indischen Vertrage zurückzuziehen. Auffal-

93. Fernau: Raumwirtschaftliche Züge der Außenhandelspolitik Großbritanniens; Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 13, Heft 6, Juni 1936.

lend kurze Zeit vor Ablauf der allgemeinen Frist, im März 1936, wurde von der „Legislative Assembly" in Delhi der Antrag auf Kündigung des bestehenden Handelsabkommens mit Großbritannien angenommen. Jedoch stellte der Beschluß zunächst nur eine Empfehlung an die Regierung des Vizekönigs dar. Gleichzeitig empfahl das Parlament der Regierung, sowohl mit England als auch mit den anderen wichtigsten Handelspartnern bilaterale Handelsverträge abzuschließen. Als Motivation wurden rein wirtschaftliche Ueberlegungen angeführt: „Vom Standpunkt Indiens, des indischen Produzenten, des indischen Konsumenten, des indischen Steuerzahlers, des indischen Handels und der indischen Handelskammer aus ... sind wir einstimmig der Meinung, daß dieses Abkommen sich nicht zum Vorteil der Industrie und des Handels Indiens ausgewirkt hat. Ein politisches Vorurteil oder Motiv spielt hierbei nicht mit. Wir vertreten die Auffassung, daß angesichts der Art der indischen Handelsbeziehungen ein Sich-Binden an das Vereinigte Königreich Indien gegenüber anderen Ländern schwächt, ja, geradezu machtlos werden läßt.[94] Aber trotz aller dieser Beteuerungen handelt es sich in erster Linie um eine politische Demonstration. Dort, wo im britischen Weltreiche die politische Basis schwach ist, werden in großer Aufmachung die Nachteile des Präferenzsystems aufgedeckt, obwohl in Indien nicht mehr und nicht weniger Grund zur Kritik Ottawas vorhanden ist als bei den anderen Unterzeichnern der Verträge. Es handelt sich in Wirklichkeit bei dieser indischen Demonstration um eine erneute politische Spannung zwischen Indien und England, um eine neue Form des Kampfes der indischen nationalistischen Kreise. Ohne Zweifel ergeben sich für Indien wie auch für die übrigen Vertragspartner von Ottawa Komplikationen aus der gegen das Ausland diskriminierenden Politik. Es wurde schon an anderer Stelle ausgeführt, daß die Präferenzbehandlung Indien ein gewisses Hemmnis für die indo-japanischen Handelsbeziehungen auferlegt. Aber mit einigem Mangel an Logik wird dem Ottawa-Abkommen vor allem vorgeworfen, daß es Indien daran gehindert habe, seine Ausfuhren nach den nicht-britischen Ländern zu erhöhen. Das Versäumte soll nun durch Abschluß bilateraler Handelsabkommen wieder gut gemacht werden. Es wird dabei in Indien aber gern übersehen, daß in der Vorkrisenzeit (1928/29) rund 27% der Exporte

94. Rede von Mr. Satyamurti im Kongreß, zitiert nach Brook: India and the Ottawa-Agreement; Asiatic Review, Juli 1936.

nach den europäischen Ländern, Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich und Italien gingen, und daß die mangelnde Exportbelebung nach diesen Staaten wohl weniger der britischen Empire-Handelspolitik, als deren Handelshemmnissen und, im Falle der ehemaligen Goldblockländer, deren besonderer wirtschaftlichen Krisenlage zuzuschreiben ist. Desgleichen vergißt man in Indien, daß sich der Abschluß bilateraler Abreden mit den europäischen Handelspartnern recht schwierig gestalten wird, da Indien mit den meisten dieser Staaten wie auch mit Japan in den letzten Jahren eine aktive Warenbilanz hat und es schwerlich große Vorteile bei den Gegenparteien erwarten kann, ohne selbst in großzügiger Weise seinen Markt zu öffnen. Dies aber müßte auf schweren Widerstand der indischen Industriekreise stoßen. Da Indien ferner als Schuldnerland auf die Aktivität seiner Handelsbilanz angewiesen ist, wird hierdurch die Zahl der Länder, mit denen es auf der Basis der reinen Reziprozität bilaterale Verträge abschließen kann, begrenzt. Indien könnte in dem Falle, daß Großbritannien seine Präferenzen für indische Waren aufheben würde, nicht leicht Ersatzmärkte finden. Indiens Streben nach politischer Unabhängigkeit vom Mutterlande hat zwar einen Erfolg gezeitigt, von dem sich allerdings nicht sagen läßt, ob er nicht eher einem Pyrrhussiege gleichkommt. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß man, da ja selbst von oppositioneller Seite ein gewisser günstiger Einfluß der Präferenzen nicht geleugnet wird, gütlicherweise zu einer Einigung kommt. Allerdings wird England die positive Mitarbeit Indiens, wenn es die Fortsetzung seiner unter dem bisherigen Vertrage sehr erheblich gestiegenen Ausfuhren nach Indien wünscht, durch weitgehende Konzessionen erkaufen müssen. Indien wird dagegen auf eine Einschränkung der englischen Vorzugsbehandlung und damit auf größere Handlungsfreiheit zum Abschluß von Verträgen mit anderen Ländern drängen. Es ist offensichtlich, daß sich Englands Stellung gerade bei der ständig glimmenden Spannung mit Indien außerordentlich schwierig gestalten wird. Wo die Grundlagen des genossenschaftlichen Imperialismus, das unbedingte Gefühl der Zusammengehörigkeit von vorneherein fehlen, kann auch die Empire-Präferenz nicht nachträglich „kitten". Insofern darf man sich keinen Illusionen hingeben und hoffen, daß der indirekte Imperialismus der Reichsvorzugsbehandlung den Bestand des Reichsgefüges schlechthin sichere. Klare Entwicklungslinien können durch ihn nicht aufgehalten, möglicherweise vorübergehend verwischt werden. Vor allem ist dies in Hinblick auf

Irland zu sagen; die Einbeziehung Irlands in das System der Präferenzbehandlung wäre naturgemäß außerordentlich fruchtbar, da die Wirtschaften Englands und des Freistaates auch heute noch ausgesprochen komplementär sind, ja, sogar fast den Charakter eines einheitlichen Binnenmarktes besitzen. Ob allerdings in nächster Zukunft mit einer Beilegung des anglo-irischen Streites gerechnet werden kann, ist, obwohl sich seit 1935 die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern merklich gebessert haben, noch vollkommen unübersichtlich. Jedenfalls wird sich Irland in seinem jungen Industrialisierungsdrange und seiner politischen Widerspenstigkeit nur schwer und unwillig zu wirklichen Konzessionen bereitfinden. Von einer Bereinigung der anglo-irischen Frage könnte durch die bloße Herbeiführung eines Präferenzvertrages noch nicht die Rede sein. Aber sicherlich erfährt der Gemeinschaftsgedanke durch die wirtschaftliche Verkettung der einzelnen Empire-Glieder, soweit sie auf einem positiven Willen zur Kooperation aufbaut, eine wertvolle Förderung. Ob sich dieser Gemeinschaftsgedanke je in die Form einer Empire-Planung kleiden wird, zu der sich die politisch und wirtschaftlich selbständigen Glieder des Reiches entschließen, muß die Zukunft entscheiden. Hierin wäre jedenfalls die Krönung des ökonomischen Imperialismus zu sehen. Jedoch erfordert die Realisierung eines derart umgreifenden Ideales ein so gewaltiges Maß an wirtschaftlicher und politischer Bescheidung, wie sie die Dominien, die sich erst seit kurzem im Besitze der politischen Autonomie befinden, geschweige denn das nach politischer Selbständigkeit strebende Indien oder Irland, in den nächsten Jahren wohl kaum auf sich nehmen werden.

Ferner muß mit aller Klarheit betont werden: die ökonomische Zusammenfassung des britischen Weltreiches ist zwar für das Gefüge des Empire von ungeheurem Werte, aber sie allein kann nicht den gegenwärtigen Schwächezustand Großbritanniens überdecken, kann nicht die ruhmvolle Vergangenheit des britischen Imperiums mit dem weltpolitischen und wirtschaftlichen Führungsvermögen Großbritanniens wieder heraufbeschwören.

VII. Zusammenfassung und Ausblick.

Die erste Fünfjahresperiode der Ottawa-Verträge läuft im Jahre 1937 ab, und es unterliegt keinem Zweifel, daß von den Vertragspartnern niemand — vielleicht mit Ausnahme Indiens — die Idee des wirtschaftlichen Empire-Blocks als solche ernsthaft ablehnt, wenn man auch mit Sicherheit damit rechnen kann, daß die Stimmung für eine weitgehende Revision stark verbreitet ist. Keiner der Vertragsunterzeichner von 1932 kann leugnen, daß in einer Zeit der anhaltenden weltwirtschaftlichen Stagnation die Handelsverträge innerhalb des Empire zu einer Belebung des interimperialen Handels geführt haben. Jedoch trug die gemeinsame Angehörigkeit zum einheitlichen Währungsblock und die mit der Devalvation verbundene interne Wirtschaftsbelebung des Sterlingsblocks ebenso viel, wenn nicht mehr dazu bei. Aber soweit das Ziel der Ottawa-Politik Schutz der wechselseitigen Handelsbeziehungen sein sollte, muß das Urteil über den Erfolg der Präferenzverträge dahin lauten, daß sie während der Depressionsjahre ihren Zweck erfüllt und auch gerade in letzter Zeit mehr und mehr der englischen Exportwirtschaft eine Stütze gegeben haben. Jedoch haben sich die Abmachungen von Ottawa für die Dominien günstiger ausgewirkt als für das Mutterland, was aber angesichts der Ungleichheit der gegenseitigen Konzessionen von vorneherein feststehen mußte. Die Präferenzen Großbritanniens für die imperialen Rohstoffe und Genußmittel haben vielfach zu einer außerordentlichen Exportsteigerung der Dominien geführt und zur Entwicklung der entsprechenden Empire-Produktionsmöglichkeiten den Anstoß gegeben.

Dennoch ist Grund zu Kritik an den Verträgen vorhanden, die, je mehr die Abkommen sich ihrer Ablauffrist nähern, desto lauter in sämtlichen Teilen des britischen Reiches wird. Die Problematik der in Ottawa eingeschlagenen Politik liegt einmal in der Gefährdung der Wirtschaftsbeziehungen der britischen Reichsländern zu den nicht-britischen Handelspartnern, zum anderen in den Interessengegensätzen innerhalb des Empire selbst. Das gesteigerte Bestreben Englands, seine Landwirtschaft zu entwickeln und zu schützen — auch vor Empire-Einfuhren — und die zunehmende Industrialisie-

rungstendenz in den Dominien lassen sich schwer vereinen mit der Politik der Förderung des interimperialen Handels. Auf beiden Seiten hat man bisher einen eigensüchtigen Standpunkt vertreten, der nur wenig mit der Idee der Empire-Solidarität gemeinsam hat. Gerade weil Ottawa in dieser Hinsicht keine klaren Abgrenzungen brachte und es sich nicht auf programmähnlichen Richtlinien aufbaut, kann es nur als ein erster Versuch, nicht aber als befriedigende Lösung aufgefaßt werden. Die künftigen Abmachungen haben vor allem die Aufgabe einen Ausgleich aller dieser widerstrebenden Kräfte zu schaffen, den Ausgleich zwischen Empire-Protektionismus und Außenhandelsinteressen, weiter den Ausgleich zwischen englischem Agrar- und domanialem Industrieprotektionismus.

Wenn zwar über das Ziel der neuen Ottawa-Verträge, auf jeden Fall an dem grundsätzlichen Bestand der Ottawa-Politik festzuhalten, im allgemeinen Klarheit herrscht, dürfte die Realisierung noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Die wichtigsten Streitpunkte sind auf dem englischen Markte ohne Zweifel die Importe von Milchprodukten einerseits und die Fleischeinfuhren andererseits, bei denen sämtliche sich widerstreitenden Interessen aufeinanderprallen. Großbritannien macht keinerlei Anstalten, von seinen bisherigen Richtlinien des Agrarschutzes auch nur im geringsten im Interesse des freieren Empire-Handels abzuweichen. Allem Anschein nach ist das nächste Ziel der britischen Regierung ihre protektionistischen Maßnahmen noch weiter zu verschärfen: Einfuhrzölle auf Empire-Produkte bei Beibehaltung der Präferenz oder Regelung des landwirtschaftlichen Marktes durch weitere Einführung von Importquoten, vornehmlich auch auf die Zufuhren von Domanialerzeugnissen. Bei den Dominien muß diese Haltung Großbritanniens naturgemäß auf erbitterten Widerstand stoßen. Es ist wahrscheinlich, daß England kaum mit allen seinen Forderungen durchdringen können wird. Neuseeland, das in den letzten Jahren mit Hilfe von britischem Kapital seine Produktionsfähigkeit in allen Milchprodukten derart gesteigert hat, daß es bald seine Produktion verdoppeln könnte,"[95] wird eine Beschränkung seiner Exporte nach England nicht zulassen wollen, zumal wenn der Staat das geplante Ausfuhrmonopol für Molkereiprodukte erst übernommen haben wird.[96] Ebenso kämpft

95. Deutsche Allgemeine Zeitung, 23. Juni 1936, Nr. 288.

96. Banking Supplement des „Economist": Australian Banking; 17. 11. 1936.

Kanada bereits heftig für Quotenfreiheit bei der Ausfuhr von Milchprodukten und Vieh und bietet dem Mutterlande weitgehende Konzessionen für dessen Exporte an, vor allem für englische Textilien. Ein Angebot, das für die Industrie Lancashires sehr reizvoll und daher wohl schwer abzulehnen ist, denn die englische Ausfuhr von Baumwollwaren hat sich in den letzten Jahren nicht im Verhältnis wie die übrigen Fabrikatausfuhren gebessert. Wenn die Dominien anerkennen, daß für England wie für jedes Land eine gesunde Landwirtschaft eine Staatsnotwendigkeit ist, und wenn sich Großbritannien in seinem Agrarprotektionismus in maßvollen Grenzen hält, muß sich gerade auf dem Wege der Importregulierungen durch Quotenfestsetzungen die Basis zu einer Lösung finden lassen, die, auch unter angemessener Berücksichtigung der ausländischen Lieferanten, einen einigermaßen abgewogenen Interessenausgleich bringen kann. Ein wertvolles Hilfsmittel zur Realisierung einer derartigen Ideallösung muß dabei in der Organisierung der englischen Landwirtschaft und in der Zusammenfassung der domanialen Exportinteressen gesehen werden.

In England wird bezüglich der industriellen Exporte und der Industrialisierung der Dominien eine durchaus auf Ausgleich hinzielende Haltung angenommen und findet auch bei der Industrie Verständnis, wie eine Denkschrift, die im März 1936 vom Vollzugsausschuß der Vereinigten Britischen Handelskammern veröffentlicht wurde,[97] beweist. Diese übt bei Bejahung der Ottawa-Grundsätze zwar an verschiedenen Punkten der bisherigen Verträge Kritik, stellt sich aber auf den Standpunkt eines möglichst weitgehenden Ausgleichs der konkurrierenden Ansprüche. Ueber die Zielsetzung für die Erneuerung und Ergänzung der Verträge von 1932 gibt die Resolution des Kongresses der Handelskammern des britischen Empire in Wellington[98] Aufschluß, die die Haltung sowohl des Mutterlandes als auch die der Dominien zum Ausdruck bringt. Die Resolution[99] empfiehlt eine Beschleunigung der „Tariff Board" Tätigkeit und dringt darauf, die Verträge von Ottawa durch weitere bilaterale Ab-

97. The Association of British Chambers of Commerce: Report of the Special Committee of the Association on the value and effects of the Agreements and the revisions desirable in the interest of Intra-Imperial Trade: Imperial Economic Conference of Ottawa, Trade Agreements with the Dominions. 4. März 1936.

98. 5. Oktober 1936.

99. Nach dem Wortlaut des Times, 6. Oktober 1936.

machungen zu ergänzen, bei denen für eine auserwählte Reihe von Waren eine jeweils spezifische Zollbehandlung vorzusehen ist, an Stelle der bloßen Formulierung von allgemeinen Grundsätzen. Ferner solle man, falls sich die Gelegenheit biete, über einen Beginn des Abbaus der weltwirtschaftlichen Handelshemmnisse verhandeln. Der Kongreß stellt weiter fest, daß die Anwendung der Verträge die mangelnde Uebereinstimmung der Wirtschaftspolitik im Vereinigten Königreiche und in den Dominien aufgedeckt habe und daß ein angemessenes Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft gefunden werden müsse. Als Ideallösung wird folgendes vorgeschlagen: Jeder Partner solle den anderen sämtliche Vorteile einräumen, die ohne Schädigung der lebenswichtigen Erfordernisse der heimischen Wirtschaftslage möglich seien. Insbesondere dem Vereinigten Königreich sei gestattet, eine maßvolle Landwirtschaftspolitik zu treiben und den Dominien die Möglichkeit gegeben, in maßvoller Weise ihre Fertigwarenindustrie zu entwickeln. Das Vereinigte Königreich möge tunlichst davon absehen, die Einfuhren von Lebensmitteln und Rohstoffen zu beschränken. Die Resolution empfiehlt weiter die Beibehaltung der Ottawa-Präferenzspannen unter dem Vorbehalte beiderseitig übereinkommener Aenderungen, die Sicherung der für das Vereinigte Königreich und die Dominien wichtigen Auslandsmärkte im Interesse der gegenseitig nicht absetzbaren Warenerzeugung, und endlich die allgemeine Förderung einer engen Zusammenarbeit im Empire-Handel.

Sicherlich hat der Kongreß der Empire-Handelskammern mit dieser Zielsetzung wertvolle und einsichtige Arbeit geleistet. Aber einer befriedigenden Lösung ist er damit noch nicht sehr viel näher gekommen. Auch vor Beginn der Ottawa-Konferenz von 1932 und während der Eröffnungsfeierlichkeiten waren ähnlich allgemein gehaltene und wohlklingende Aeußerungen zu hören, was dennoch nicht verhinderte, daß man bei den einzelnen sachlichen Abmachungen auf allseitig heftigen Widerstand stieß. Der einzig positive und neue Beitrag der Resolution ist die Betonung der Notwendigkeit bilateraler Abkommen zwischen Mutterland und Dominien, in denen über bestimmte Tarifpositionen zu verhandeln ist und bei denen man auf die Aufstellung allgemeiner und vielversprechend scheinender, aber unverbindlicher und wertloser Grundsätze verzichtet. Allem Anschein nach will man von einer zweiten Reichswirtschaftskonferenz, die zu übereilten und sachlich wenig fundierten Ver-

trägen führt, bei der Erneuerung und Ergänzung der Ottawa-Abkommen absehen und sich lediglich auf Abschluß zweiseitiger Verträge beschränken. Damit würde man auch dem indischen Standpunkte entgegenkommen, so daß mit einem allzu weiten Abweichen von dem bisherigen Stand der Beziehungen zu Indien nicht zu rechnen ist.

Bisher, während der Depressionszeit und den Jahren, in denen vorwiegend die Pfundblockländer an der Erholung der Wirtschaft teilhatten, wurde den britischen Reichsländern ihre Empire-Politik verhältnismäßig leicht gemacht. Ein Ausbau der imperialen Handelskanäle entsprach den natürlichen Interessen aller an den Verträgen von Ottawa Beteiligten, und darum konnte man auch ohne allzu große Gefahr die Frage nach der Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen zu den außerhalb des Empire stehenden Ländern in den Hintergrund treten lassen. Gegenwärtig jedoch ist eine leichte Besserung des internationalen Handels feststellbar. Heute hat sich der Kreis der Länder, die einen Konjunkturanstieg erleben, nach allen Seiten ausgedehnt und durch die Sprengung des Goldblocks nunmehr fast die ganze Welt erfaßt. Außerdem beginnt gegenwärtig, allerdings zögernd und in kleinstem Ausmaße, der Abbau der nationalen Handelshemmnisse, und mit der Bereinigung der internationalen Währungswirren ist die Möglichkeit zur Auflockerung des Handelsverkehrs gegeben. Erst jetzt werden darum Großbritannien und die Dominien zur eigentlichen Entscheidung gedrängt. Daher ist zu fragen, ob es für die Empire-Länder in dem Moment, in dem der äußere Anlaß der Einigung von 1932, die Weltwirtschaftskrise, als überwunden anzusehen ist, günstiger wäre, auf eine Empire-Handelspolitik in Form des Präferenzsystems zu verzichten. Sowohl das Mutterland als auch die überseeischen Empire-Teile sind nicht in der Lage ihre internationalen Beziehungen zu gefährden, wofür gerade die neuesten Handelsverträge beredtes Zeugnis ablegen, die die Empire-Länder im Laufe der Jahre 1935 und 1936, dem Wunsche nach Förderung des Handelsverkehrs mit nicht-britischen Handelspartnern folgend, eingegangen sind. So entwickelte vor allem Kanada auf diesem Gebiete eine rege Tätigkeit, die vornehmlich auf den Sieg der liberalen Partei zurückzuführen ist. Mit den Vereinigten Staaten, Rußland, Japan und Deutschland wurde der Versuch einer Normalisierung des Außenhandels unternommen. Desgleichen ist der belgisch-australische Handelsvertrag und die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei als ein Vorstoß Australiens in

diese Richtung zu werten. Bedeutet die Ottawa-Politik hierfür ein unüberwindbares Hindernis? Gerade das Beispiel Kanadas, dessen Regierung in bahnbrechender Weise für die Verwirklichung des Ideales vom freieren Handel einen wertvollen Beitrag leistet, beweist, daß auch innerhalb des Rahmens einer Empire-Politik der Ausbau der nicht-imperialen Handelsverflechtungen durchaus möglich ist. Das Prinzip der Präferenzen ist nur solange wirtschaftlich gerechtfertigt, als es nicht zum Nachteil der internationalen Bindungen überspitzt wird; aber zwischen Empire-Autarkie und Aufgabe jeglicher Empire-Handelspolitik liegt ein breiter Spielraum. Es muß sich auch hier darum handeln, ein gesundes Mittel zwischen beidem zu finden, was sicherlich in den Verträgen von 1932 nicht immer erreicht wurde, da sie durch die Erhöhung der Zollmauern allzu hermetische Abschließung gegenüber dem Auslande bezwecken sollten. Daß aber fast seit Beginn der autonomen Zollgesetzgebung in den heutigen Dominien sich diese selbst bei Vorhandensein eines funktionierenden Weltmarktes zum Empire-Präferenzprinzip bekannten, bestärkt ferner die These, wie eine Reichsvorzugsbehandlung wohl mit den Interessen des weltwirtschaftlichen Handelsverkehrs vereinbar ist. Wie ein gemäßigter Protektionismus noch in keiner Weise die ökonomische Isolierung eines Landes bedeutet, gefährdet ein bescheidener Empire-Protektionismus nicht die wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande. Die Empire-Präferenz ist in der Tat mehr als nur ein Mittel der Krisenüberwindung; die Wirtschaften des Mutterlandes und des Uebersee-Empire sind auch noch heute trotz Entwicklung der englischen Landwirtschaft und der domanialen Industrie in vieler Hinsicht komplementär und daher auf einander angewiesen. Infolgedessen sind sie auch in der Lage, sich trotz aller Interessengegensätze füreinander positive Vorteile auf den jeweiligen Märkten anzubieten. Heute, da die Nationalisierung der Volkswirtschaften auch bei der Wiederbelebung des internationalen Handels eine Gegebenheit ist, die keineswegs nur als Erscheinung der Depressionsjahre aufgefaßt werden darf, ist die Gewißheit geschützter Absatzmärkte von unermeßlichem Werte. Die heutige politische Konstellation und der unbedingte Wille innerhalb sämtlicher Nationalwirtschaften, sich von den Zufälligkeiten und Gefahren des Weltmarktes zu lösen, weisen darauf hin, daß die Neuorientierung der Außenhandelsbeziehungen eine bleibende sein wird. Die imperiale Handelspolitik Ottawas ist ein Ergebnis der veränderten Weltlage und des Zerfalls der internationalen Arbeitsteilung. Es entspricht

daher den Lebensinteressen Englands und des Uebersee-Empire, von der Idee der Ottawa-Politik nicht abzuweichen. Je nach dem wie der internationale Handel bloße Krisenerscheinungen zum Verschwinden bringt und sich freieren Bahnen zuwendet, läßt sich die Ottawa-Politik ausbauen und modifizieren. In einer Welt, in der der bilaterale Handelsvertrag in der Hauptsache den zwischenstaatlichen Handelsverkehr regelt, ist Ottawa nur als eine Erscheinungsform von vielen zu werten.

Aber dennoch drängt heute die leichte Wiederbelebung der Weltwirtschaft und der fast überall durchbrechende Wirtschaftsanstieg zu einer Entscheidung. Sollen die neuen Verträge dieser Erscheinung Rechnung tragen und nun ihrerseits den Außenhandel des Empire mit der außerhalb des britischen Imperiums stehenden Welt auf freiere Bahnen lenken? Großbritannien ist im heutigen ökonomischen Gefüge des britischen Weltreiches die empfindlichste und schwächste Stelle. Seine Stellung als Ausfuhrland ist auf immer erschüttert, während die Dominien mehr oder weniger an vorübergehenden Absatzstockungen kranken. Englands Standardexportindustrien: Lancashire und der Kohlenbergbau nehmen an dem gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung kaum mehr teil, auch ihre Zukunft ist unsicher, da strukturelle Entwicklungen für ihre Spezialkrise verantwortlich sind. Einmal ist es die allseitige Entstehung von Eigenproduktionen und die Konkurrenz Japans, zum anderen die Verdrängung der Kohle durch andere Triebstoffe, die für die englischen Exportschwierigkeiten entscheidend sind. Unter diesen Umständen wird Großbritannien an der Auflockerung der bisherigen Empire-Politik wenig interessiert sein. Die Besserung seiner Exportlage hängt nicht so sehr von einer liberalen Handhabung seiner Zollsätze und Quotenregulierung dem Auslande gegenüber ab, als von der Fähigkeit, seine Industrie zu rationalisieren und von einer bewußten Politik der Entwicklung der sogenannten „neuen" Industrien auf Kosten der bisherigen Standardindustrien. Gewiß ist die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für englische Erzeugnisse zu einem erheblichen Grade von der Haltung des englischen Marktes abhängig, wofür Argentinien und Dänemark als typische Beispiele angeführt wurden; aber Großbritannien kann deswegen an einer Liberalisierung der Empire-Politik weniger gelegen sein, weil nach wie vor die Konkurrenz Amerikas und Japans in all ihrer Stärke auf den domanialen und kolonialen Märkten droht und Vorteile, die England durch Oeffnung seines Importmarktes erlangen würde, weit über-

ragt. Das Vorhandensein dieser beiden „jungen" Industriemächte ist bestimmend für die englische Handelspolitik. Solange die englische Exportwirtschaft von ihrer Seite einer Gefährdung ausgesetzt ist, muß es im Interesse Englands liegen, eine möglichst protektionistische Empire-Politik zu betreiben, jedenfalls soweit es sich um die überseeischen Importmärkte handelt.

Das Bestreben der Dominien, die sich als Rohstoff- und Lebensmittelproduzenten durch eine allzu exklusive imperiale Handelspolitik bei Belebung der Nachfrage eingeengt fühlen müssen, wird dagegen liberalere Formen annehmen, obgleich die Dominien aus der Ottawa-Politik größere Vorteile als das Mutterland zogen. Allerdings mag es den Anschein haben, daß die Maßnahmen Australiens im Frühjahre 1936, die eine wesentliche Verschärfung des Präferenzprinzips zugunsten Englands darstellen, diese Behauptung entkräftigen. Aber gerade die Konflikte, in die das Commonwealth infolge der verschärften Empire-Politik geraten ist, beweisen, daß ein Rohstoffproduzent wie Australien sich nicht über die außerimperialen Handelsbeziehungen hinwegsetzen kann, und früher oder später wird es diese Schlußfolgerung in konkreter Weise ziehen müssen. Hat man auf der Ottawa-Konferenz das Problem der Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen zum Auslande zwar auch gründlich erwogen, wird es eigentlich erst bei der Ergänzung der Verträge dringlich. Es wird sich zeigen müssen, wie weit die einzelnen Glieder des britischen Reiches bereit sind, sich zugunsten einer Empire-Politik von den weltwirtschaftlichen Bindungen zu lösen. Die Haltung Englands einerseits und die der Dominien andererseits hebt sich deutlich ab: jeder wird weitgehende Liberalisierung der eigenen gegenüber dem Auslande angewandten Handelspolitik fordern und sich zugleich für möglichst umfassenden Schutz auf den Importmärkten der Empire-Handelspartner einsetzen.

Wenn auch das Schicksal der Ottawa-Politik mehrfach gesichert scheint — weil die Wirtschaften Englands und der Dominien auch heute noch sich in fruchtbarer Weise ergänzen können, weil der internationale Welthandel mit seiner allseitigen Arbeitsteilung auf immer erschüttert ist, weil die Krisenerscheinungen in der außerhalb des Empire stehenden Welt noch nicht vollkommen überwunden sind, weil die Vormachtstellung Englands als Industriestaat untergraben ist und England gegen die amerikanische und japanische Konkurrenz geschützter Märkte bedarf, und endlich weil die Empire-Handelspolitik zum Mittel des indirekten Imperialismus geworden

ist — liegt die Zukunft der Ottawa-Politik damit noch nicht ein für alle Male fest. Zum einen ist es denkbar, daß rein wirtschaftliche Erwägungen die imperialen Bindungen sprengen, indem sich die verschiedenen Widerstände innerhalb und außerhalb des Empire nicht mehr auf friedliche Weise überbrücken lassen. Zum anderen ist das Ottawa-System von politischen Faktoren abhängig, von Regierungen ganz bestimmter politischer Richtungen wurde es vereinbart und zur Durchführung gebracht. Es wäre möglich, daß Regierungswechsel in den einzelnen Empire-Ländern die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Empire-Kooperation zu ändern vermöchten. Dagegen spricht allerdings, daß die imperiale Handelspolitik seit 1932, seit Einführung des englischen Schutzzollsystems, kein Parteiprivileg mehr ist. Selbst die extremen Liberalen in England, die sogenannten „Samueliten", die nie aufgehört haben, die Ottawa-Verträge zu kritisieren, weil sie nicht die von ihnen gewünschte „Befreiung" des interimperialen Handels brachten, sind einer Reichsvorzugsbehandlung als solcher nicht abgeneigt. Dagegen spricht weiter, daß die seit Abschluß der Ottawa-Verträge in den Dominien eingetretenen Regierungswechsel kein Hindernis für die Erneuerung der Verträge 1937 bilden werden. Ja, vielleicht wäre sogar der politische Sieg der liberalen Parteien des Empire der imperialen Handelspolitik nur zuträglich; denn die kanadische Regierung Mackenzie Kings betont immer wieder, daß sie es als ihr Ziel betrachte, der ursprünglichen Konzeption von Ottawa zum Durchbruch zu verhelfen, das heißt, den Empire-Handel freieren Bahnen zuzuführen. Dies ist das eigentliche Ziel, auf dessen Gewinnung es in Wahrheit ankommt; nicht die Steigerung des prozentualen Empire-Handels, die vielfach nur das Ergebnis einer Kontraktion des Außenhandels sein kann. Positive Förderung des imperialen Warenverkehrs ist die sinnvolle Aufgabe einer Empire-Handelspolitik.

Literaturverzeichnis.

A. Statistiken:

England

Annual Statement of the Trade of the United Kingdom with Foreign Countries and British Possessions. London.

Accounts relating to the Trade and Navigation of the United Kingdom. London.

Empire

Statistical Abstract for the British Empire: Nr. 64, for each of the ten years 1924—1934; Cmd 5016. London.

Statistical Abstract for the British Empire; Nr. 65, for each of the ten years 1925—1935; Cmd 5298. London.

Kanada

Trade of Canada (Fiscal Year). Ottawa.

Trade of Canada (Calendar Year). Ottawa.

Quarterly Report oft the Tradeof Canada. Ottawa.

Canada Official Yearbook. Ottawa.

Australien

Australian Statistics of Oversea Imports and Exports and Customs and Excise Revenue. Camberra.

Official Yearbook of the Commonwealth of Australia. Camberra.

Neuseeland

Statistical Report on the Trade and Shipping in the Dominion of New Zealand. Wellington.

New Zealand Official Yearbook. Wellington.

Südafrikanische Union

Annual Statement of the Trade and Shipping of the Union of South Africa. Pretoria.

Official Yearbook of the Union of South Africa. Pretoria.

Indien

Annual Statement of the Seaborne Trade of British India with the British Empire and Foreign Countries. Delhi.

Accounts relating to the Seaborne Trade and Navigation of British India. Delhi.

B. Veröffentlichungen der britischen Regierung und englischer Wirtschaftsvereinigungen.

Imperial Economic Conference at Ottawa

Cmd 4174 Summary of Proceedings and Copies of the Trade Agreements. Cmd 4175 Appendices. London 1932.

Das Vertragswerk von Ottawa, vollständiger deutscher Wortlaut und Erläuterung der Verträge (herausgegeben von der Zentralstelle für Außenhandel gemeinsam mit der Schriftleitung der Korrespondenz Industrie und Handel). Berlin 1932.

Department of Overseas Trade:

Conditions and Prospects of United Kingdom Trade in India. 1934—35.

Economic Conditions in Canada 1934—35.

Economic Conditions in Newfoundland 1935.

Economic and Trade Conditions in Australia, to July 1935.

Economic Conditions in the Union of South Africa, October 1935.

Report on Economic and Commercial Conditions in New Zealand, April 1936.

Federation of British Industries:

Survey of Britains Recent Commercial Policy. London, Juni 1934.

Survey of Britains Recent Commercial Policy. London, Juni 1935.

Interimperial Trade: Denkschrift der B. F. I. (im Manuskript). London, 12. Februar 1936.

The Association of British Chambers of Commerce:

Interimperial Conference at Ottawa; Trade Agreements with Dominions: Report of the Special Committee of the Association on the value and effects of the Agreements and the revisions desirable in the interest of Intra-Imperial Trade. London, 4. März 1936.

C. Selbständig erschienene Abhandlungen.

Beyer, Günther: Der Wandel der handelspolitischen Mittel in seinem Einfluß auf Schichtung und Richtung der Einfuhr. Basel, 1934.

Cleary, Vincent Francis: British imperial preference in relation to Australia. Dissertation Washington 1934.

Findlay, Ronald M.: Britain under Protection. London 1934.

Foltyn, Alfons: Die Entwicklung des Wirtschaftsimperialismus in der britischen Handelspolitik. Dissertation Breslau 1934.

Mackenroth, Gerhard und *Krebs,* Franziska: Die Wirtschaftsverflechtung des britischen Weltreiches. Berlin 1935.

Ortmeyer, Paul Ferdinand: Grundlagen wirtschaftlicher Zusammenarbeit Kanadas mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Dissertation Köln 1936.

Respondek, Erwin: Grundzüge europäischer Handelspolitik zwischen den beiden Wirtschaftskonferenzen. Berlin 1933.

Richardson, J. Henry: British Economic Foreign Policy. London 1936.

von Schulze-Gävernitz, Gerhard: Britischer Imperialismus und Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Leipzig 1906.

Sarkar, Benoy Kumar: Imperial Preference vis-à-vis world economy in relation the international trade and national economy of India. Calcutta 1934.

Siemer, Heinrich: England und das britische Weltreich. Berlin 1933.

Stoye, Johannes: Das britische Weltreich. München 1935.

Strohm, Egon: Das englische Imperium als Wirtschaftseinheit. Dissertation Mannheim 1934.
Ullmann, Editha: Britischer Imperialismus und Handelspolitik. Dissertation Wien 1934.
Weber, Gisela: National- und Imperialprotektionismus in England. Dissertation Berlin 1935.

D. Zeitschriftenartikel.

Amery, L. S.: The Imperial Economic Conference; International Affairs. September 1932.
Bandmann, E.: Die Aufgabe von Ottawa; Wirtschaftsdienst, 17, 2. Heft 31, 1932.
Brook, R. W.: India and the Ottawa Agreements; Asiatic Review, Juli 1936.
Casper, Karl: Die britische Großraumidee; Rhein u. Ruhr, Jg. 16, 9. 1935.
Coatman: Die britische Reichswirtschaftskonferenz von Ottawa; Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 37, Januar 1933.
Crof, Macdonald, Coarrington: Ottawa and after: Empire Review: Okt. 1932.
Economist: Ottawa Supplement 22. Oktober 1932.
— Dominion of Canada Special Review 18. Januar 1936.
Fernau, Friedrich Wilhelm: Raumwirtschaftliche Züge in der Außenhandelspolitik Großbritanniens; Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 13. 6. Juni 1936.
Findlay, Ronald M.: Tariffs, Quotas and the Empire: Contemporary Review. Mai 1935.
Garceau, Oliver: The Ottawa Conference. An Experiment of Indirect Imperialism; Harvard Business Review, Vol 13,3. Spring 1935.
Geoffry: Ottawa examined; The Nineteenth Century and After, Dez. 1932.
Gerwin, Edgar: Sind Ottawa-Revisionen nötig? Deutscher Volkswirt, 9. April 1936.
Gettysburg: Das Ende von Ottawa; Die Weltwirtschaft, Jg 13, 12. Dez. 1935.
Goschen, Harry: Le Commerce de l'Empire; Revue Economique Internationale, Jg 25, Vol 1, Nr. 3, 1933.
Hamilton, Louis: Die britische Reichskonferenz in Ottawa; Zeitschrift für Politik, Jg 23,1, 1934.
Hodson, H. V.: Empire trade and the future; Lloyds Bank Lmtd Monthly Review, 4,44. Oktober 1933.
Hodson, H. V.: Empire trade to-day; Lloyds Bank Lmtd Monthly Review, 6,16.
Hodson, H. V.: Imperial economic policy; International Affairs, Jg 14,4. Juli/August 1935.
Jebb, Richard, *Hirst,* Francis W.: Ottawa; The Nineteenth Century and After, Nr. 668.
Lhomme, J.: La conférence économique d'Ottawa et les résultats; Revue Générale de Droit International Publique, Jg 40,2. 1933.

Levy, Hermann: Englands koloniales Dilemma; Deutsche Wirtschaftszeitung, 22. und 29. Januar, 5. Februar 1931.
Mégret, Helène: L'Empire britannique et la conférence d'Ottawa; Annales de Géographie, Jg 42, 238.
Pfeiffer, L.: Ottawa — ein Anfang, aber noch keine Lösung; Wirtschaftsdienst, 25. September 1936.
Pollet, E.: L'Empire britannique; Revue Economique Internationale, Jg 27, Vol 1, Nr. 2. 1935.
Schuster, Sir George: Empire Trade before and after Ottawa; Economist, Special Supplement, 3. November 1934.
Wölfflin, E.: Wirtschaftsfragen des britischen Empire; Deutscher Volkswirt, 3. Januar 1934.

E. Zeitschriften und Zeitungen.

1. Zeitschriften:

Board of Trade Journal.
British Industries; incorporating the Journal of the Federation of British Industries.
Chamber of Commerce Journal.
The Economist.
Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft.
The Statist.
Die Weltwirtschaft.
Weltwirtschaftliches Archiv.
Wirtschaftsdienst.
Der Deutsche Volkswirt.

2. Tageszeitungen:

Basler Nachrichten.
Basler National Zeitung.
Deutsche Allgemeine Zeitung.
Frankfurter Zeitung.
The Times.

Curriculum Vitae

Ich, Eva Toni Elsa Schiff, wurde am 12. September 1913 in Berlin-Wannsee als Tochter des Fabrikdirektors Dr. phil. Hans Schiff, Berlin, und seiner Ehefrau Margot, geb. Arnthal, geboren.

Die Reifeprüfung legte ich im März 1932 ab an der Studienanstalt gymnasialer Richtung der Staatl. Augusta Schule zu Berlin, die ich seit Ostern 1926 besuchte.

Nach der Schulentlassung widmete ich mich sodann während eines mehrmonatlichen Aufenthaltes in Oxford dem Studium der englischen Sprache und nahm als Gasthörerin an Vorlesungen der Universität über Philosophie, englische Literaturgeschichte, Volkswirtschaft und Geschichte teil. Dieser Aufenthalt in Großbritannien, der mir Gelegenheit bot, die Ereignisse der Ottawa-Konferenz aufs genaueste in der englischen Presse zu verfolgen, sowie mehrere Reisen, die ich in den folgenden Jahren nach England unternahm, gaben die Anregung zur vorliegenden Dissertation.

Mit Beginn des Wintersemesters 1932/33 immatrikulierte ich mich an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin als Studentin der Wirtschaftswissenschaft und der neueren Sprachen. Vom Sommersemester 1933 bis zum Sommersemester 1934 studierte ich darauf an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br. Seit Wintersemester 1934/35 gehörte ich sodann der Universität Basel an.

Seit dem Sommer 1935 beschäftigte ich mich mit meiner Dissertation, die unter Anleitung von Herrn Prof. Dr. E. Salin entstand. Im Wintersemester 1935/36 ließ ich mich von der Universität Basel beurlauben, um das für meine Dissertation notwendige Material an der Preußischen Staatsbibliothek und der Universitätsbibliothek in Berlin, ferner an dem Institut für Konjunkturforschung und dem Statistischen Reichsamt in Berlin zu sammeln.

Vorlesungen und Uebungen besuchte ich in den Wirtschaftswissenschaften bei den Dozenten Back, Bernhard, Bosenick, Diehl, Eucken, Furlan, Jastrow, Johns, Lampe, Lederer, Lutz, Mahlberg, Mangold, Ritschl, Salin, Schröder; in englischer Philologie bei den Professoren Brie und Lüdecke; in französischer Philologie bei Professor Raymond.

Die mündliche Prüfung bestand ich am 10. Mai 1937. Meine Prüfungsfächer waren Volkswirtschaft einschließlich der Finanzwissenschaft, englische und französische Philologie.